

Stenographisches Protokoll

6. Sitzung des Kärntner Landtages – 29. Gesetzgebungsperiode
Donnerstag, 30. September 2004

Inhalt

Fragestunde (S. 426)

Aktuelle Stunde (S. 442)

Antragsteller: FPÖ-Klub

Thema: „Verkehrsinfrastrukturprojekte in Kärnten“

Redner: Ing. Scheuch (S. 442), Schober (S. 443), Ing. Hueter (S. 444), Holub (S. 446), Dörfler (S. 447, 455), Vouk (S. 448), Lutschounig (S. 449), Mag. Lesjak (S. 450), Dr. Haider (S. 452), Dr. Ambrozy (S. 453), Mag. Grilc (S. 454), Mag. Dr. Kaiser (S. 457), Schwager (S. 458)

Tagesordnung

Ldtgs.Zl. 177-23/29:

Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses über den

Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landes Kärnten für das Jahr 2005 sowie der Stellenpläne des Landes Kärnten 2005, der Vorlage eines Budgetprogrammes 2005 – 2009 gemäß Art. 61 Abs. 1 K-LVG sowie Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses, mit dem der Landesregierung Zustimmungen und Ermächtigungen zum Landesvoranschlag 2005 erteilt werden

Einbegleitung durch Landesfinanzreferent 1. LHStv. Ing. Pfeifenberger (S. 460)

Mitteilung des Einlaufes

A. Anträge von Abgeordneten (S. 467)

B. Schriftliche Anfragen (S. 468)

Beginn: Donnerstag, 30. 9. 2004, 09.03 Uhr

Ende: Donnerstag, 30.9.2004, 12.09 Uhr

Beginn der Sitzung: 09.03 Uhr

V o r s i t z : Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag**, Zweiter Präsident **Ferlitsch**

A n w e s e n d : 36 Abgeordnete

M i t g l i e d e r d e s B u n d e s r a t e s :
Ing. Kampl, Zellot, Molzbichler, Blatnik

A m R e g i e r u n g s t i s c h : Landeshauptmann **Dr. Haider**, Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Pfeifenberger** (ab 10.51 Uhr), Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy**, Landesrat **Ing. Rohr**, Landesrätin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut**; Landesamtsdirektor **Dr. Sladko**

Schriftführer: Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich eröffne die heutige Sitzung, die 6. Sitzung des Kärntner Landtages in der laufenden Legislaturperiode. Ich begrüße Sie recht herzlich! Ich begrüße auch Mitglieder der Landesregierung: Herrn Landeshauptmann Dr. Haider und Frau Landesrätin Dr. Schaunig-Kandut! Ich begrüße die Mitarbeiter des Amtes! Ich sehe auch Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ambrozy und begrüße auch die anwesenden Gäste auf der Tribüne sowie die Medienvertreter! Die Einladung ist Ihnen rechtzeitig zugegangen. Entschuldigt hat sich der Herr Landesrat Martinz; er weilt in seiner Eigenschaft als EU-Referent in Brüssel. Herr Erster Landeshauptmann-Stellver-

Dipl.-Ing. Freunschlag

treter Pfeifenberger wird etwas später kommen, hat er ausrichten lassen. Der Landtag ist beschlussfähig. Ich möchte vorweg noch festhalten, dass zwei Abgeordnete unmittelbar Geburtstag gehabt haben: Herr Landtagsabgeordneter Rudolf Schober (vorgestern) und Landtagsabgeordneter Bürgermeister Ferdinand Vouk. Herzli-

che Gratulation! (*Beifall*) Ich gratuliere herzlich, wünsche Gesundheit und gute Zusammenarbeit in der nächsten Zeit!

Ich komme damit zur Fragestunde der 6. Sitzung des Kärntner Landtages.

Fragestunde

**1. Ldtgs.Zl. 31/M/29:
Anfrage des Abgeordneten Holub an
Landeshauptmann Dr. Haider**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Einen wunderschönen guten Vormittag wünsche ich hier! Die Anfrage an den Herrn Dr. Haider: Werden Sie sich für die Aufnahme des gesamten Lendspitzareals in das europäische Schutzgebietsnetz „Natura 2000“ einsetzen, Herr Landeshauptmann?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich könnte es mir leicht machen und sagen: Ja, wir werden das tun. – Es ist ein Gutachten in Auftrag gegeben, um eine Erklärung zum „Natura-2000-Gebiet“ vorzunehmen. Ich habe mir auch die Pläne angesehen und gesehen, dass Sie selbst Grundbesitzer dort sind, und daher nehme ich an, dass Sie Interesse daran haben, dass das geschützt wird und dass Sie dort nicht bauen wollen. Daher wird das „Natura 2000“ werden.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird dazu von der Fraktion der FPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? – Seitens der SPÖ? Ist nicht der Fall! Seitens der ÖVP? – Auch nicht der Fall! Dann hat der Fragesteller eine Zusatzfrage? Ich bitte, sie zu stellen, wenn gewünscht!

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Nachdem ich dort nicht bauen will und mein Grund nur fünf Meter breit ist, aber die HL-AG dort zwei Trassenführungen geplant hat: Wie schätzen Sie die Chance ein, dass dort eine Trassenführung kommt?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Herr Abgeordneter, Sie haben ja bisher schon gesehen, dass wir bemüht sind, Verkehrslösungen eher aus den sensiblen Gebieten weg zu bekommen. Daher gibt es auch den Planungsauftrag für den Zentralkärntner Raum, die Eisenbahn auch aus dem Seengebiet weg zu bekommen und eine verträgliche Lösung auch für die Lebens- und Umwelt in Kärnten zu machen. Es ist daher völlig undenkbar, dass in irgendeiner Weise eine Trassenführung gemacht wird, die den sensiblen Bereich unseres Seengebiets in Angriff nimmt. Es geht also eher darum – das, was wir auch beim Lendspitz gesagt haben –, dass nicht einmal eine Investition für ein Konferenzzentrum oder ähnliche Dinge erfolgt, weil jede Lösung, die dort angedacht ist, ja auch mit Verkehrserschließungen angedacht ist und in Summe oft das Bauwerk nicht das Problem allein ist sondern die Infrastrukturinvestitionen, die damit verbunden sind, Verkehrswege und damit also ein solches Gebiet eindeutig zerstört werden würde. Wir denken also nicht daran und sind eigentlich bei den Planungen in eine ganz andere Richtung unterwegs.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit ist die 1. Anfrage erledigt. – Die 2. Anfrage,

Dipl.-Ing. Freunschlag

**2. Ldtgs.Zl. 32/M/29:
Anfrage des Abgeordneten Vouk an
Ersten Landeshauptmann-Stellver-
treter Ing. Pfeifenberger,**

kann nicht aufgerufen werden, weil der Landes-
hauptmann-Stellvertreter nicht hier ist. Das wird
in der nächsten Sitzung am Programm stehen.

Ich komme dann zur Anfrage 3:

**3. Ldtgs.Zl. 33/M/29:
Anfrage der Abgeordneten Dr. Prett-
ner an Landeshauptmann Dr. Haider**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordnete **Dr. Prettner** (SPÖ):

Einen wunderschönen guten Morgen an alle
Anwesende auf der Tribüne! Hoher Landtag!
Geschätzter Präsident! Herr Landeshauptmann,
Sie haben angekündigt, das Kärntner Schulwe-
sen aus dem Würgegriff der Politik zu befreien.
Nun gab es einige fragwürdig und objektiv nicht
nachvollziehbare Besetzungen im Bereich der
Schulaufsicht, (*3. Präs. Ing. Scheuch: Nein, so
war das nicht!*) unter anderem die des Amtdi-
rektors des Landesschulrates. Hier gibt es ein
Verfassungsgerichtshofurteil, welches besagt, in
diesem Fall habe es keine Abwägung der fachli-
chen Qualifikation der Bewerber gegeben.

Herr Landeshauptmann, warum ist es Ihnen als
zuständigen Referenten noch nicht gelungen, in
einem Objektivierungsmodell Klarheit, Durch-
sichtigkeit bei der Besetzung von Positionen in
der Schulaufsicht einzuführen? Warum wurde
zum Beispiel die letzte Stelle des Bezirksschul-
inspektors in Villach nicht öffentlich ausge-
schrieben? (*3. Präs. Ing. Scheuch: Nur eine
Frage!*) Das ist meine Frage.

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich darf zuerst
auf Ihre erste Feststellung eingehen, dass Sie
festgehalten haben, dass es kein Objektivie-
rungsverfahren gegeben hätte, bei der Bestellung
des Direktors für den Landesschulrat. Das ist
nicht der Fall! Es hat ein Objektivierungsverfah-

ren gegeben, das den Grundsätzen zu 100 %
jenen Objektivierungsverfahren entspricht, die
auch für den Kärntner Landesdienst gelten, die
unbestritten gut sind und auch von allen Parteien
mitgetragen werden. Das ist der Unterschied zu
sonstigen Lehrerobjektivierungen. Hier wurde
ein leitender Beamter objektiviert, der aus-
schließlich nach den Spielregeln des Landes
Kärnten und der im Gesetz vorgesehenen Objek-
tivierungsverfahren vorgenommen wurde. In der
Kommission selbst befand sich der Herr Sekti-
onschef Dr. Bachmayer. Das ist der oberste
Verwaltungsbeamte Österreichs; sehr angesehen
und respektiert. Der Herr Sektionschef Bachma-
yer hat gerade gestern von uns im Lande Kärn-
ten eine Landesauszeichnung für seine ver-
dienstvolle Tätigkeit auch im Rahmen der Ver-
waltungsreform für Kärnten bekommen. Zweiter
in der Bewertungskommission war der Herr
Landesamtsdirektor Dr. Sladko, der mitgewirkt
hat. Dritter war ein Vertreter des Personalbüros.
Ich weiß nicht, welches es war; in unregelmä-
ßiger Weise werden die Personalbüros nominiert
und eingesetzt. Das heißt also 100 % so wie im
Landesdienst ist auch der Landesschulratsdirek-
tor objektiviert worden. Aus dem ist der Herr Dr.
Wieser als Bestqualifizierter hervor gegangen.
Diese Nominierung wurde dann, mit Gutachten
von Dr. Bachmayer, Dr. Sladko und dem Perso-
nalbüro abgesichert, an das zuständige Ministe-
rium weiter gereicht.

Der Fehler im Bundesministerium, das ja die
Bestellung vornehmen müsste - weil es sich um
einen Bundesbeamten handelt und nicht um eine
Landesangelegenheit, daher bin ich eigentlich
die falsche Adresse in dieser Frage, aber ich
beantworte das gerne - war, dass diese Ent-
scheidung im Bundesministerium deshalb un-
vollständig getroffen wurde, weil das Ministe-
rium darauf verzichtet hat, eine ausreichende Be-
gründung zum Objektivierungsverfahren dazu-
zugeben. Das war das, was der Verfassungsge-
richtshof gerügt hat. Der Verfassungsgerichtshof
hat nicht gesagt: „Das Verfahren ist schlecht.“
oder: „Das Verfahren ist unrichtig.“, sondern der
Verfassungsgerichtshof hat gesagt: „Es fehlt an
Begründung.“ Daher muss die Frau Bundesmi-
nister jetzt noch einmal eine Begründung offizi-
ell nachreichen, mit der dargestellt wird, wie im
Objektivierungsverfahren die Entscheidungsfin-
dung zu Stande gekommen ist. Das heißt, sie
muss aus dem Gutachten der drei Gutachter

Dr. Haider

mehr zitieren, um ihre Entscheidungsbegründung glaubwürdig und überzeugend darzulegen. Das ist eigentlich der Punkt bei dem Verfahren. Man sollte daher auch fair sein und nicht das, was in manchen Medien geschrieben worden ist, nachreden, die also so getan haben, als wäre hier eine Willkür am Platz gewesen. Ich glaube, dass gerade die zwei von mir zitierten Persönlichkeiten (Sektionschef Dr. Bachmayer und Landesamtsdirektor Dr. Sladko) in einem hohen Maße dafür Garantie bieten, dass sie nicht irgendwelche willkürlichen Entscheidungen treffen. Warum sollten Sie das auch?! Sie sind quasi als Bedienstete, als Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung Bund und Land, bereit gewesen, in einem Objektivierungsverfahren für den höchsten Schulbeamten auf Landesebene mitzuwirken und haben hier das gemacht, was bei allen anderen Objektivierungsverfahren im Lande Kärnten auch auf der Tagesordnung ist.

Davon zu unterscheiden sind die Objektivierungsverfahren bei den Lehrern, insbesondere zwischen Pflichtschul- und höheren Schulwesen muss wieder unterschieden werden. Im Pflichtschulwesen (*Vorsitzender: Sie haben noch eine Minute!*) haben wir mit Gesetz im Landtag eine eigene Regelung gefunden. Die funktioniert ja! Wir haben 130 Objektivierungsverfahren für Direktorenposten an Pflichtschulen gemacht, mit einem einzigen Einspruch, der beim Unabhängigen Verwaltungssenat anerkannt worden ist – ansonsten ist alles perfekt akzeptiert worden. Das ist eine gute Qualität, glaube ich, dieses Verfahrens. Wir wollen dieses Verfahren jetzt auch für die Höheren Schulen durchbringen und sind auch mit dem Koalitionspartner übereingekommen, dass wir das, was im Lande Kärnten sich bewährt, dem Bund empfehlen werden. Wir werden freiwillig von uns aus dieses Objektivierungsverfahren einmal im Rahmen des Landesschulrates zwischen den Parteien abstimmen. Dann haben wir, de facto vorgeschaltet den Kollegialbeschlüssen, ein Verfahren, das sich rundum bewährt hat.

Bei der Schulaufsicht selbst ist es so, dass die Frau Abgeordnete Trodt sich im Bereich der Schulaufsicht Bezirk Wolfsberg beworben hat.

Dort wurde das Verfahren abgewickelt. Und sie wurde nur dann vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst in einen anderen Schulbereich versetzt. (*Der Vorsitzende das Glockenzei-*

chen gebend: Die Redezeit ist abgelaufen!) Dort gelten aber die gleichen Bedingungen. Das heißt, sie ist ordnungsgemäß objektiviert, ordnungsgemäß bestellt. Es hat auch niemand beim Verfassungsgerichtshof diese Bestellung gerügt. Und es ist, glaube ich, auch für die Stadt Villach eine Auszeichnung, dass erstmals eine Frau diese wichtige Aufgabe in der Stadt Villach wahrnimmt. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der FPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo! Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

(*Abg. Lutschounig lachend: Aber nicht die Kollegin in Frage stellen!*) Herr Landeshauptmann! Woran hat es sich bisher gespießt, dass der Kärntner Weg der Objektivierung, wie er im Pflichtschulbereich für Direktoren Platz gegriffen hat, nicht auf die anderen Bereiche ausgeweitet werden konnte?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Es gab bis zum Jahre 1998/1999 ein Grundverständnis zwischen den Parteien im Landesschulrat ein Objektivierungsverfahren durchzuführen. Dieses Objektivierungsverfahren war aber fehleranfällig, indem man vergessen hat eine Regelung einzuführen, wonach also eine Mindestanzahl an Juroren bei der Entscheidung dabei sein muss, ansonsten ist es nachvollziehbar, wer, wie viele Punkte wem gegeben hat, bei welcher Disziplin. Daher ist – wenn man sich dort nicht geeinigt hat – dieses Verfahren dann aufgehoben worden, weil man gesagt hat, das ist eigentlich nur ein Paravent für ein Verfahren wo dann willkürlich entschieden wird. Da ist es besser, wenn das, was im Beamtendienstrechtsgesetz verankert ist, dass die Kollegialbeschlüsse vorhanden sein müssen und das Ministerium dann nach Entscheidungen der Ausschreibung die Bestellung vornimmt, aufrecht erhalten wird.

Jetzt sind wir soweit, dass wir uns auch in der Koalition geeinigt haben, einen neuerlichen Ver-

Dr. Haider

such zu machen, hier in Kärnten ein Objektivierungsverfahren nach dem Vorbild des Pflichtschulwesens für das höhere Schulwesen zu praktizieren. Und ich bin sicher, dass wir in den nächsten Wochen diese Vereinbarung zumindest einmal jetzt zwischen den beiden Koalitionsparteien zu Stande bringen. Ich nehme an, dass auch die ÖVP mitgehen wird können, weil es einfach ein sehr vernünftiges Verfahren ist, das ja auch hier von der ÖVP im Landtag mitbeschlossen worden ist. Dann hätten wir auch für das höhere Schulwesen ein Verfahren. Kein Verfahren haben wir für den Schulaufsichtsbereich, weil das kann nur der Bund mit Gesetz regeln. Das heißt, der Bund müsste uns die Möglichkeit geben oder müsste selbst mit einem Gesetz die Schulaufsichtsorgane objektivieren; das was über den Bestellvorgang in den Kollegialbehörden des Landesschulrates, der Vorprüfung durch das Ministerium, der begründeten Antragstellung seitens der Ministerin beim Bundespräsidenten und bei der Bundesregierung hinausgehen würde. Das ist ein sehr langwieriger Prozess, der aber zu drei Viertel bei Bundesbehörden verankert ist. Und daher können wir dort eigentlich sehr schlecht eingreifen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der ÖVP eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann hat die Frau Abgeordnete noch eine Frage!

Abgeordnete **Dr. Prettnner** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann! Ich danke für die ausführliche Beantwortung der Frage. Ich stelle auch keinesfalls die Kompetenz der Abgeordneten Trodt in Frage, aber ich erlaube mir als Zusatzfrage nochmals meine ursprüngliche Frage zu stellen: Warum wurde die Stelle des Bezirksschulinspektors nicht öffentlich ausgeschrieben?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Ganz einfach, weil die Stelle eines Bezirksschulinspektors ... für diese Stelle gibt es ein einheitliches Anforderungsprofil. Dieses Anforderungs-

profil ist nicht unterschiedlich, ob der Bezirksschulinspektor in Villach, in Klagenfurt, in Feldkirchen oder in St. Veit, oder im Lavanttal tätig ist, sondern es geht hier um einen Schulmanagerposten der stärker quasi das organisatorische und personelle Management im jeweiligen Bezirk für die Schulen sicherstellen soll. Und nachdem hier keine regionalen Fragen eine Rolle spielen, dass der Villacher nicht andere Qualifikationen haben muss als der Klagenfurter, ist die Frau Abgeordnete Trodt für einen Bezirksschulinspektor objektiviert worden und wurde vom Ministerium von Wolfsberg nach Villach versetzt, sowie das bei jedem Schuldirektor der Fall wäre. Wenn Sie heute einen Schuldirektor von einer Schule in die andere versetzen, wird er auch nicht noch einmal objektiviert, weil er für seinen Schultyp objektiviert ist. Und daher ist es unabhängig, ob er jetzt in Wolfsberg auf der HAK ist oder in Klagenfurt auf der HAK ist. Es bleibt das Objektivierungsverfahren kärntenweit gültig. Und ich denke, das ist eine sehr schlüssige und logische Konsequenz aus dem Verfahren. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Danke, damit ist die 3. Anfrage beantwortet. Bevor ich zur 4. Anfrage komme, möchte ich Herrn Landesrat Dörfler und Herrn Landesrat Ing. Rohr begrüßen.

Ich komme zur 4. Anfrage

4. Ldtgs.Zl. 35/M/29:**Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Landesrat Ing. Rohr**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Landesrat Ing. Rohr! Im Frühjahr hat der, auch von mir als skandalös bezeichnete Abbruch der sogenannten „Lieggl-Garage“ in Klagenfurt in einer Nacht- und Nebelaktion berechtigt Empö-

Dipl.-Ing. Gallo

rung hervorgerufen. Der Zeitpunkt der Einbringung meiner Anfrage rührt daher etwas weiter zurück, hat aber gerade heute wieder Aktualität bekommen, weil sich vorgestern der Klagenfurter Gemeinderat mit diesem Thema, nach Medienberichten zu schließen, beschäftigt hat. Und zum Zweiten, weil das ke-theater das zeitweise in der Liegl-Garage gewirkt hat, neuerlich Probleme mit der Heimstätte bekommen hat.

In der Stadt Klagenfurt hat der Herr Bürgermeister nach eigenen Angaben alles im Griff. Wenn man genauer hinschaut, wird dort in erster Linie Entscheidungsschwäche gelebt. Ich frage Sie daher, Herr Landesrat: Sind der Stadt Klagenfurt im Zusammenhang mit dem Abbruch der Liegl-Garage irgendwelche Unterlassungen bzw. gesetzliche Verfehlungen anzulasten?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Regierungskollegiums! Herr Präsident! Herr Abgeordneter Gallo! Zur Beantwortung ihrer Frage sind aus meiner Sicht vier Fakten festzuhalten: 1. Rechtliche Fragen im Zusammenhang mit dem Abbruch von Gebäuden oder sonstigen baulichen Anlagen sind den rechtlichen Angelegenheiten des Bauwesens im Sinne der Geschäftseinteilung der Kärntner Landesregierung zuzuordnen. 2. Die Geschäftseinteilung der Kärntner Landesregierung laut Landesgesetzblatt 64/2001 und Landesgesetzblatt 3/2002 besagt: „Im Sinne des § 1 in Verbindung mit der Anlage der Kärntner Geschäftseinteilung der Landesregierung fällt die Gemeindeaufsicht lediglich insoweit in den Aufgabenbereich der Abteilung 3 – Gemeinden, als sie nicht in das Aufgabengebiet einer anderen Abteilung fällt. Die rechtlichen Angelegenheiten des Bauwesens fallen dem gegenüber in den Aufgabenbereich der Abteilung 7 – Wirtschaftsrecht und Infrastruktur. Davon umfasst ist die Aufsicht über die Gemeinden hinsichtlich der Vollziehung dieses Rechtsbereiches. Mangels Zuständigkeit der Abteilung 3 – Gemeinden, kann daher die eingangs gestellte Frage von mir nicht beantwortet werden.

3. Zur Referatseinteilung der Kärntner Landesregierung. In den Referatsbereich von mir fällt also nach § 1 in Verbindung mit der Anlage der Kärntner Referatseinteilung die Gemeindeauf-

sicht soweit sie nicht in das Aufgabengebiet einer anderen Abteilung als der Abteilung 3 des Amtes der Landesregierung fällt. Die rechtlichen Angelegenheiten des Bauwesens fallen daher in den alleinigen Referatsbereich des Ersten Landeshauptmann-Stellvertreters Ing. Karl Pfeifenberger. Es ergibt sich zusammenfassend daraus, dass die Beantwortung der bezughabenden Frage im Zuständigkeitsbereich des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters Pfeifenberger an ihn zu richten wäre.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Aus der Anfragebeantwortung geht hervor, dass sich der Herr Landesrat hier außer Stande sieht, nicht außer Stande, sondern nicht verpflichtet und es ihm auch nicht möglich ist, die Anfrage zu beantworten. Ich darf den Abgeordneten bitten, das nächste Mal mehrere Regierungsmitglieder, die die Zuständigkeit haben in dieser Causa zu befragen. Damit ist diese Anfrage erledigt.

Wir kommen zur Anfrage

5. Ldtgs.Zl. 36/M/29:**Anfrage der Abgeordneten Mag. Lesjak an Landesrätin Mag. Dr. Schanig-Kandut**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordnete **Mag. Lesjak** (GRÜ):

Hohes Haus! Verehrter Herr Präsident! Geschätzte Regierungsmitglieder! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen und Gäste! Meine Anfrage: Wie sieht das im Regierungsprogramm von FPÖ und SPÖ für die 29. Gesetzgebungsperiode 2004 bis 2009 angekündigte Modell der „Kärntner Lebenssicherung“ mit dem Ziel des Rechtsanspruches auf Existenzsicherung im Rahmen einer Neuregelung der Sozialhilfe unter Berücksichtigung der notwendigen Finanzierungsform im Detail aus?

Landesrätin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Zuschauertribüne! Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Im Regierungsprogramm für die derzeitige Legislaturperiode haben wir als einen der Kernpunkte festgelegt, dass wir uns zu einer Modernisierung der Armutsbekämpfung durch integrierte Sozialsysteme und einer bedarfsorientierten Grundsicherung bekennen. Die Eckpfeiler dieses Modells sind eine Einheitlichkeit, verstärkte Transparenz, Rechtssicherheit, eine Aktivierungsmöglichkeit und eine umverteilende Wirkung ohne den sozialen Solidarzusammenhalt zu gefährden. Wir wissen alle, dass im Gegensatz zu früheren Zeiten Armut sich heute nicht an bestimmte Personengruppen festmachen lässt, sondern Armut ist immer häufiger das Resultat von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen, die in Wahrheit jeden und jede von uns treffen kann. Immer mehr Menschen geraten in diesen Bereich und es betrifft ganz unterschiedliche Personengruppen. Wir wissen auch, dass ganz besonders Alleinerzieherinnen, Migrantinnen und Mehrkindfamilien mit einem Einkommen betroffen sind. Außerdem fallen immer häufiger Menschen unter die Armutsgrenze auch nur für einen kurzen Zeitraum. Ich denke da an Personen, die eine befristete Pensionszusage haben, Personen die nach Bezug der Notstandshilfe noch immer keinen Arbeitsplatz bekommen oder auch Personen, die wegen ihres Alters oder wegen einer Beeinträchtigung am Arbeitsmarkt nicht die entsprechende Einsatzmöglichkeit haben.

Das Projekt ist aus meiner Sicht deshalb so wichtig, weil eine Marginalisierung der Armutsdiskussion ein Nährboden für Neidkomplexe und eine Sozialschmarotzerdebatte ist, die an die Prinzipien von sozialer Gerechtigkeit, gesellschaftlicher Verantwortung und solidarischer Risikoabsicherung rüttelt. Es ist daher ein wichtiges Zukunftsprojekt, das Sozialsystem armutsfest zu machen. Wir wissen, dass wir in Kärnten dazu nur einen Schritt setzen können. Auf der Bundesebene gibt es derzeit leider wenig Bereitschaft, sich dieses Themas intensiv zu widmen, ganz in Gegenteil. In vielen Bereichen, die über eine finanzielle Absicherung hinaus notwendig wären, gibt es massive Rückschritte. Ich darf dabei nur den Bereich der aktiven Arbeitsmarkt-

politik zur Unterstützung von Kinderbetreuungseinrichtungen, die Schaffung eines Mindestarbeitslosengeldes oder auch Sicherungssysteme für atypisch Beschäftigte nennen.

Durch das Kärntner Grundsicherungsmodell soll es zu einer Vereinheitlichung der Förderung, zu einer Zusammenfassung der Vielfalt von Einzelansprüchen und vor allem zu einer Vereinfachung des Zugangs zu Sozialleistungen kommen. Das soll in zwei großen Phasen ablaufen. Die Phase 1 soll sich auf die legislativen Vorgaben beschränken. In einem ersten Schritt wird dabei bis Mitte des nächsten Jahres ein legislativer Entwurf verarbeitet. Und zwar deshalb in einem sehr breiten Zeitraum, weil ich hier ein partizipatives Modell mit allen gesellschaftlich relevanten Gruppen anstrebe. Von den Parteien über die kirchlichen Interessenvertretungen, die Interessenvertretungen auf der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite. Und hier sollen auch die NGO's entsprechend zu Wort kommen, weil sie im Beratungsbereich das Fachwissen vor Ort haben.

Die Bereiche, die hier angesprochen und diskutiert werden müssen, ziehen sich von der Anspruchsberechtigung bis zur Frage des Vermögensbegriffes, zu Fragen der Rückzahlbarkeit von Sozialhilfeleistungen bis hin zu Verfahrensfragen. In einem zweiten Schritt gibt es dann eine Zusammenführung der bisherigen Einzelansprüche im Kärntner Budget. Und da haben wir neben der Sozialhilfe als einkommensergänzende Maßnahme noch unterschiedliche andere Förderungsleistungen, wie Familienzuschüsse, wie das Schulstartgeld und ähnliche Leistungen. Alle sollen in diesen einheitlichen Bereich fließen.

Und der entscheidende und letzte Schritt wird dann hier im Kärntner Landtag stattfinden. Bis zum Herbst 2005 soll ein entsprechender Gesetzesentwurf vorgelegt werden, der dann hier von den Abgeordneten im Kärntner Landtag diskutiert und ich hoffe, dann auch entsprechend mitgetragen wird. Danach folgt noch eine zweite Phase. (*Vorsitzender: Sie haben noch eine Minute Redezeit!*) Das Gesetz allein wird nicht ausreichend sein, um die Zugangsmöglichkeiten entsprechend zu erweitern und in dieser zweiten Phase, nachfolgend dem Gesetzesbeschluss, soll es zur Ausgestaltung von Sozialagenturen in Kärnten kommen, die im Sinne eines umfassenden

Mag. Dr. Schaunig-Kandut

den Case-Management den Menschen dann auch die Möglichkeit geben, sehr erleichternd und mit guten Beratungsleistungen die Ansprüche dieses Gesetzes, das wir dann gemeinsam verfassen und beschließen werden, auch entsprechend zu erreichen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der FPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? – Seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall! Die ÖVP hat sich auch nicht gemeldet? – Dann hat die Anfragstellerin, wenn gewünscht, noch eine Zusatzfrage. Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordnete **Mag. Lesjak** (GRÜ):

Frau Landesrätin, in welcher Weise haben Sie vor, das Budget angesichts der dramatischen Budgetsituation, ein Budget für diese Kärntner Lebenssicherung zu sichern?

Landesrätin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Frau Abgeordnete, ich habe es schon erwähnt: Es kommt zum einen zur Bündelung von unterschiedlichen Ansprüchen, die wir derzeit haben. Die Budgethoheit liegt beim Kärntner Landtag. Da vertraue ich voll und ganz auf die Abgeordneten in diesem Haus. Wenn es Notwendigkeiten gibt, die wir finanzieren müssen, werden sicher im Zusammenhang mit legislativen Maßnahmen in diesem Haus auch die entsprechenden Finanzierungsbeschlüsse fallen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit ist die 5. Anfrage erledigt. – Ich komme zur 6. Anfrage:

**6. Ldtgs.Zl. 37/M/29:
Anfrage der Abgeordneten Warmuth**

an Landesrätin Mag. Dr. Schaunig-Kandut

Ich ersuche die Frau Abgeordnete, die Anfrage zu stellen!

Abgeordnete **Warmuth** (FPÖ):

Hoher Landtag! Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne! Wir haben gehört, dass es bei der Kärntner Lebenssicherung zu einer Kündigung von Einzelleistungen mit einem Sockelbetrag als Rechtsanspruch kommen soll und dass es dann künftig monatlich zu existenzsichernden rechtlich fixierten Beträgen mit vereinfachter Abwicklung kommen soll.

Meine Frage ist ähnlich der meiner Vorrednerin, nämlich: Mittels welcher Maßnahmen wird Ihrerseits die im neuen „Regierungsprogramm“ angekündigte „Kärntner Lebenssicherung für sozial benachteiligte Menschen“ vorbereitet und umgesetzt?

Ich glaube, es ist ziemlich alles gesagt worden und würde nur ersuchen, ob ich dann die Zusatzfrage stellen kann. *(Vorsitzender: Sie können diese auch gleich stellen. Wenn Sie die jetzige Anfrage nicht stellen, können Sie eine andere Anfrage gleich stellen. Bitte!)*

Mich würde interessieren, Frau Landesrätin, betreffend dieser Sozialagenturen: Ist daran gedacht, dass es zu zusätzlichen Institutionen kommen soll oder werden die bestehenden Sozial- und Gesundheitssprengel mit den Bezirkshauptmannschaften diesbezüglich umfunktioniert?

Landesrätin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Ich bezweifle zwar die Geschäftsordnungsmäßigkeit der Vorgangsweise, aber nachdem ich bekannterweise keine Bürokratin bin, freue ich mich, die Anfrage trotzdem zu beantworten.

Vielleicht generell zum Thema „Grundsicherung“: Viele wissen, dass ich mich seit mehr als zehn Jahren mit diesem Thema der sozialen Grundsicherung beschäftige und es für mich eine äußerst erfreuliche Tatsache ist, dass wir in Kärnten den Schritt setzen, das auch tatsächlich zum Leben zu erwecken. Ich kann allen nur ver-

Mag. Dr. Schaunig-Kandut

sprechen, dass ich mich mit vollstem Engagement und vollster Einsatzfreude gerade diesem Projekt widmen werde.

Zur Frage der Umsetzung der Sozialagenturen: Da haben Sie vollkommen Recht! Wir haben in Kärnten Sozial- und Gesundheitssprengel, die auch schon jetzt mit äußerst beschränkten personellen Ressourcen ganz tolle Arbeit leisten. Die günstigen Sozial- und Gesundheitssprengel, die gehen schon seit vielen Jahren da hin und werden immer wieder bei mir deponiert, dass man gern verstärkte Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung hätte, dass man gern zumindest einen schlanken Mitarbeiterinnenstab hätte, um den Menschen auch wirklich helfen zu können. Denn manchmal geht es nur darum, eine Beratungsleistung anzubieten, jemandem so etwas wie sein Lebensmanagement kurzfristig zu unterstützen, um dann weitere Sozialhilfansprüche auch ausschließen zu können und ein selbstbestimmtes und eigenständiges Leben wieder zu ermöglichen.

Deshalb glaube ich, dass wir aufbauend auf die Sozial- und Gesundheitssprengel in Kärnten eine sehr gute Basis haben, diesen Bereich noch weiter auszubauen, den die Leiterinnen und Leitern – ich denke, es ist bekannt, dass die Sozialamtsleiter diese Zweitfunktion noch zu ihren Aufgaben im Sozialbereich ausführen – eine entsprechende Möglichkeit in die Hand zu geben, sich zum einen selbst, entsprechend mit diesem Thema, weiter zu beschäftigen, zum anderen aber auch die personellen Ressourcen zu bekommen, um in Form von Sozialagenturen hier zukunftsweisende sozialpolitische Arbeit zu machen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Ich danke der Frau Landesrätin, dass sie mich bei einer zügigen Abwicklung der Fragestunde unterstützt! – Sind Zusatzfragen seitens der SPÖ-Fraktion? – Seitens der FPÖ-Fraktion? – Seitens der ÖVP-Fraktion gewünscht? – Das ist nicht der Fall! Damit ist diese Anfrage erledigt.

Wir kommen zur 7. Anfrage:

7. Ldtgs.Zl. 39/M/29:**Anfrage der Abgeordneten Mag. Trannacher an Landesrat Dörfler**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordnete **Mag. Trannacher** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Landesrat! Fragt man junge Frauen in Kärnten, so ist eines ihrer größten Probleme nach wie vor, neben der mangelnden Maßnahme zum Wiedereinstieg nach der Karenz, die fehlenden flexiblen und an den Bedürfnissen der Eltern und Kinder orientierten Kinderbetreuungseinrichtungen, insbesondere für Kinder von eins bis drei. In Kärnten wurde im Jahr 2000 eine Einrichtung geschaffen, der Gemeinnützige Verein Kinderbetreuung Kärnten, mit dem Institut für Bildung und Beratung, der sich dieser Materie annehmen soll.

Meine Frage: In welcher Höhe wurden der Verein Kinderbetreuung Kärnten und das IBB-Institut für Bildung Beratung im Jahre 2003 vom Land Kärnten gefördert, und wie viele neue Kinderbetreuungsplätze wurden damit geschaffen?

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Besucher! Frau Abgeordnete! Ich weiß nicht, in welchem Bundesland Sie leben – denn wenn Sie immer noch behaupten, es gäbe in Kärnten zu wenig Kinderbetreuungsplätze, dann muss ich das doch auch gemeinsam mit den Gemeinden einmal schärfstens darstellen. Wir haben in Kärnten ein Überangebot an Kinderbetreuungsplätzen von 11 %! Das nur zu dem.

Das Zweite, wenn Sie von den Öffnungszeiten reden: Erstens glaube ich, dass es nicht sinnvoll ist - *(Zwiegespräche im Hause)* Herr Präsident! *(Vorsitzender: Ja, dann muss ich dreinreden. Das ist auch nicht gut!)* Gut! Erstens ist es nicht sinnvoll, Kinder eventuell von 7 bis 19 Uhr in einer Kinderbetreuungseinrichtung zu kasernieren, das heißt für Frauen flexible Öffnungszeiten. Ich habe auch ein Angebot an die größeren Städte in Kärnten, an alle Bezirksstädte und die Städte Klagenfurt und Villach gerichtet, finanzi-

Dörfler

elle Mittel des Landes für ein Jahr zur Verfügung zu stellen, damit wir Öffnungszeiten sogar bis 20 Uhr – pro Stadt eine Gruppe, in Klagenfurt und Villach zwei Gruppen – anbieten können. Aus allen Gemeinden wurden Absagen erteilt, dass es keinen Bedarf gibt. Man muss dann auch mit den Bürgermeistern reden. Es gibt den Bedarf Gott sei Dank nicht. Gott sei Dank gibt es neben einer sehr gut funktionierenden Kinderbetreuung in Kärnten auch Eltern, die die Kinderbetreuung sehr ernst nehmen und Kinder nicht irgendwo ablagern.

Aber nun zu Ihren konkreten Fragen: Sie stellen eigentlich zwei - erlaubt ist nur eine, wie Sie wissen, Frau Abgeordnete. Aber Sie sind ja noch nicht so lange im Landtag. Ich darf Ihnen vielleicht ganz kurz die Aufgaben des Vereines Kärntner Kinderbetreuung darstellen. Erstens ist es einmal eine Hauptaufgabe, die Aus- und Weiterbildung im Bereich der Kleinkindbetreuung und Tagesmütterbetreuung zu haben. Früher war es ja so, dass Anbieter zugleich auch ausgebildet haben. Wir haben festgestellt, dass es fachlich wichtig und sinnvoll ist, dass eine Einrichtung, eine neutrale Kinderbetreuungsorganisation bzw. Aus- und Weiterbildungsorganisation, auch diese Agenda der Aus- und Weiterbildung wahrnimmt.

Zweitens gibt es Fort- und Weiterbildung für Fach- und Hilfspersonal, entsprechende Fachberatung für Einrichtungen für Betreuerinnen und Gemeinden, Begleitung und Evaluierung für Fachpersonal und Erhalter, Bedarfserhebung.

Nun auch zu Ihrer Frage: Es wurden in den Jahren 2003 und 2004 – obwohl es ein Überangebot an Kräften gibt, weil es noch spezielle Nachfrage nach besonderen Einrichtungen gibt - 13 Mischgruppen installiert, 31 Hortgruppen, 3 Kindergruppen und 5 Kindergärten. Das heißt, obwohl es ein Überangebot an Plätzen gibt, legen wir großen Wert auf spezielle Bedürfnisse für Kinderbetreuung und vor allem auch auf die Möglichkeit, Beruf, Familie und Kinderbetreuung in Einklang zu bringen, Rücksicht zu nehmen. Das heißt wir haben hier stark ausgebaut.

Die weiteren Aufgaben sind Bedarfsentwicklungsprogramme, Entwicklung von Qualitätsstandards, Erstellung eines umfangreichen Fortbildungskataloges. Ich kann auch hier berichten, dass die Fortbildungskurse sehr gut angenommen werden. Es gibt heuer bereits 1.700 Anmel-

dungen für diese Fortbildungskurse. Das ist ein Zeichen, dass dieses Institut hervorragende Arbeit leistet, entwickelt auch spezielle Projekte. Ich darf erinnern an das „Projekt Bewegungskindergarten“. Wir haben mit Gerhard Mock ein Modell entwickelt, das einzigartig in Österreich ist. Wir werden auch – das ist das Bestreben – in St. Ulrich bei Feldkirchen die erste Begegnungskindertageneinrichtung schaffen, dass im dörflichen Bereich Familie, Kind und ältere Menschen wieder aktiv und mehr in Berührung kommen.

Das sind eben die Aufgaben und auch die Erfolgsmeldungen, die ich Ihnen berichten kann. Vielleicht noch: Wer ist der Vorstand? Die Landeskindergarteninspektorin Iris Raunig, die seit Jahren eine hervorragende Facharbeit im Bereich der Kinderbetreuung leistet. Ich glaube, das ist im Land Kärnten unbestritten. Die Frau Direktor Mag. Krenn-Wache – eine profunde Leiterin und Direktorin, die übrigens heute auch mit mir gemeinsam eine Delegation der OECD in Kärnten begrüßen wird, die die Kinderbetreuungseinrichtungen und die Entwicklung der Kinderbetreuung in Kärnten auch studieren wird. Ich darf Ihnen den Erfolgsbericht abgeben, und darauf bin ich durchaus stolz, als Referent! Es ist noch im Vorstand Univ.-Prof. Dr. Walter Tietze. Wer sind die Beiratsmitglieder? – Das AMS, das SOS-Kinderdorf, die Berufsgruppe der Kindergarten- und Hortpädagogin, das Team Kärnten, das AVS, die Caritas, das Kärntner Hilfswerk, die Diakonie Waiern und die Plattform Kindergruppen. Das heißt, dass alle Kinderbetreuungsorganisationen oder Dienstleister, die Kinderbetreuung anbieten, sich damit beschäftigen, als Beiratsmitglieder vertreten. (*Vorsitzender: Eine Minute noch!*)

Wer arbeitet im IBB? – Das ist der Geschäftsführer, Mag. Dr. Gerald Salzmann, die Frau Mag. Claudia Terkl und Frau Stefanie Tramptsch.

Nun auch noch zum Budget: Im Jahre 2002 Förderung des Landes 300.000 Euro, das waren 180.000 Euro Personalkosten, 87.000 Euro bei diesem Verein, der neu installiert wurde, für Infrastruktur und 11.400 Euro diverse Ausgaben.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Danke! – Wird eine Zusatzfrage seitens der FPÖ-Fraktion gewünscht? – Seitens der ÖVP-Fraktion? – Das ist nicht der Fall. Dann hat die Anfragerstellerin noch eine Anfrage. Ich bitte, sie zu stellen! (*Zwiesgespräche zwischen Abg. Mag. Kaiser und den SPÖ-Regierungsmitgliedern.*) – Bitte!

Abgeordnete **Mag. Trannacher** (SPÖ):

Gut! Herr Landesrat, ich nehme zur Kenntnis, dass Sie vorwiegend den zweiten Teil der Frage beantwortet haben und im ersten Teil lediglich die Zahlen aus dem Jahr 2002 genannt haben.

Deshalb meine Zusatzfrage: Im Amtsvortrag und in der Sitzung der Regierung vom 11. Juli 2002 wurde beschlossen, dass das Land Kärnten dem Verein Kinderbetreuung Kärnten nur unter der Voraussetzung beitrifft, dass sich der Verein kostendeckend und ohne Landesmittel finanziert. Deshalb noch einmal die Frage: In welcher Höhe wurde der Verein im Jahr 2003 seitens des Landes Kärnten gefördert?

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Erstens muss ich einmal festhalten, dass der Verein hervorragende Arbeit leistet. Sie fordern mehr Kinderbetreuung – die soll kostenlos sein? Das ist ein bisserl erstaunlich!

Zweitens ist der Verein mit speziellen Projekten beauftragt, und für spezielle Projekte erhält der Verein auch Subventionen. Das sind zusätzliche Leistungen. Im Jahr 2003 gab es eine Jahressubvention von 200.000 Euro, weil eben viele spezielle Projekte zu entwickeln sind. Ein „Projekt Bewegungskindergarten St. Veit“, das kann man nicht von heute auf morgen entwickeln. Das ist ein sehr komplexer Bereich. Wir haben hier Fachleute, Wissenschaftler, die Gemeinde und viele andere eingebunden. Das ist natürlich auch mit Kosten verbunden, da Startkosten für besondere Einrichtungen auch eine Aufgabe des Landes sind. Da sind wir uns hoffentlich einig. Sie können nicht bessere Qualität in der Kinderbetreuung fordern und vielleicht einen Rückgang des Budgets. Daher braucht das diese Einrichtung und für diese zusätzlichen Aufgaben, die

sie sehr gut wahrnehmen, auch entsprechende zusätzliche Mittel.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Danke schön! Damit ist die 7. Anfrage beendet. Bevor ich die 8. Anfrage aufrufe, ist es mir eine große Freude, sämtliche Bundesräte, auch die Frau Bundesrat, hier begrüßen zu können!

Wir kommen zur 8. Anfrage:

8. Ldtgs.Zl. 40/M/29: Anfrage des Abgeordneten Holub an Landesrat Dörfler

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Herr Landesrat, welche Maßnahmen zur Senkung von Emissionen und Lärm in den Umfahrungsgebieten haben Sie bisher gesetzt, um der steigenden Mautflucht in Kärnten effizient zu begegnen?

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Herr Abgeordneter Holub, persönlich habe ich einige Aktivitäten gesetzt. Ich esse keine spanischen Tomaten, sondern Kärntner Sauerkraut. Ich trinke ausschließlich Milchprodukte von Kärntner-Milch und esse Kärntner Käse. Ich kaufe mein Fleisch bei meinen heimischen Bauern. Das ist mein persönlicher Beitrag. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Aber nun zum Fachlichen. Weil ich auch meine, dass die ganze Verkehrs- und Transitdiskussion sehr oft ein bisserl am Thema vorbei geht: Wir alle nehmen leider an diesem System teil. Unser eigenes Konsumverhalten ist natürlich auch ein wesentlicher Faktor für die Belastungen, die durch Lkw-Verkehr und Transit stattfinden.

Ein weiteres Beispiel: Ich habe vor zirka drei Wochen zwei polnische Lkw-Züge an der Kreuzung in Feldkirchen getroffen und einen steirischen Lkw-Zug. Ich habe mich einfach interessiert, wohin die fahren, weil ja an und für sich

Dörfler

dort ein Lkw-Fahrverbot ist. Die zwei polnischen Lkw-Züge haben die Firma Hopferwieser in Steindorf beliefert; das ist eine große Holzhandelsfirma. Der steirische Lkw-Zug aus Feldbach sollte das Raiffeisenlagerhaus in Feldkirchen anfahren. Dort gab es keine Lagerkapazität. Dieser Lkw musste nach Villach weiter fahren. Das vielleicht auch etwas zur Aufhellung der Problematik „Wohin und woher kommen die Verkehre“. Nicht nur Kennzeichen sind ein Hinweis darauf, dass das irgendein Transitausweicher sein soll, sondern es sind in der Tat viele Verkehre, die eben Standorte in den Regionen anfahren. Da muss man sehr vorsichtig sein.

Ich halte auch nichts davon, immer wieder die Diskussion von Road-Pricing-Flüchtlingen zu führen, aber trotzdem hat das Land Kärnten sehr viele Maßnahmen gesetzt, um eine Verlagerung der Verkehre vom A-Netz auf das B-Netz einzudämmen und zu verhindern. Und nun zum Konkreten.

Es gibt ein LKW-Nachtfahrverbot über 7,5 Tonnen im Bezirk Spittal von 22.00 Uhr bis 5.00 Uhr. Das betrifft die B 98; das heißt, das ist die Parallelstraße zur A 10 und das betrifft die B 100, das beginnt vor Spittal und geht bis zur Landesgrenze nach Osttirol. Das gleiche Fahrverbot über 7,5 Tonnen Nachtfahrverbot gilt auch im Bereich des Millstätter Sees. Es gibt dann weiters ein ganzes Maßnahmenbündel LKW-Fahrverbote über 3,5 Tonnen, ausgenommen Anrainer- und Zustellverkehr. Und das ist eben diese Problematik, die Anrainer- und Zustellverkehre, dass man sich da einfach nicht täuschen lassen kann, denn der holländische Blumensattelschlepper der da im Stadtzentrum Klagenfurt fährt zum Holland-Blumenmarkt, das ist halt leider ein Zustellverkehr. Ob das sinnvoll ist – weiß ich nicht. Ich kaufe meine Blumen beim Blumenbinder draußen. Wir haben dieses Fahrverbot über 3,5 Tonnen im Stadtgebiet Villach, im Stadtgebiet Klagenfurt, auf der B 83. Das heißt, es geht von Klagenfurt bis Villach bis zur Landesgrenze Thörl Maglern. Und auf der B 85 im Bereich Fürtitz Winkel.

Wir haben ein ganzes Maßnahmenbündel LKW-Fahrverbote über 7,5 Tonnen auf der B 70, also die berühmt berüchtigte Packer Bundesstraße; auf der B 94 im Bereich der Bezirkshauptstadt St. Veit; auf der B 94 im Raum Feldkirchen und auch im Raum Villach, um quasi ein Abschnei-

den von der B 317 über St. Veit, Feldkirchen, Ossiacher See, zu verhindern. Dafür gibt's immerhin eine Autobahn. Es gibt dann auf der B 100 ein Fahrverbot, das noch nicht in Kraft ist, aber bereits behördlich quasi in Arbeit, auch auf 7,5 Tonnen beschränkt, dass wir zwischen Spittal und Villach die Ausweichverkehre, die aber Ziel- und Quellausweichverkehre sind, auch wieder auf die Autobahn kriegen. Was ist ein Ziel- und Quellausweichverkehr? Wenn die Handelskette HOFER ihr Zentrallager in Weissenstein errichtet und dort einen eigenen Kreisverkehr für die Anbindung richtigerweise erhält, weil es um viele Arbeitsplätze geht, aber dann der LKW bereits in Spittal herunter routet, also auf der B 100 nach Weissenstein fährt und umgekehrt, wenn dann Transporter wieder nach Holland zum Käseladen fährt, fährt er wieder durchs Drautal hinauf und dann erst auf die Autobahn.

Es gibt dann auch noch Fahrverbote über 5 Tonnen. Das gibt es im Bereich des Stadtgebietes von Wolfsberg und im Bereich des Stadtgebietes von St. Andrä, immer ausgenommen Anrainer- und Zustellverkehre. Und das ist die Problematik generell. Wir können beobachten, dass (*Vorsitzender: Nur noch eine Minute Redezeit!*) es eigentlich wenig bis nicht wirklich messbare Verlagerungen von Transitfahrzeugen gibt, sondern es sind tatsächlich hausgemachte Verkehre die natürlich dem A-Netz ausweichen.

Ich möchte auch noch an die Diskussion erinnern; alle Sozialpartner (die Gewerkschaft, die Arbeiterkammer, die Wirtschaftskammer, die Industriellenvereinigung und die Landwirtschaftskammer) haben eine Abschaffung der Maut auf der A 10 gefordert. Auch der Gesundheitsreferent und der Naturschutzreferent in der letzten Regierung haben diese Forderung mitunterschrieben. Der Verkehrsreferent hat sie nicht mitunterschrieben! Das ist schon ein Zeichen, welche Verkehrspolitik ich mache. Wir brauchen Infrastruktur, wir brauchen Leistungswege und eine sichere Infrastruktur, aber wir brauchen keinen Gratistransit durch Kärnten. Das wäre wohl erstaunlich, wenn diese Forderung der Sozialpartner, die noch dazu von Regierungsmitgliedern mitgetragen wurde, zu Stande kommt. Grüß Gott Transit und das kostenfrei ... (*Der Vorsitzende unterbricht, das Glockenzeichen gebend, die zu Ende gehende Rede. – Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der FPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo, bitte!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Herr Landesrat! Sie haben die Strecke am Beispiel der HOFER-LKW zwischen Spittal an der Drau und Villach erwähnt. Ich bin im Gegensatz zum Kollegen Holub dort direkter Anrainer. Er hat ja, wie wir gehört haben, einen Fünfmeterstreifen am Lendspitz und ist vom Transit nicht so belastet. (*Abg. Schwager lacht dazu.*) Daher meine Frage: Inwieweit hat das Road-Pricing Einfluss auf Straße und Schiene in Kärnten?

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Ja, Herr Abgeordneter Holub! Hast du jetzt einen Bootstransit? Aber der ist ein ja ein bisschen leiser, außer es kommen Power-Boote. (*Dies löst Heiterkeit im Hause aus. - Abg. Holub: Power-Boote!*) Herr Abgeordneter Gallo, es ist so, dass das Road-Pricing erstens sehr positive Auswirkungen im Bereich der Verlagerung Straße/Schiene hat. Wir haben feststellen können, dass im ersten Halbjahr 2004 der LKW-Verkehr auf der A 10 fast um 10 Prozent zurück gegangen ist und gleichzeitig die ÖBB ihr Transportvolumen um 9,5 Prozent erhöhen konnte. Das sind circa 21.000 LKW-Züge. Das heißt, dort hat scheinbar das erste Mal auch eine Nutzergebühr für LKW tatsächlich eine Verlagerung von Straße/Schiene zu Stande gebracht. Das hat aber auch mit unseren Investitionen zu tun. Es ist ja vor einigen Wochen der Tauernbahntunnel, der ja mit 60 Millionen Euro saniert und ausgebaut wurde, dem Betrieb übergeben worden. Und es ist ja im Bereich des Mölltales der zweigleisige Ausbau, 50 Prozent in etwa erledigt, und die zweiten 50 Prozent in den nächsten drei Jahren. Das ist übrigens in Summe auch ein Bauvolumen von 90 Millionen Euro, sodass wir auf dieser Achse ein sehr gut ausgebautes Angebot haben und damit sozusagen die Alternative funktioniert.

Jahrzehnte hat man vom Ausbau der Tauernachse geredet. Jetzt passiert sie. Und wie gesagt, ich

bin sehr froh, dass das auch angenommen wird. Wir haben übrigens auch mit dem Bundesland Salzburg, mit Kollegen Landesrat Blachfellner, gemeinsam ein Konzept entwickelt, dass wir für diese Mehrmöglichkeiten an Transportwegen auf der Schiene auf der A 10 in Zukunft auch Marktpflege machen gemeinsam mit der ÖBB.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Dankeschön! Seitens der SPÖ hat sich Abgeordneter, Herr Bürgermeister Köfer, gemeldet.

Abgeordneter **Köfer** (SPÖ):

Herr Referent! Hohes Haus! Unsere Innenstädte, unsere Gemeinden, unsere Dörfer, sind massiv davon bedroht - Sie haben das früher selbst erwähnt - von holländischen Blumenhändlern und von polnischen Lastkraftwagen überrollt zu werden. Unsere Gäste, die Innenstadtwirtschaft, aber vor allem auch unsere schützenswerten Altbauten im Zentrum sind massiv gefährdet und ich glaube, dass das Umgehen des Road-Pricing-System für uns einen absoluten Nachteil der Qualität der Innenstädte und vor allem auch der Gemeinden darstellt.

Habe ich Sie jetzt richtig verstanden? Sie haben früher verschiedene Gemeinden und Straßenabschnitte genannt, dass wir diese ab jetzt als Fahrverbot für LKW über 7,5 Tonnen, nicht nur über die Nacht sondern auch über den Tag hinweg, erhalten werden, weil ich einfach glaube, dass diese rollenden, stinkenden, krebserzeugenden Bomber aus dem Osten für unsere Gemeinden eine absolute Bedrohung darstellen. Und ich würde Sie bitten, dass man genau diese Fahrzeuge wieder dorthin bringt wo sie eigentlich hin gehören – auf das gut ausgebaute Straßennetz der Autobahnen. Also, ich hätte ganz gerne ... (*Vorsitzender: Die Zusatzfrage stellen, bitte!*) die Frage beantwortet: Ist das bereits im Laufen oder was müssten die Kärntner Gemeinden tun, damit dieser rollende Verkehr aus den Städten kommt?

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Herr Bürgermeister! Von stinkenden Bombern

Dörfler

aus dem Osten zu reden; Ein LKW der ein westliches Kennzeichen hat, stinkt genauso wie ein östliches, ist genau so laut. Also, das halte ich für ein Zumutung. Ich kann auch berichten, dass im Rahmen der Transitkontrollen festzustellen ist, dass es keinen Qualitätsunterschied zwischen Fahrzeugen aus dem Osten und aus dem Westen gibt. Das muss ich schärfstens zurückweisen. Ich halte das auch vom Stimmungsbild in einem gemeinsamen Europa für eine Wortwahl, die mir persönlich nicht sehr gefällt. Das ist das Eine.

Das Zweite. Du hast halt auch einen Holland-Blumenmarkt in Spittal, du hast die Firma Gabor quasi im Spittaler Zentrum und ich bin gestern durch Spittal gefahren. Ich kann nichts dafür, dass die Raumunordnung eine Stadtentwicklung in Spittal zu Stande gebracht hat, dass letztendlich der Verkehrsreferent die Erbschaft der Raumunordnung antreten muss. Spittal hat das Problem, dass ein Stadtkern gewachsen ist und dass natürlich das quasi Handelszentrum des Bezirks an der östlichen Stadtgrenze von Spittal ist. Und selbstverständlich kannst du über ein Fahrverbot verfügen. Du wirst Ziel- und Quellverkehre ausnehmen bzw. Anrainerverkehre und wirst gleich viel LKW in der Stadt haben, (*Abg. Lutschounig: Nicht nur in der Stadt!*) weil sie deine Betriebe beliefern. Die Firma Gabor – die Schuhe gehen halt nicht zu Fuß weg und das Leder kommt nicht, ich weiß nicht, gefaxt. Da sind LKW. Ich war gestern dort, ich habe das sehr genau beobachtet.

Das ist ein schwieriges Thema, die Stadt Spittal, weil sie natürlich ein verkehrlicher Knotenpunkt ist. Aber ich habe es nicht ganz gern, wenn man vom Verkehrsreferenten einfordert, dass er stinkende Ostfahrzeuge die es nicht gibt, wegbringt, sondern da muss die Stadt Spittal vielleicht ihr Wirtschaftszentrum und ihre Raumordnung auch einmal entflechten. Und wenn du jetzt wieder ein Einkaufszentrum in der Stadt errichtest, wird das wieder Verkehr bringen und wieder werden LKW dort dieses Einkaufszentrum beliefern. Das heißt letztendlich, der Täter sitzt in der Stadt und der Verkehrsreferent soll dann die Verkehrsprobleme lösen. Das heißt, wir könnens nur gemeinsam.

Aber ich möchte noch einmal klarstellen, dass es so wie in anderen Städten, entsprechende Einschränkungen geben kann, aber es gibt dann in Wahrheit im Erscheinungsbild des Verkehrs in

der Stadt Wolfsberg, St. Veit oder Spittal keinen Unterschied, weil das sind keine Transitausweichverkehre. Du wirst mir doch nicht erklären, dass ein LKW in Lendorf abfährt und dann durch die Stadt Spittal fährt, (*Abg. Köfer schüttelt dazu verneinend den Kopf.*) weil da braucht er wesentlich länger als wenn er über die Autobahn fährt. Und Zeit ist Geld. Und der hat vielleicht nur einen Betrieb bei dir angefahren oder du verlegst halt Gabor, die Kärntnermilch und alle anderen Betriebe vielleicht an die Autobahn zu einem Gewerbepark. Dann wirst weniger LKW in der Stadt haben. Das ist einfach die Wahrheit und das Faktum.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Danke. Hat die ÖVP eine Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall. Dann kann der Fragesteller noch eine Zusatzfrage stellen. Bitteschön!

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Sehr geehrter Herr Landesrat! In Anbetracht der angespannten Situation bei Gendarmerie und Polizei. Wie denken Sie, wird das in Zukunft ausschauen? Sind die LKW-Fahrverbote überhaupt überprüfbar?

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Das ist ein Problem das nicht ich lösen kann. Es ist bekannt, dass ich ja auch schriftlich beim Innenminister Strasser eine Verstärkung der Exekutive eingefordert habe, aber ich höre wenig aus Wien. Ich muss überhaupt feststellen, dass die Exekutive trotz schwieriger Rahmenbedingungen hervorragende Arbeit leistet. Allein die Verkehrssicherheitsstatistik des Landes Kärnten beweist das. Wir haben im letzten Jahr, Gott sei Dank, das beste Jahr seit Jahrzehnten was die tödliche Unfallstatistik anlangt. Und wir konnten dieses Ergebnis im ersten halben Jahr 2004 noch einmal wesentlich verbessern. Das ist eine großartige Leistung der Mitarbeiter der Exekutive (Polizei und Gendarmerie), aber auch ein Zeichen, dass wir in der Verkehrssicherheitspolitik gute Arbeit leisten.

Dörfler

Wir haben ja den LKW-Kontrollplatz Hainburg. Wir haben die Transitplattform Kärnten gegründet, wo es ja mobile Kontrollplätze im Bereich der B 317 gibt, im Bereich der A2 in Oberkärnten. Und demnächst wird auch der Kontrollplatz Kellerberg errichtet, wo es mir übrigens gelungen ist, 1,8 Millionen Landesmittel zu sparen, weil die ASFINAG diesen Kontrollplatz aufgrund meines Vorstoßes zu hundert Prozent finanzieren muss. Das heißt, die Einrichtungen stimmen, der Einsatz der Exekutive stimmt. Was nicht stimmt ist, dass der Herr Innenminister bei der Sicherheit spart. Die tägliche Sicherheit und vor allem auch die tägliche Verkehrssicherheit ist ein viel zu kostbares Gut, um es kaputt zu sparen. Die Schäden durch Verkehrsunfälle sind volkswirtschaftlich und für die Gesellschaft viel größer, als die sinnvolle personelle Ausstattung im Exekutivbereich. Das kann ich nur nachhaltig immer wieder einfordern und unterstreichen. Wenn ich Innenminister wäre, gäbe es um einige hunderte bis tausende Beamte in Österreich mehr. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Danke, damit ist die 8. Anfrage erledigt. Die Anfrage

9. Ldtgs.Zl. 41/M/29:

Anfrage des Abgeordneten Mag. Dr. Kaiser an LR Mag. Dr. Martinz

kann nicht aufgerufen werden, weil der Landesrat in Brüssel weilt.

Bevor ich zur 10. Anfrage des Herrn Abgeordneten Willegger an Landesrat Dörfler komme, möchte ich noch Schülerinnen und Schüler der 6. A-Klasse des Gymnasiums Hermagor recht herzlich auf der Zuhörertribüne begrüßen.

Ich komme nun zur Anfrage

10. Ldtgs.Zl. 42/M/29:

Anfrage des Abgeordneten Willegger an Landesrat Dörfler

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Willegger** (FPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat! Hohes Haus! Hochgeschätzte Besucher! Nach dem Sommerloch vielleicht die passende Frage: Beabsichtigen Sie auf Kärntens Straßen geschlechtsneutrale Verkehrsschilder anzubringen?

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Ja, die geschlechtsneutralen Verkehrskennzeichen oder Hinweisschilder waren wohl sowas wie ein Sommerfaschingsgag der in Kärnten, ja in Villach, passiert ist. Ich möchte darauf aber eigentlich in ernster Form einen Kommentar zitieren vom 21. Juli aus der Kleinen Zeitung Villach. Da schreibt die Frau Claudia Kusternig: „PrioritätInnen“. „Villacher Frauen können aufatmen. Endlich, nach jahrelanger Schmach, werden seit gestern im Villacher Straßenverkehr „Innen“ berücksichtigt. Die Zustände waren ja untragbar. Fahrverbote auf denen nur Anrainer ausgenommen waren, führten zu Beziehungskrisen. RadfahrerInnen mussten Radwege meiden. Die eine oder die andere Frau soll völlig verzweifelt vor dem Zebrastreifen zusammengebrochen sein, weil immer nur ein grünes Männchen und nie ein grünes Mädchen auf der Ampel erschien. Doch im ernst. In Villach gibt es viele Frauen denen es schlecht geht und denen in ihrer Situation ein „Innen“ nicht wirklich so wichtig ist. Ebenso steckt die Villacher Frauenberatungsstelle, eine wichtige, unabhängige Institution, in finanziellen Nöten. Wenn das Geld das nun für die neuen Schilder ausgegeben wird, hier investiert werden würde, wäre mehr geholfen.“

Also ich richte zum Beispiel wesentlich lieber mehr Kinderbetreuungsplätze ein als irgendwelche Tafeln, weil soll ich jetzt Mama-, Papa-, Bubi- und Mäditaferln aufstellen und dann vielleicht fürs Hundi und fürs Katzi auch noch eines. Also, das kommt bei mir sicher nicht in Frage, weil allein diese Glosse beweist, dass das Land Kärnten wichtigere Aufgaben hat und dass die Verkehrssicherheit in Kärnten auch funktioniert. Da brauchen wir keine Taferln, die wirklich niemandem abgegangen sind. Ich denke, dass sich auch die Frauen im Kärntner Verkehr hoffentlich halbwegs sicher fühlen und dass in Wahrheit jeder Einzelne seinen Beitrag zur täglichen Verkehrssicherheit leisten muss. Und ich

Dörfler

darf auch erinnern, dass zum Beispiel die Frau Dr. Ambrozy auch in einem Interview gemeint hat: Es gibt wichtigere Dinge in Kärnten als diese Taferln! Und ich glaube auch, die Anerkennung der Frauen – ich habe zum Beispiel wieder eine weibliche Büroleiterin installiert – ist mir persönlich sehr wichtig, aber Taferln brauche ich dafür keine. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? – Seitens der ÖVP? – Hat der Anfrager noch eine Zusatzfrage? – Somit ist die 10. Anfrage erledigt.

Wir kommen erfreulicherweise zur 11. Anfrage:

**11. Ldtgs.Zl. 43/M/29:
Anfrage des Abgeordneten Holub an
Landesrat Dörfler**

Ich bitte, die Frage zu stellen!

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Sehr geehrter Herr Landesrat! Wie wollen Sie im Zuge der Ausbauplanungsarbeiten des Ringes in Klagenfurt die IMAS-Umfrage vom Februar 2004 berücksichtigen, wonach 68 % der befragten Klagenfurter Bevölkerung sich für eine Sanierung der derzeitigen Situation mit Einbahnregelung aussprachen?

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Herr Abgeordneter Holub, Straßenbauen mit IMAS-Umfragen, das kann ich mir nicht wirklich vorstellen, wie das funktioniert. Es ist die Situation am Ring in Klagenfurt bekannt. Ich habe mich selbst noch einmal fachlich mit allen Aspekten auseinander gesetzt, was sinnvoll ist.

Wir haben wieder ein Beispiel: Spittal. Schade, dass Gerhard Köfer nicht mehr da ist. Er wollte voriges Jahr den Hauptplatz sperren, das sind 150 Meter, und eine Umleitung (1.500 Meter) machen, damit er den Verkehr vom Hauptplatz weg bekommt. Er hat 15.000 Fahrzeuge pro Tag

am Hauptplatz. Das hätte bedeutet, dass ich täglich 45.000 Mehrkilometer mit dem Ferienverkehr produzieren muss.

Das ist ja auch das Problem der Stadt Klagenfurt, dass letztendlich eine Einbahnführung des Ringes Tausende bis Zehntausende Kilometer mehr Verkehr, damit Abgas und Belästigung pro Tag bringt. Es ist auch bekannt, dass der Ring auf der Ebene Völkermarkter Seite, wo er ja vierspurig ausgebaut ist, verkehrlich relativ müßig funktioniert. Das Problem war dann von der Neuner-Villa bis zum Villacher Ring. Das heißt die Optimierung des Ringes ist einfach eine Flüssigmachung des Verkehrs. Das hat damit zu tun, dass wir beim gleichen Verkehr mit weniger stop-and-go-Verkehr und weniger Abgasemissionen und weniger Spritverbrauch eine bessere Verkehrsbilanz zu Stande bringen. Das ist eben der Grund, warum es diese Ring-Optimierung gibt. Ich gehe davon aus, dass damit auch der Verkehrsfluss in der Stadt wesentlich umweltfreundlicher gestaltet sein kann.

Ich muss aber auch mit Erstaunen feststellen, dass zum Beispiel Ewald Wiedenbauer als Verkehrsreferent der Stadt mit mir da einer Meinung ist, die August-Jaksch-Straße mit einer Park-and-ride-Anlage zu nützen, den südlichen Teil, und den nördlichen Teil im Gegenverkehr zu führen. Die August-Jaksch-Straße hat einen DTV von 7.000 Fahrzeugen, die Feldkirchner Straße von 21.000 Fahrzeugen. Das ist der Beweis dafür, dass die August-Jaksch-Straße – ich habe daneben noch die Villacher Straße und die Koschat-Straße – ein Leistungsträger ist, der locker zweispurig nutzbar ist. Wir können in etwa 900 Parkplätze schaffen, die - verbunden mit dem öffentlichen Verkehr - eine ganz gute Möglichkeit sind, die Stadt Klagenfurt von Verkehr zu befreien.

Ich stelle aber fest, dass die Diskussion im Stadtssenat in den letzten Tagen wieder zu keinem Ergebnis geführt hat. Das Weitere ist das Stück der Villacher Straße: Von der Steinernen Brücke bis hin zur Sponheimerstraße ist die Straße vierspurig. Was passiert dort? – Dort fahren wir 80, 90, 100 statt 50. Und dann habe ich jetzt ein Konzept, eine Parkspur zu machen und eine Grünspur zu machen. Ich hoffe, dir gefällt die Grünspur. Mir besonders. Dann kriege ich wieder einen Antrag von der ÖVP-Klagenfurt – zumindest der im Gemeinderat, so höre ich, nicht behandelt wurde -, das nicht zu tun. Ich

Dörfler

gehe einerseits her und schaffe leistungsfähige Verkehrswege, die auch eine gute Verkehrs- und Umweltbilanz produzieren und bin höchst daran interessiert, dass der Ausbau des öffentlichen Verkehrs im Bereich der einströmenden Hauptverkehrsadern verbessert wird, aber die Stadt Klagenfurt ist hier ein schwieriger Partner.

Es hat ja einen Spatenstich gegeben und gewisse Demonstrationen dabei. Es ist schon erstaunlich, wenn von 90.000 Klagenfurtern einige Erwachsene Jugendliche quasi zu einer Demonstration hinbringen, wo sie gar nicht wissen, gegen was sie protestieren. Sie haben gemeint, sie protestieren gegen ECE. In Wahrheit ist es der Ringausbau. Das ist für mich auch ein Umgang mit Verkehrsthemen, der einfach nicht seriös ist. Denn wenn eine Stadt 90.000 Einwohner hat und dort 10 Erwachsene hingehen und 30 Jugendliche mitnehmen, dann behaupte ich, dass zirka 90.000 Klagenfurter für dieses sinnvolle Projekt sind.

Ich habe auch in der letzten Zeit ein interessantes politisches Verkehrserlebnis gehabt. Das muss ich schon auch festhalten: Es ist wahrscheinlich das erste Mal, dass ein Grün-Gemeinderat in Österreich ein Straßenprojekt und noch dazu das eines blauen Verkehrsreferenten einfordert, per dringlichem Antrag. Ich erinnere an das „Projekt Umfahrung Völkermarkt“. Das zeigt doch auch, dass meine Verkehrspolitik eine umweltverträgliche, so gut als möglich ist. Wenn ein Grün-Gemeinderat per dringlichem Antrag die Umfahrung Völkermarkt fordert, dann ist das einfach für mich eine Bestätigung, wie ich Verkehr meine. *(Vorsitzender: Noch eine Minute!)* Ich halte das für Ihren Mit-Beitrag, den Sie zu leisten, aber, wie gesagt, der Ring-Ausbau in Klagenfurt ist eine Notwendigkeit, um einfach in eine bessere Nettoverkehrs-Belastungsbilanz und Umweltbelastung zu Stand zu bringen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Danke! – Wird seitens der FPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Seitens der SPÖ auch nicht? – Seitens der ÖVP auch nicht? – Dann hat der Anfrager noch eine Zusatzfrage. Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Sehr geehrter Herr Landesrat! Was sagen Sie dazu, dass im Optionsvertrag der Stadt Klagenfurt mit den Betreibern der ECE für ein solches Einkaufszentrum festgehalten ist, dass sich Stadt und Land verpflichten, acht Wochen vor Fertigstellung des Einkaufszentrums den Ring, also den St. Veiter Ring und den Villacher Ring, vierspurig ausgebaut zu haben?

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Zum ECE würde ich einmal sagen: Jede andere Stadt in Kärnten würde wahrscheinlich einem Investor, der so viel Geld in die Hand nimmt und im Stadtzentrum etwas baut, sehr freundlich gegenüber treten. In Villach baut man Interspar, und alle sind zufrieden. In Klagenfurt baut man ECE – und es ist ein riesengroßer Wirbel. Mein Großvater war Portier bei der Firma Neuner. Ich habe da als kleiner Bub ab und zu der Vergnügen gehabt, für meine Schuster gemachten Schuhriemen, wie man im Gurktal sagt, ein Leder holen zu dürfen. Ich war zu Tode betrübt, dass dieses Unternehmen geschlossen wurde. Es war eine innerstädtische Industriearbeit. Die hat niemanden interessiert. Jetzt wird innerstädtisches Wirtschaften und Leben möglich gemacht – und jetzt gibt es einen Wirbel. Also wenn das die Zukunftspolitik ist, dann muss ich schon sagen, kann ich mich damit nicht anfreunden. Denn zuerst jammert man darüber, dass man die „Politik der grünen Wiese“ macht, dann gibt es einen Investor – was ja eher selten ist -, der im Stadtzentrum investiert, dann ist das auch nicht Recht. Der Umgang mit den Investoren in Klagenfurt ist für mich ein erstaunlicher. Das zu dem.

Es ist ja bekannt, dass ich relativ rasch baue. Daher ist es kein Problem, wenn die Stadt Klagenfurt ECE installiert, wo auch der Abschluss der Baustelle, weil wenn ECE eröffnet wird, ist es wohl sinnvoll, dass der Straßenbauer seine Arbeit auch erledigt hat. Damit habe ich kein Problem. Es ist nur ein Zeichen dafür, dass man sich auf meine Straßenbaupolitik verlassen kann. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Danke schön, Herr Landesrat! – Damit ist die Fragestunde abgelaufen. Es sind neun Fragen erledigt worden; zwei kommen wegen Nichtanwesenheit der Regierungsmitglieder auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung, die ja heute um 14 Uhr erfolgt. Ich möchte nur die Frage an jene Abgeordnete stellen, deren Fragen heute nicht aufgerufen werden konnten, wie sie sie beantwortet haben wollen. Die Frage 12, die Anfrage der Abgeordneten Mag. Lesjak an Landeshauptmann Dr. Haider? (*Abg. Mag. Lesjak: Mündlich!*) Mündlich! Die 13. Frage, Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Landesrat Ing. Rohr? (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Mündlich, am Nachmittag, bitte!*) Mündlich! 14. Anfrage des Abgeordneten Schwager an Landesrat Dörfler?

(*Abg. Schwager: Mündlich!*) Mündlich! 15. Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Landesrätin Mag. Dr. Schaunig-Kandut? (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Auch mündlich, bitte!*) Mündlich! 16. Anfrage des Abgeordneten Holub an Landeshauptmann Dr. Haider? (*Abg. Holub: Mündlich!*) Mündlich! 17. Anfrage der Abgeordneten Mag. Lesjak an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Pfeifenberger? (*Abg. Mag. Lesjak: Mündlich!*) Mündlich! 18. Anfrage des Abgeordneten Schwager an Landesrat Ing. Rohr? (*Abg. Schwager: Schriftlich!*) Schriftlich!

Ich werde so vorgehen. Die Anfragen werden dann in der nachmittägigen Fragestunde aufgerufen werden.

Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zur Durchführung der Aktuellen Stunde.

Aktuelle Stunde

Es liegt ein entsprechender Antrag des FPÖ-Klubs vor. Nach dem Rotationsprinzip ist die FPÖ an der Reihe. Das Thema lautet: „Verkehrsinfrastrukturprojekte in Kärnten“. Ich erteile dem Redner der Antragsteller als Erstem das Wort. Es ist Dritter Präsident Ing. Scheuch. Besonders möchte ich auf die generelle Redezeitbeschränkung in der Aktuellen Stunde von fünf Minuten hinweisen! Ich bitte den Präsidenten, zu sprechen!

Dritter Präsident **Ing. Scheuch** (FPÖ):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Besucher auf der Tribüne! Hoher Landtag! Herr Präsident! Wenn man eine Standortbestimmung zum Thema „Verkehrsinfrastruktur“ hier in Kärnten vornimmt – und das wollen wir ja heute im Bereich dieser Aktuellen Stunde machen –, dann muss es auch erlaubt sein, letztendlich um einfach eine Evaluierung in diesem Bereich stattfinden lassen zu können, auch einen Blick in die Vergangenheit zu werfen. Das ist zwar normalerweise nicht so unsere Art, aber zwei, drei Sätze seien hier erlaubt. Da muss man einfach die Frage stellen, wie das früher so gewesen ist, als die Zuständigkeiten zwischen Bundes- und Landesstraßen nicht dahingehend getrennt wurden, wie es jetzt durch eine Regierungsbeteili-

gung von uns zu Stande gekommen ist. Da muss man fragen: Wie ist eigentlich der Verteilungsschlüssel gewesen zwischen dem Zentralraum in Wien und den Kärntner Interessen?

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie war denn das eigentlich, als viele große Politiker, große Namen zumindest, nach Wien gefahren sind und spätestens am Semmering die Interessen „Kärntner Straßenbauprojekte“ letztendlich hier auch vergessen haben? Wahrscheinlich aus dem Grund, weil die Pack so schlecht ausgebaut gewesen ist, muss man in diesem Bereich sagen. Das ist auch verständlich, dass sie dann das eine oder andere, wie sie hinaus gefahren sind, vergessen haben. Ganz anders, als der Landeshauptmann von Kärnten hier den Landeshauptmann-Sessel eingenommen hat. Ich kann mich – das sei mir auch persönlich erlaubt, hier zu sagen – sehr gut erinnern, wie ich als Nationalratsabgeordneter im Verkehrsausschuss gesessen bin, wie der „Generalverkehrsplan“ verhandelt worden ist und wie mir ein Ministerialrat dort auf meine bescheidene Frage, wie es eigentlich mit den Kärntner Projekten stehe, breit grinsend mitgeteilt hat, dass unsere Wünsche ja eh aufgeschrieben sind. Über die zeitliche Abfolge wird man noch reden, aber voraussichtlich wird es 2015 bzw. 2021 dann schon so weit sein, und man müsse einfach vor dem Hintergrund letzt-

Ing. Scheuch

endlich auch der EU-Osterweiterung jetzt doch einmal den Zentralraum um Wien in den Vordergrund rücken. Das heißt, es war eigentlich auch dann wieder notwendig, dass Landeshauptmann Haider mit charmanter Verhandlungstaktik und letztendlich – und das sage ich hier auch ganz offen – mit einem gewissen Druck auch auf eigene Regierungsmitglieder es verstanden hat, eine Weisung zu erzielen, eine Weisung der Ministerin Forstinger, die man auch hier im Kärntner Landtag nicht oft genug loben kann, dass wichtige Verkehrsprojekte hier in Kärnten einmal zuerst realisiert werden; dass es vom Zentralraum Geldflüsse nach Kärnten gibt, dass wir das so wichtige „Koraln-Projekt“ umsetzen, dass wir in der „B 100-Frage“ nach vorne kommen und dass wir letztendlich auch im Bereich des zweigleisigen Tauernausbaus, das heißt auch Verkehr auf die Schiene zu verlegen, hier Fortschritte machen.

Aber es ist ja irgendwie recht interessant, und viele geschickte Persönlichkeiten sagen ja, dass sich die Geschichte das eine oder andere Mal wiederholt. Mit so einer Wiederholung waren wir heuer im Sommer – gar nicht so lange her – konfrontiert. Da hat man aus ÖVP-nahen Bahnmanagerkreisen doch wirklich versucht, den „Generalverkehrsplan“ nicht abzuändern, aber die Zeitschiene des Ausbaues wieder zu verschieben. Und erstaunlicherweise wieder - da muss man hier ganz genau zuhören –, wieder zu Ungunsten unseres Bundeslandes, wieder zu Ungunsten Kärntens. Das hat einfach geheißen, dass man zum Beispiel den zweigleisigen Tauernausbau letztendlich nur zu 50 % realisiert. Und dann, im Jahr 2008, hat man gemeint, wird man hier die Arbeiten fortsetzen. (*Vorsitzender: Noch eine Minute!*) Das Ähnliche beim Koralmtunnel, wo man sagte, man macht einen Sondierstollen – und zum Ausbau soll es erst später kommen.

Es hat wieder, wie schon zuerst, eine klare Standortbeziehung vom Landeshauptmann von Kärnten, Dr. Jörg Haider, gegeben. Ich kann heute diesem Haus auch erfreulicherweise mitteilen, (*Vorsitzender: Ich bitte, zum Schluss zu kommen! – Der Redner lachend:*) – da habe ich ja noch einen Haufen zum Reden, normalerweise -, (*Abg. Lutschounig: Ja, wenn du so weit ausholst!*) dass heißt es ist auch hier positiv mitzuteilen, dass es möglich gewesen ist, eine schriftliche Zusage des Ministers Gorbach hier zu er-

reichen, eine schriftliche Zusage, in der auch gewährleistet ist, dass es zu einem weiteren zügigen Ausbau (*Vorsitzender, das Glockenzeichen gebend: Die Redezeit ist abgelaufen! Bitte, zum Schluss zu kommen!*) hier kommt.

Zum Schluss ist eines zu sagen: dass der Einsatz des Landeshauptmannes maßgeblich dazu beigetragen hat, dass Kärnten nicht mehr das Schlusslicht im Infrastrukturbereich ist und dass wahrscheinlich auch sein großer Einfluss in Wien letztendlich das Vertrauen rechtfertigt, das die Wähler, die Kärntnerinnen und Kärntner, in ihn setzen. Danke vielmals! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Schober das Wort.*)

Abgeordneter **Schober** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine geschätzten Damen und Herren als Zuschauer! Wenn mein Vorredner gemeint hat, niemanden ist es gelungen als den Landeshauptmann von Kärnten, so darf ich nur eine Zitierung vornehmen. Kommerzialrat Springer ist sicherlich niemand der der SPÖ nahe steht, aber er sagt: „Seit Wagner war es eigentlich niemandem im Land gelungen, sich bei der Bundesregierung durchzusetzen.“ Das nur dazu. Faktum ist, meine geschätzten Damen und Herren, dass ... (*Dies führt zu mehreren Einwände aus der FPÖ-Fraktion. – 3 .Präs. Ing. Scheuch: Der Wagner ist eh okay! – Lärm und Unruhe im Hause.*) Das ist ein ganz ein neuer Artikel, übrigens!

Faktum ist, geschätzte Damen und Herren, dass wir leistungsstarke Verkehrswege, ob das jetzt die Straße, die Schiene oder die Luft ist, brauchen. Einerseits ist die Mobilität gefordert und andererseits sind Wirtschaftsräume, die nicht oder schlecht erreichbar sind, tote Wirtschaftsräume. Faktum ist aber auch, dass wir es mit einer sehr starken Verkehrszunahme zu tun haben. Einerseits der Transitverkehr, aber nicht nur der, sondern wir haben auch sehr viel hausgemachten Verkehr. Und feststeht aber auch, dass es einen sehr großen Renovierungsbedarf am eigenen, nämlich am landeseigenen Straßennetz im ganzen Lande gibt, wo wir rasch, aber auch mittel- und langfristig sehr großen Handlungsbedarf haben. Denn das Straßennetz ist voll aus-

Schober

gelastet und zum Teil auch hoffnungslos veraltert. Über die Schiene wird dann mein Nachredner noch etwas zu sagen haben.

Probleme gibt es aber bei der Finanzierung. Und hier fehlt es einfach an der Kontinuität und an der Glaubwürdigkeit. Zur Finanzierung: Die Belastung der Kraftfahrer ist sehr groß und die Leistung des Staates, im Verhältnis zu dem was eingezahlt wird, ist relativ gering. Viele Millionen die wir als Kraftfahrer leisten verschwinden im allgemeinen Steuertopf. Da muss man auch wissen, dass bevor die Zweckbindung der MÖST-Mittel aufgehoben wurde, deutlich mehr Geldmittel für die Verkehrsinfrastrukturprojekte geflossen sind. Die LKW-Maut wurde zwar eingeführt, aber deutlich zu spät. Und die Mittel des Landes sind bekanntermaßen sehr angespannt. Und so gesehen ist der Generalverkehrsplan gut und schön. Solange er aber nur am Papier steht und die Finanzierung nicht gesichert ist, hilft er de facto nichts.

Und zur Kontinuität unserer Glaubwürdigkeit. Allein die personellen Wechsel die die Bundesregierung in den letzten fünf Jahren zu verantworten hat sind enorm. Es gab mehrere Wechsel in den ÖBB-Vorständen und im Management. Es gab aber auch sehr viele Wechsel vom Minister im Infrastrukturministerium. Man sagt zwar ganz allgemein: Jeder neue Besen kehrt gut, aber wenn jeder dieser Führungskräfte seine eigenen Prioritäten setzt, weil er ja von irgendeinem Eck aus diesem Staate Österreich kommt, dann ist das auch nicht das Gute. Da gab es zum Beispiel eine Frau Minister Forstinger die meinte: „Ja, bei so großen Summen“ – und da hat sie nicht Unrecht – „muss man zumindest nachdenken können.“ Da ist ein Bundesminister Schmid der wortwörtlich gesagt hat in der ZIB 1 vom 3.3.2000: „Landeshauptmann Pröll soll sich seine Idee abschminken oder in die Haare schmieren.“ Oder, es waren die vielen ÖBB-Generäle, ob das Draxler war oder nunmehr vor kurzer Zeit der neubestellte Huber. Beide haben den Koralmtunnel überhaupt in Frage gestellt. (3. Präs. Ing. Scheuch: *Minister Forstinger hat ja eine Weisung gegeben dazu!*) Und all das zeigt die Uneinigkeit und schwächt die Position unseres Landes.

Man braucht sich da aber nicht zu wundern, wenn die Projekte wie Semmering und Koralm-tunnel, in der Ausbauliste der EU-Fördergelder

nicht enthalten sind. Und der neue Verkehrskommissar von dem ich heute gelesen habe, dass er zwar ein großer Bergfex ist, aber auch hier orte ich eine gewisse Priorität zumindest zu Lasten unseres Bundeslandes. Und die politische Uneinigkeit der ÖVP/FPÖ-Bundesregierung ist ja auch bekannt, die ja zum Semmering-Basistunnel ... der aber ein wichtiger Bestandteil ist. Und, nur wenn beide kommen - nämlich Koralm und Semmeringtunnel – der aber, wie gesagt, hier eine klare Linie dieser Bundesregierung vermissen lässt. Und das war aber auch letztendlich einer der Gründe, warum wir Sozialdemokraten uns hier im Lande eingebracht haben und hier die politische Mitverantwortung für die Zukunft übernommen haben, denn hier müssen einfach (*Vorsitzender: Ich bitte, zum Schluss zu kommen!*) andere Prioritäten gesetzt werden.

Und ich sage es auch ganz klar! Nicht eine Vielzahl von pompösen Spatenstichen und auch nicht das Verteilen von Spaten müssen Priorität haben, die ja im Prinzip nur eine reine Imagewerbung für bestimmte Politiker auf Steuerkosten sind, sondern es muss jeder Meter der eine Verbesserung ... (*Der Vorsitzende das Glockenzeichen gebend: Die Redezeit ist abgelaufen!*) des Straßennetzes bringt, sollte vom Vorteil für die Bürger unseres Landes sein. Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion. – 3. Präs. Ing. Scheuch: Gebt's dem Schober einen Spaten! Hast einen gekriegt, oder? Einen Spaten und einen roten Janker kriegt der Schober!*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Ing. Hueter das Wort.*)

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Zuhörertribüne! Ich möchte zuerst einmal dem Abgeordneten Kurt Scheuch sagen, dass der Infrastrukturminister, glaube ich, ja aus eurem Lager kommt. Gorbach ist der Name! (3. Präs. Ing. Scheuch: *Schon richtig! Und der das jetzt gewährleistet!*) Ja, ja, aber das hin und herjonglieren ... (3. Präs. Ing. Scheuch: *Die anderen Minister haben schon wieder gesagt, ... Weitere Einwände von 3. Präs. Ing. Scheuch.*) Nein, nein, nein! Nicht immer die Schuld den anderen

Ing. Hueter

zuweisen. Ich glaube, man sollte bei sich selber anfangen zu klären.

Ich möchte aber auf ein paar Dinge eingehen und zwar betreffend der Verkehrsthematik im Bezirk Spittal, auf unsere Bezirksthemen und da ganz kurz auf drei Sachen: Landesstraßen, Tauernautobahn A 10 und dann B100-UVP. Zum Ersten, glaube ich, und da spreche ich wirklich im Interesse vieler Gemeinden des Oberen Drautales, die Landesstraßen sind in einem sehr, sehr desolaten Zustand. Und wenn ich jetzt im Budget 2005 sehe, dass hier wieder um 5,5 Millionen Euro weniger budgetiert sind, dann glaube ich, kann sich jeder ausrechnen, wie die Straßen in den nächsten Jahren ausschauen werden. Also, ich mache mir da wirklich sehr große Sorgen, weil ich das auch bei uns oben von einigen Bürgermeisterkollegen bereits gehört habe, dass hier wirklich Handlungsbedarf wäre, aber ich glaube, die Prioritätenliste scheint da anderwertig zu sein.

Zur Tauernautobahn, - A10-Tunnel. Ich möchte nur erwähnen: Vor den Wahlen sind da ganz andere Dinge boykottiert bzw. von allen Fraktionen unisono gestellt worden. Das ging sogar von einer Bürgerbefragung bis hin zu den, wie heißt das, Leistungen der Lärmschutzmaßnahmen zuerst und erst dann gibt's den Tunnel. Heute, nach den Wahlen, schauts so aus. Der Tunnel beginnt 2006 und die Lärmschutzmaßnahmen sind in einem Paket bis 2020 dann fertig gestellt. Also, ich glaube, da kann sich auch jeder ausrechnen, wie weit da auf die Anliegen der Anrainerbevölkerung ... (3. Präs. Ing. Scheuch: *Bist jetzt dafür oder dagegen; für den Ausbau?*) Ja, warte Kurt Scheuch, ich werde dir das schon sagen! ... eingegangen wird. (3. Präs. Ing. Scheuch: *Ich werde es den Leuten schon sagen da oben!*) Nein, das brauchst nicht sagen, das sage ich dann schon selber. Dass man dann einfach wirklich das auch einhält, was man vor den Wahlen sagt. Und ich glaube, auch hier sieht man diesen Zick-Zack-Kurs. Hier werden einzelne Gemeinden herausgetan; in dem Fall die Gemeinde Trebesing. Die anderen Gemeinden werden so quasi dann erpresst. Also, wenn ihr so willig seid wie diese Gemeinde, dann kriegts auch das und das und sonst gibt's eben nichts. Ich halte von dieser Thematik wenig.

B 100 – und das ist ein Thema das auch meine Gemeinde ganz massiv betrifft. Und hier ist auch

unter dem heutigen Anfragepunkt 14 von meinem Kollegen Schwager Franz da droben, ich kann das schon jetzt ein bisschen vorweg nehmen, aber ich werde mich bei diesem Punkt dann auch noch einmal zu Wort melden. (Abg. Dipl.-Ing. Gallo: *Der ist ja nicht bei der ÖVP!*) Hier ist, glaube ich, etwas ganz einzigartiges passiert, dass ein Regierungsmitglied einen Landtags ... oder Regierungsbeschluss macht ohne einen Gemeinderatsbeschluss für einen Teilabschnitt der Strecke Berg/Greifenburg der 1,2 km zu Grunde liegend hat. Also, glaube ich, ist einiges passiert. Und da möchte ich ein paar Dinge wirklich klarstellen. Der Gemeinderatsbeschluss der aussteht, wurde gestern – wir haben gestern eine sehr intensive Diskussion gehabt mit dem Herrn Landesrat Dörfler – als Schmähdbeschluss bezeichnet. Ich sage das wörtlich, seine Aussage: „Schmähdbeschluss!“ Und die Gemeinderats-sitzung wurde vom Herrn Landesrat als „Faschings-sitzung“ deklariert. Also jeder Bürgermeister der hier herinnen sitzt – und ich nehme das in Anspruch für meine Gemeinde – da sind 15 Mandatäre drinnen, ehrenamtlich, die sich, glaube ich, über die Anliegen der Gemeinde sehr viel Gedanken machen. Und dann vom Landesrat zu hören, das sind Faschings-sitzungen bzw. Schmähdbeschlüsse, dann muss ich das aufs Schärfste zurückweisen.

Und dann als Argument - weil er eben diesen Regierungsbeschluss beantragt hat und der Gemeinderat gebeten hat, eine zweite Variante auszuarbeiten - wird man persönlich über die Zeitung diffamiert, beschimpft und so quasi unterstellt, dass man hier – wie heißt das – irgendwelche Wertschätzungen machen muss in den betreffenden Grundinanspruchnahmen. Da muss ich alles in allem sagen: Herr Landesrat, du musst dich bitte einmal oben vor Ort erkundigen und du musst auch wissen, dass der Gemeinderat von Berg zwei Jahre vorher zum Gewerbegebiet, das du jetzt hier herzeigst, ein ganz klares Bekenntnis abgelegt hat und zwar einstimmig! Wir haben mit Optionsverträgen vier Hektar Gewerbegebiet gewidmet und bei diesen vier Hektar ist kein Grund von Bürgermeister Hueter dabei, sondern alles andere. Und er unterstellt mir über die Zeitung, dass ich die Trassenführung nur deshalb befürworte, weil ich da irgendwelche Grundspekulationen machen würde. Also ich muss sagen: Ein Herr Landesrat, der auf eine solche Ebene hinuntersteigt (Vorsitzender: *Ich bitte, zum Schluss zu kommen!*) ist für mich

Ing. Hueter

wirklich abzulehnen. Und ich muss wirklich sagen, ich weise das auf das Schärfste zurück und das sage ich nochmals namens aller 15 Mandatare (*3. Präs. Ing. Scheuch: Alle sind mit dir nicht zufrieden!*) der Gemeinde Berg. Wir sind kein Schmähgemeinderat, wir haben keine Faschingssitzung. Die einzige Faschingssitzung – da war der Herr Landesrat selber dabei, auf die ich mich erinnern kann – die war wirklich soweit. Und da kann sich jeder und auch der Herr Landesrat selbst ein Bild machen, welche Funktion bzw. welche Aktion er da inne hatte. Ich sage herzlichen Dank! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Holub das Wort.*)

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

(*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Jetzt kommt der echte Kabarettist!*) Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir vom Verkehr sprechen, dann meinen wir Autoverkehr und wenn wir von Infrastruktur sprechen, meinen wir Straßeninfrastruktur. (*3. Präs. Ing. Scheuch: Ich habe über die Schiene gesprochen!*) Wir wollen auch, nicht so wie der Kollege Scheuch, voller Begeisterung in die Vergangenheit schauen, sondern wir schauen eigentlich voller Skepsis in die Zukunft. Das Auto ist natürlich die folgenschwerste und auch interessanteste Erfindung des letzten Jahrtausends. Es kann ziemlich viel Freiheit geben, aber der Bezug – besonders der männlichen Personen zum Auto - ist ein sehr interessanter. Und zwar: 83 Prozent aller GTI-Fahrer gaben an was sie mehr lieben; ihre Freundin oder ihr Auto? – Natürlich ihr Auto mehr zu lieben als ihre Freundin. (*Abg. Mag. Lesjak und Abg. Tauschitz sind darüber sehr erheitert und lachen laut dazu. – Unruhe und Heiterkeit im Hause.*) Sehr viele männliche Autofahrer, die ihren Führerschein verlieren, begehen sofort danach Selbstmord. (*Einwände aus der FPÖ-Fraktion und darauffolgende Heiterkeit in der FPÖ-Fraktion.*) Also, der männliche Bezug zum Automobil ist natürlich ein großartiger.

Es gibt sehr viel Freiheit, aber die Frage ist, ob man wirklich soviel Freiheit hat, wenn man von der Mineralölgesellschaft oder –wirtschaft abhängig ist, wenn man nachweislich mehr als ein Drittel seines Lebens eigentlich nur fürs Auto

arbeitet und wenn jeder von uns da herinnen – ganz wurscht ob er ein Auto besitzt oder nicht – für jeden mit einem Auto im Land gefahrenen Kilometer 15 Cent ausgibt. Und da ist der Transitverkehr aber noch nicht dabei; dass ein LKW im Laufe seines Lebens das 600.000-fache von einem Personenkraftwagen an externen Verkehrskosten für die Steuerzahlerin bewirkt, das denkt auch niemand nach. Erst, wenn man glaube ich, zwei Stunden einmal im Kreis gefahren ist und keinen Parkplatz gefunden hat, würde man gerne auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen. Nur, dem öffentlichen Verkehr in Kärnten geht's nicht besonders gut. Nachweislich haben wir in den letzten fünf Jahren, bis auf heuer ausgenommen, null Cent vom Land dafür ausgegeben. Im Vergleich dazu: Das Burgenland 4 Millionen und Salzburg sogar 15 Millionen Euro pro Jahr! Das heißt aber, wenn jemand zur Arbeit fahren muss, muss er mit dem eigenen PKW fahren und deswegen gibt es auch einige Zahlen, einige Statistiken, die da sagen: In Kärnten gibt's die meisten pro Kopf mit dem eigenen PKW zurückgelegten Kilometer. Die wenigsten pro Kopf mit der Bahn zurückgelegten Kilometer! Die ÖBB selber wurde jetzt auf 13 Gesellschaften aufgeteilt mit 13 Vorständen. Da kann man sich ja anschauen, was für Farben da in den Vorständen drin sein werden und ob das unbedingt notwendig sein wird.

Wenn wir jetzt über den Transitverkehr reden, muss man sich Europa so vorstellen wie eine große Fabrik und die Österreicher sitzen am Fließband. Das Fließband ist die Autobahn. Wir können immer auf unsere Steuerkosten das Fließband reparieren und ganz andere sitzen an der Kasse. Wenn ich mich erinnern kann: Ich hab den Eid geschworen auf Kärnten und nicht auf Mc Donald's und Coca Cola. Deswegen sollten wir schauen, wie viel der Wertschöpfung wirklich vom LKW-Verkehr, der nur deswegen bei uns stattfindet, weil es billiger ist, die Shrimps aus Dänemark nach Marokko zu führen, um sie dort schälen zu lassen und wieder zurück, dass wir das alles tragen müssen. Die externen Verkehrskosten machen jetzt mehr als 10 Prozent vom (*3. Präs. Ing. Scheuch: Deswegen gibt's eh Road-Pricing.*) Bruttoinlandsprodukt aus. Wir müssen das alle zahlen! (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ich esse keine Shrimps!*) Gut! Aber, Müller Joghurt – zum Beispiel – hat im Laufe seines Lebens, bis es im Becher in Deutschland

Holub

auf den Markt kommt, 6.000 Kilometer am Buckel. Das heißt, unsere Forderung wäre schon auch, dass man pro Produkt einmal sagt: Wie viel Kilometer hat das Produkt und ist es unbedingt notwendig, dass man in einem LKW-Zug 1.400 kleine Schweinderln von Ungarn nach Spanien führt und nicht den näher gelegendsten Schlachthof anfährt? Das sind einmal so kleine Forderungen. (*Abg. Lutschounig: Das einzige was du isst, ist die Kilometerwurst!*) Ja, ... nur Kleinigkeiten zu den Infrastrukturgroßprojekten. Laut Alpenkonvention bräuchte der Katschbergtunnel – die zweite Röhre – eine UVP. Diese wird nicht durchgeführt. Was somit nicht geprüft wird und auch die nachteiligen Auswirkungen nicht geprüft werden ist: Verkehrstechnik, Meteorologie, Luftschadstoffe, (*3. Präs. Ing. Scheuch: Haben wir ja, Mess-Stationen!*) Schalltechnik, Raumplanung und -ordnung, Sach- und Kulturgüter, Jagd-, Boden- und Landwirtschaft, Geologie, Biologie, Pflanzen und deren Lebensräume, Wald, Oberflächenwasser und Fische, Amphibien, Vögel, jagdbare Tiere und Wild, Landschaft- und Umweltmedizin.

Wenn man jetzt der Ärztekammer glauben darf (*Vorsitzender: Ich bitte, zum Schluss zu kommen!*) – die setzt sich dafür sehr ein -, wäre eine UVP unbedingt notwendig.

Nur ein kleines Wort noch zum Koralmtunnel: Der von der FPÖ in nächster Zeit als Berater eingesetzte und auch sehr beliebte Dr. Knoflacher sagt: „Mit dem Wegfall des Eisernen Vorhanges ist dieses Projekt sachlich nicht mehr zu begründen.“ Danke! (*3. Präs. Ing. Scheuch: Willst du jetzt die Eisenbahn oder nicht?! – Lärm im Hause.*)

(*Der Vorsitzende erteilt LR Dörfler das Wort.*)

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann! Liebe Regierungskollegen! Hohes Haus! Geschätzte Besucher! Herr Abgeordneter Holub, es ist immer recht nett, wenn du so ein bisserl Verkehrskabarett machst, da im Hause. In vielen Dingen sind wir uns ja einig, aber wenn man glaubt, dass eine UVP-Diskussion die Verkehrssituation am Katschberg verbessert, dann muss ich schon sagen: Da brauche ich keine UVP, um feststellen zu können, das die Megastaus, die wir immer öfter haben,

die Umwelt wesentlich mehr schädigen als der gleiche Verkehr durch zwei Röhren. Das ist ein Faktum, und man sollte da nicht irgendwelche Shrimps in die Diskussion werfen. Ich hoffe nur, du isst nie welche, hast auch noch nie Müller-Joghurt zu dir genommen und vielleicht keinen Chianti von irgendwoher getrunken. Zumindest hast du eine Flasche schon in den Landtag heringebracht, also verursacht du auch den Transit mit. Das nur zur Klarheit!

Man soll halt sein eigenes Konsumverhalten einmal überprüfen, bevor man im Landtag so locker redet, wer was nicht tun soll. Wir machen jede UVP, die notwendig ist, so wie jetzt bei der B 100, aber keine, die nicht notwendig ist. Ich brauche keine Bürokraten und irgendwelche Berater, die dir die Uhr wegnehmen, und dann sagen, wie spät es ist. Das löst nicht das „Problem Katschbergtunnel“, sondern wer den Katschbergtunnel verhindert, ist gegen die Verkehrssicherheit. Wer den Katschbergtunnel verhindert, ist gegen die Standortsicherheit. Und wer den Katschbergtunnel verhindert, ist gegen Arbeitsplätze in Kärnten, Herr Abgeordneter Holub! Das möchte ich schon einmal eindeutig sagen! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Herr Abgeordneter Hueter, ich weiß nicht, ob du die Beschlüsse des Landtages überhaupt kennst, was das „Thema A 10 und Katschbergtunnel“ anlangt. Die ÖVP – das ist noch immer deine Partei, nehme ich an – hat ja einen dringlichen Antrag im Jahr 2000 eingebracht, worin gefordert wurde, dass der Verkehrsreferent dafür Sorge zu tragen hat, dass der Katschberg- und Tauerntunnel schnellstens gebaut werden wird. Dann tun wir das – dann ist dir das nicht Recht. Ich weiß nicht, ob du deinen Bezirk überhaupt vertrittst? Weil Faktum ist: Es gibt einen einstimmigen Landtagsbeschluss aller Parteien, dass schnellstens dafür Sorge zu tragen ist, dass Katschberg- und Tauerntunnel gebaut werden. Ich kenne keinen gegenteiligen Beschluss.

Der Spatenstich am 4. 12., Herr Abgeordneter Schober, wird natürlich wieder ein großes Fest für Kärnten sein. Wenn du dauernd irgendwelche Spaten kritisiert, muss ich schon sagen: Wir haben die Lippitzbachbrücke so finanziert, dass wir 3 Millionen Euro vom Bund geholt haben. Wir haben in der zweiten Ausschreibung 590.000 Euro sozusagen erspart. Ich meine, dass 1.000 Spaten bei der Firma Ofner, ein Kärntner

Dörfler

Produkt, in Wolfsberg erzeugt, auch Kärntner Arbeitsplätze sichergestellt haben. (*Abg. Hueter: Aber die F nicht!*) Manche produzieren viele Inserate – das mag vielleicht einige Zeitungen finanzieren –, ich habe es lieber, wenn Arbeiter im Lavanttal 1.000 Spaten herstellen, weil es ist keine Schande, Spatenstiche zu machen. Über Jahrzehnte ist nichts passiert. Jahrzehntelang habt ihr Projekte angekündigt, aber nichts ist gebaut worden. (*Lärm im Hause*)

Noch einmal ganz kurz, Ferdi, zu deinen Ansagen bezüglich A 10: Du hast wahrscheinlich nicht gehört, dass es jetzt eine Einhausung Trebesing gibt, die immerhin 30 Millionen Euro kostet, die übrigens den ersten Kinderspielplatz auf einer Autobahn-Einhausung in Europa haben wird, die 25.000 Quadratmeter Renaturierung hat, wo erstmals eine Schafweide auf einer Autobahn zu Stande kommen wird. Das heißt, das Liesertal wird sehr grün – nur das kriegst du gar nicht mit, weil du wahrscheinlich keine Zeit hast. Du hast ja so viel im Drautal zu tun, weil es um deine Grundstücke da oben geht.

Jetzt vielleicht einmal zum Konkreten: Ich darf auch den Erfolgsweg der Kärntner Infrastruktur anführen. Immerhin haben wir Bundesmittel und ASFINAG-Mittel von 2002 bis 2009 von 600 Millionen Euro. Das ist mehr wert für Kärnten! Das sind nicht Kärntner Gelder. Das sind Gelder, die wir aus Wien geholt haben. Das sind Gelder aus dem ASFINAG-Budget, die Kärnten zugute kommen, die in Kärnten die Arbeitsplatzbilanz aufbessern und die Kärnten in die Zukunft führen. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

700 Millionen für die Infrastruktur bedeuten 700 Millionen besseres Kärnten, bedeuten eine neue Raststätte am Wörther See, die eine einzigartige in Österreich ist, die bedeuten einen Lkw-Kontrollplatz in Haimburg, die bedeuten einen Lkw-Kontrollplatz in Kellerberg, die bedeuten ein entsprechend saniertes Autobahnnetz, die bedeuten eben einen Katschbergtunnel, einen Gräberntunnel usw. Das wurde Jahrzehnte gefordert. Es hat ja noch im Jahr 2000 die Wirtschaftskammer eine Liste wichtiger Kärntner Bauprojekte eingefordert. Ich darf daraus vorlesen: „Punkt 1: Vollausbau Bad St. Leonhard (*Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!*) – Wolfsberg-Nord – Gräberntunnel“. Erledigt! „Punkt 2: Katschbergtunnel.“ 4. 12. Spatenstich. Ich darf auch den Landtag dazu einladen! „Punkt

3: Ausbau B 100 Umfahrung Steinfeld.“ 8 Kilometer im Bau, UVP-Prüfung für den Restabschnitt im Gange. „Nord-Süd-Verbindung Völkermarkt.“: quasi kurz vor Baubeginn. „Anbindung Raum Bleiburg – Südautobahn.“ Die berühmte Lippitzbachbrücke ist schon bald fertig.

Das ist unsere Verkehrs- und Infrastrukturpolitik. Das ist einfach ein (*Vorsitzender, das Glockenzeichen gebend: Die Redezeit ist abgelaufen!*) Zeichen, dass wir in den letzten Jahren gut gearbeitet haben und Kärnten in die Zukunft führen! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Vouk das Wort.*)

Abgeordneter **Vouk** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Geschätzte Zuhörer auf der Tribüne! Ich denke, dass wir uns alle einig sind, den Wirtschaftsstandort Kärnten durch eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur derart zu gestalten, dass eine wachsende Wirtschaft neue Arbeitsplätze schaffen und bestehende sichern soll (*3. Präs. Ing. Scheuch: Bravo!*), um darüber hinaus den Kärntner Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den Pendlerinnen und Pendlern und den Schülerinnen und Schülern sowie den Gästen, die unsere Region besuchen wollen, den Weg dorthin zu erleichtern, beispielsweise durch eine Verbesserung des öffentlichen Verkehrs.

Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung erfordert den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Verkehrsdienstleistungen müssen in hoher Qualität und zu akzeptablen Preisen bereitgestellt werden. Eine zeitgerechte Verkehrspolitik erfordert daher die Durchsetzung der Kostenwahrheit, unter Berücksichtigung der sozialen und ökologischen Kosten. Dies gilt vor allem für den Gütertransport auf der Straße, der gegenüber dem Gütertransport auf der Schiene einen großen Wettbewerbsvorteil genießt. Die Schiene als Verkehrsträger kann nur dann konkurrenzfähig sein, wenn Eisenbahninfrastruktur und rollendes Material auf dem höchsten technologischen Stand sind. Voraussetzung dafür ist, neben einer Absicherung zukünftiger Investitionen in die Infrastruktur, die Erhaltung der österreichischen Bundesbahnen, meine sehr geehrten Damen und Herrn, als integriertes Unternehmen,

Vouk

das unter einem Dach Synergien zwischen Absatz und Infrastruktur, aber auch zwischen Güter- und Personenverkehr nutzen kann.

Leider hat sich die Österreichische Bundesregierung dazu entschlossen, aus parteipolitischen Überlegungen die Österreichischen Bundesbahnen zu zerschlagen. Dadurch, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind auch wichtige Vorhaben im Lande Kärnten in Frage gestellt. Dies bedeutet aber auch den Verlust von Arbeitsplätzen bei uns hier in Kärnten, aber auch eine Verlagerung der Kompetenz, gerade im Bahnbereich, von Kärnten (von der Region) nach Wien. Wie sonst wäre es zu verstehen, dass der neue Generaldirektor der Österreichischen Bundesbahnen schon nach wenigen Stunden, die er im Amt war, den „Generalverkehrsplan“ in Frage gestellt hat und damit auch so wichtige Projekte wie den Semmering-Basistunnel, aber auch den Koralmtunnel wieder überprüfen lassen will.

Eine Zerschlagung der ÖBB, so wie sie jetzt von der Bundesregierung umgesetzt wird, steht demnach im krassen Widerspruch zur Erhöhung der Marktanteile der Bahnen und widerspricht jeder zukunftsorientierten Verkehrspolitik. Nur ein starkes finanzielles und gesundes Unternehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann im zukünftigen liberalisierten Schienenmarkt erfolgreich sein und so die Arbeitsplätze und sozialen Standards in diesen Bereichen sichern!

Derzeit werden von den betroffenen Gemeinden und Bürgerinitiativen Trassenvorschläge für die Hochleistungsbahn im Kärntner Zentralraum abgegeben. Für den Villacher Raum, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es unabdingbar, dass die Tauernstrecke in die Planung mit einbezogen wird, um solcherart eine großräumige Verkehrslösung erzielen zu können. Eine isolierte Betrachtung der Südbahn ohne Berücksichtigung der Tauernachse, also der wichtigsten Verbindung zwischen Nordwesteuropa und Südosteuropa, darf es nicht geben. Deswegen wird von uns heute ein diesbezüglicher Antrag hier im Hohen Haus eingebracht, um den Planungsauftrag für die Hochleistungsbahn für den Großraum Villach von Paternion im Drautal bis Rosenbach an der Staatsgrenze zu Slowenien zu erweitern. Sollte es zu keiner großräumigen Lösung kommen, würde dies die Entwicklung des Villacher Raumes stark benachteiligen. Ich ersuche den Verkehrsreferenten und die Kärntner

Landesregierung in dieser Frage um Unterstützung! Danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Lutschounig das Wort.)

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Lobhudelei des Dritten Präsidenten Ing. Scheuch ist uns ja allen noch in den Ohren. *(3. Präs. Ing. Scheuch: Die Wahrheit!)* Die Wahrheit ist immer das, was du glaubst, zu sagen. *(3. Präs. Ing. Scheuch: Nein, nein! Das stimmt schon!)*

Meine Damen und Herren! Wir wissen alle, dass natürlich einiges getan worden ist. No na, ist vielleicht nichts geschehen in diesem Lande? Es ist auch immer etwas getan worden in diesem Lande, auch für die Infrastruktur. Nur zu glauben, dass alles so eitel Wonne ist, wie du es dargestellt hast, Herr Präsident, dem ist wirklich nicht so!

Ich muss sagen, da gibt es schon einige Dinge, die einem wirklich zur Besorgnis Anlass geben, etwa Bauabschnitte, die sich dann in den Baukosten fast verdoppeln, Stichwort Süduferstraße, Abschnitt Radweg Maiernigg – Sekirn. Aus den vorgesehenen 310.000 werden auf einmal 530.000 Euro.

Dann gibt es den großen Bereich des ländlichen Wegenetzes, das natürlich auch berücksichtigt werden muss, wenn man von der Infrastruktur redet. Es sind ja immerhin 9.500 Kilometer, die dieses ländliche Wegenetz umfasst. Viel mehr als Autobahnen, Landesstraßen und Gemeindestraßen zusammen macht dieser Bereich aus und ist natürlich speziell für den ländlichen Raum ein ganz, ganz wesentlicher. Wenn ich da die Entwicklung sehe, dann bedrückt mich das schon mit großer Sorge. Denn etwa im Jahre 1998, als es einen Landesrat Lutschounig gegeben hat – das will ich aber damit nicht sagen -, vor allem einen Finanzreferenten Zernatto *(3. Präs. Ing. Scheuch: Hör auf! Kein Eigenlob! – Lärm im Hause.)*, der noch dafür tatsächlich ein Ohr und ein Herz gehabt hat, damals gab es immerhin 12,7 Millionen Euro für dieses ländliche Wegenetz. Man höre und staune, meine Damen und Herren, im Jahre 2005 werden es 7 Millio-

Lutschounig

nen sein, abzüglich einer Kreditrückzahlung, die damals von den Wohnbauförderungsmitteln geliehen wurden, in Höhe von 480.000. Das heißt, es sind 6,5 Millionen nur noch für den ländlichen Wegebau übrig. Das ist genau die Halbierung aus dem Jahre 1998. Jetzt kann ich auch hier die Prioritäten feststellen, die auch Finanzreferent Pfeifenberger gegenüber Zernatto hier darstellt, denn beantragt sind 14 Millionen Euro worden, um dieses Problem einigermaßen in den Griff zu bekommen.

Meine Damen und Herren! Der Regionalfonds, der geschaffen worden ist: Man kann über die Sinnhaftigkeit diskutieren. Wir sind da auch mit dabei, dass wir sagen: Überlegen wir, ob es nicht in vielen anderen Bereichen auch sinnvoll wäre, einen solchen Regionalfonds tatsächlich zu installieren. Wenn man weiß, dass das Land 55 % in der Zukunft zahlen wird, die Gemeinden 30 % und vor allem die Betroffenen (die Anrainer), die Benachteiligten, die ohnedies in den peripheren Lagen wohnen, 15 % in der Zukunft werden zahlen müssen, dann muss ich sagen, ist es eine absolute Verteuerung für die Gemeinden. Mich wundert es, dass der Herr Gemeindebundpräsident Ferlitsch so ruhig bleibt, denn er stöhnt dauernd, dass die ... (2. Präs. Ferlitsch: *Wir wollen ja die Projekte verwirklichen! - Lärm im Hause.*) Ja, die Projekte verwirklichen, aber es gibt ja nur wenige Gemeinden, Herr Präsident, die sich das leisten können, tatsächlich die 30 %. Und nur jene, die reich genug sind, werden diese Vorhaben verwirklichen – aber alle anderen bleiben auf der Strecke. (3. Präs. Ing. Scheuch: *Aber es wird gerechter!*) Ob das im Sinne einer Solidarität ist, auch unter den Gemeinden, das wage ich zu bezweifeln. Vor allem die Anrainer mit 15 %, das ist eine Verdreifachung der Anteile, die sie ursprünglich eigentlich gezahlt haben. Ob wir dadurch mehr Projekte machen werden, das wage ich zu bezweifeln.

Außerdem, meine Damen und Herren, hat es natürlich eine dramatische Minusbudgetierung auch für die Landesstraßen gegeben: Minus 5,5 Millionen Euro sind im Budget für das Jahr 2005 ausgewiesen. Da kann man nicht von „goldenen Zeiten der Infrastruktur“ reden, wenn für diese wichtigen Maßnahmen einfach weniger Geld vorhanden ist. Dann sollte man dazu stehen. Dann muss man sagen: Jawohl, wir bringen das Budget ohnedies nicht mehr zusammen, wir müssen eh schon alles verscherbeln: vom Kran-

kenhaus über die Hypo-Anteile, über Sonstiges, was noch an letztem Familiensilber vorhanden ist, um uns einigermaßen über diese Hürden der ganzen Budgetproblematik der letzten Jahre hinüber zu schwindeln. Das ist die Tatsache. Das findet natürlich auch hier seinen Niederschlag.

Und es ist damit nicht abgetan, wenn der Herr Referent mit seiner bekannt gelben Jacke von einer Spatenstichfeier zur anderen eilt (*LR Dörf-ler: Orange!*) und bei manchen ... orange, okay orange, bitte! – ich berichtige – orange, selbstverständlich, mit dieser Jacke dort präsent ist oder auch diese Jacken verteilt. Und es ist auch damit nicht abgetan ... (*Vorsitzender: Ich bitte, zum Schluss zu kommen!*) wenn wir bei irgendwelchen Bauabschnitten, wie Stichwort „HL-Bahn“ fünf Spatenstichfeiern machen und wieder eine machen, um dort ein großes Event (*Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) abzuhalten. Damit wird die Infrastruktur in Kärnten nicht verbessert, meine Damen und Herren! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion. – 3. Präs. Ing. Scheuch: Dass du so ein Jammerer geworden bist! – Es herrscht Unaufmerksamkeit im Hause.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

(*Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) Meine Damen und Herren! Ich möchte, bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, Gäste aus Italien, aus der Region Piemont begrüßen. Es sind Winzer aus der berühmten Weinregion Piemont unter der Leitung von Assessore Dino Ricardo. Tanti saluti d' amici italiani! (*Beifall im Hause. – Zwischenruf von LH Dr. Haider.*) Als nächste Rednerin hat sich Frau Abgeordnete Lesjak zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr!

Abgeordnete **Mag. Lesjak** (GRÜ):

Hohes Haus! (*Die Rednerin bittet das Mikrofon einzuschalten.*) Hohes Haus! Verehrte Landesregierung! Verehrte Gäste! (*Die Rednerin stellt sich noch die Pulthöhe zurecht. – Zwischenruf aus der FPÖ-Fraktion.*) Nein, das passt schon! So! Unser größtes Anliegen zum Thema „Verkehrsinfrastrukturprojekte in Kärnten“ ist es, hier auch noch einmal darauf hinzuweisen

Mag. Lesjak

und es deutlich zu machen, dass wir eine nachhaltige Verkehrspolitik in Kärnten wollen, dass eine nachhaltige Verkehrspolitik in Kärnten entwickelt wird, das heißt, bzw. weiterentwickelt wird. Das heißt, dass eine langfristige, umweltfreundliche und zukunftssichernde Mobilität für jeden gesichert wird; dass die externen Kosten internalisiert werden. Das heißt, dass die Verursacher von negativen Umweltauswirkungen auch die Kosten zu tragen haben und zur Kassa geben werden. Dass es eine nachfrageorientierte Planung gibt; dass es den Einsatz von kombiniertem Verkehr gibt. Das heißt, Bahn und Straße. Hier sind intelligente Modelle gefragt, die in Einklang gebracht werden. Dass der öffentliche Verkehr leistbar, effizient und flexibel wird und, dass der öffentliche Verkehr auch einmal als wirtschaftspolitischer Faktor angesehen wird. Das heißt, im öffentlichen Verkehr sind eine Menge von Arbeitsplätzen zu schaffen. Und schließlich, dass nicht nur die individuelle Motorisierung gefördert wird, durch den Straßenbau, sondern so gestaltet ist, dass keine Nachteile für Menschen, Wirtschaft, Ökologie und öffentlichen Verkehr entstehen.

Das Problem im Moment ist aus unserer Sicht oder eines der Probleme, dass Kärnten im öffentlichen Verkehr im Bundesländervergleich immer noch das Schlusslicht ist. Wir sind immer noch hinter dem Burgenland, weil erst seit dem Jahr 2003 der öffentliche Verkehr gefördert wird. Es gibt kaum regionale Konzepte. Es gibt zwei, drei. Also in Wolfsberg, im Gailtal und in Ebental gibt's so regionale Verkehrskonzepte, aber die Städte haben das nicht! Ich würde sagen, dass der öffentliche Verkehr daher sehr schwer vernachlässigt wird, weil einfach der Stil in der gegenwärtigen Verkehrspolitik ein falscher Stil ist. Es wird der Straßen- und Tunnelbau forciert. Zum Beispiel die zweite Tunnelröhre auf der Tauernautobahn ist nicht notwendig, weil das können Ihnen alle Experten bestätigen. Wenn es dort eine Schiene gibt, eine Bahn, dann ist ein Ausbau des Tunnels bzw. eine Erweiterung und Vergrößerung der Straße ja nicht notwendig. Mehrere Straßen bedeuten (*Einwand von Abg. Dipl.-Ing. Gallo.*) - das werden Ihnen auch die Experten bestätigen - dass es mehr Verkehr, mehr Lärm, mehr Staus, mehr Staub gibt. Dass mehrere Autobahnen auch bedeuten, es wird mehr Transit geben. Das lockt ja die Wirtschaft an, nicht? - (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Wir wollen*

ja keine Verarmung!) Also, wenn wir mehrere Straßen haben, das ist attraktiv, auch wenn der Ring vierspurig ausgebaut wird. Das ist ja interessant für alle. Autofahrer fahren dorthin und dann haben wir erst recht die Staus. Also, hier wäre ein Umdenken gegeben, also notwendig. Es haben sich die Treibhausgase seit 1991 verdoppelt. Wir haben ein riesiges Feinstaubproblem in der Stadt. Und das ist das Gegenteil einer nachhaltigen Verkehrspolitik.

Umweltpolitische und gesundheitspolitische Aspekte werden hier ausgeklammert, sonst würde man nicht zu der Entscheidung kommen, den Ring vierspurig auszubauen. Ich möchte nur als Beispiel den Feinstaub herausnehmen. Erst jetzt wird es wissenschaftlich untersucht, dass er schwerwiegende, gesundheitliche Folgen hat. Da habe ich im Profil gelesen vor kurzem, eine Studie ... (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Oh Maria! Das ist keine wissenschaftliche Arbeit! ...*) von der Weltgesundheitsorganisation. Die Weltgesundheitsorganisation ist sehr wohl wissenschaftlich fundiert (*Weiterer Einwand von Abg. Dipl.-Ing. Gallo.*) und da können Sie das nicht in Frage stellen. Hörens zu, Herr Abgeordneter Gallo! Die lungengängigen Russpartikel waren 1996 österreichweit verantwortlich für: 2.411 Todesfälle, 4.665 Krankenhausaufnahmen wegen Herz- und Lungenerkrankungen sowie 20.606 Bronchitisfällen bei Kindern! Mediziner bestätigen, dass diese ganz kleinen Staubteilchen unter 2,5 Mikrometer bis ins Herz und bis in die Lunge vordringen. Also, da wird noch Vieles auf uns zukommen. Das sind diese sogenannten „externen oder externalisierten Kosten“, weil die Kosten muss ein anderer tragen, nicht die Verursacher.

Wenn der vierspurige Ring ausgebaut ist, ist es ja offenbar gewollt, dass die Lebensqualität in der Stadt sinkt, dass es mehr Staus gibt, weil es mehr Verkehr geben wird - ist ja logisch. Dass die Umwelt noch mehr belastet wird, dass es mehr externalisierte Kosten gibt und dass der innerstädtische Handel - nur nebenbei erwähnt - in Bezug auf Wertschöpfung ausstirbt und damit die Stadt an Attraktivität verliert. (*Vorsitzender: Sie haben noch eine halbe Minute Redezeit!*) Das ist das Gegenteil einer nachhaltigen Verkehrspolitik.

Ich möchte noch los werden, dass ich diese Argumente vom Konsumverhalten - ja wir nutzen ja alle den Verkehr und die Straßen - das möchte

Mag. Lesjak

ich aufs Schärfste zurückweisen! Natürlich nutzen wir die Straßen. Auch ich benutze, wenn es nicht anders geht, das Auto. Mein Verhalten ist auch ein Resultat aus den Strukturen und aus den Angeboten, die geschaffen werden. Der Herr Landesrat Dörfler zwingt mich praktisch dazu, mit dem Auto zu fahren, weil den (*Zwischenrufe von LR Dörfler und aus der FPÖ-Fraktion. – Lärm im Hause.*) öffentlichen Verkehr kann ich ja nicht nutzen. Deswegen kann man nicht sagen ... und die Verkehrspolitik ist auch nicht aus persönlichen Meinungen und Gutdünken heraus zu gestalten, (*Der Vorsitzende des Glockenzeichen gebend: Die Redezeit ist abgelaufen, Frau Abgeordnete!*) weil es meiner Meinung nach ... nicht ... (*LR Dörfler: Nein, nein!*) Also, das ist ja unerheblich. Verkehrspolitik ist ein übergreifendes Thema und da hätte ich das Anliegen, dass das mehr in die Richtung nachhaltiger Verkehrspolitik gehen wird. Dankeschön! (*Beifall von Abg. Holub. – 3. Präs. Ing. Scheuch: Bilden wir zwei eine Fahrgemeinschaft Frau Abgeordnete!*)

(*Der Vorsitzende erteilt LH Dr. Haider das Wort.*)

Landeshauptmann Dr. Haider (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Infrastrukturinvestitionen in den letzten Jahren waren nachweisbar die größte Investitionshilfe für die Entwicklung des Landes seit 1945, vom Volumen her, von regional abgestimmten Projekten. Und es kann natürlich keine bessere Bestätigung für die erfolgreiche Infrastrukturpolitik die hier im Land gemacht worden ist und gemacht wird geben, als die Tatsache, dass der Abgeordnete der Österreichischen Volkspartei als Sprecher hier herausgeht und sagt: „Jede Woche fünf Spatenstiche, und das ist fürchterlich!“ Jeder weiß, dass der Spatenstich der Beginn eines neuen Projektes ist. Und ich gratuliere dem Kollegen Dörfler, dass (*Einsetzender Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) er das so zu Stande bringt. Natürlich ist das Ganze nur deshalb möglich gewesen, weil wir auch die Gelegenheit genutzt haben, Geld in Wien für Kärnten zu mobilisieren, weil wir das selbst ja alleine nie aufgebracht hätten und auch nicht verantwortlich sind für Bundesbahnen und nicht verantwortlich sind für Bundesstraßen und Au-

tobahnen. Und trotzdem ist es gelungen, hier erheblich etwas zu Stande zu bringen.

Und ich kann den Kollegen Schober durchaus beruhigen. Der Generalverkehrsplan ist nicht Papier! Der Generalverkehrsplan wird zur Zeit umgesetzt und der Generalverkehrsplan ist auch nicht einfach zu finanzieren. Aber die Tatsache, dass die verkehrsabhängigen Steuern, wie die Mineralölsteuer von der Zweckbindung befreit worden ist, ist eine sehr lange Geschichte. Und ich darf dich erinnern. Der Finanzminister der die Zweckbindung aufgehoben hat, hat Lacina geheißen. Und er war irgendwo in deiner Partei beheimatet. Das heißt, das jetzt zu beklagen, dass die Zweckbindung aufgehoben worden ist und das wirklich zu verheimlichen, dass das eigentlich in eurem Kreise passiert ist, ist nicht ganz fair. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Das ist einmal eine Feststellung.

Was ich aber sagen will, – trotzdem wird viel gemacht und auch hier im Land viel möglich. Wir haben die Tauernstrecke untergebracht, bei der Eisenbahn, die für uns wichtig ist. Der Kollege Vouk hat das ja richtig gesagt: Das Eine ist ohne das Andere nicht machbar. Daher wird die Tauernstrecke nicht auf die lange Bank geschoben, sondern bis zum Jahre 2005/2006 realisiert. Und wenn der neue Eisenbahndirektor eben Lust verspürt, um sich über Kärntner Projekte nachhaltig zu äußern, dann hat er von seinem Eigentümervertreter nämlich eine Rüge bekommen, nämlich vom Vizekanzler der hat ihm gesagt: Letztlich sticht Ober den Unter.

Und daher wird er zur Kenntnis nehmen, dass das was wir mit dem Vizekanzler ausmachen wesentlich wichtiger und entscheidender ist als was der neue Bundesbahndirektor irgendwo in einer Pressekonferenz sinniert. Er wird zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Koralmbahn gebaut wird! Und er wird zur (*Einsetzender Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Kenntnis nehmen müssen, dass wir von den 4,4 Milliarden Euro die dieses Bauwerk insgesamt kostet - und das sowohl in der Steiermark wie auch für uns hier in Kärnten - bis zum Jahre 2008 bereits 58.000 Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft garantiert. Das ist ein Riesenprojekt. Dass wir von dem natürlich nicht Abstand nehmen werden und dass wir am 12. Oktober bei der nächsten Koralmkonferenz zwischen Steiermark und Kärnten auch erwarten, dass der Bund dort dabei ist und

Dr. Haider

dass wir die Ausfinanzierung für die Koralmbahn dort schriftlich und vertraglich vereinbaren, damit es klar ist, da fährt der Zug drüber. Die Koralmbahn wird bis Mitte 2015/2020 – in diesem Zeitraum – fertiggestellt und wir werden auch jetzt zügig die Tunnelvariante in Angriff nehmen.

Das heißt, es wird der Sondierungsstollen jetzt gebaut und wenn der fertig ist, dann müssen wir – und das wollen wir beim Koralmgipfel am 12. Oktober sicherstellen – dann muss auch der Baubeginn für den Koralmtunnel passieren, damit das ganze Verkehrsbauwerk Sinn macht. Denn, wenn wir das schaffen, dann sind wir um zehn Jahre schneller als die EU mit ihrem Korridor V. Und das ist in Wirklichkeit der wirtschaftliche Erfolg für Kärnten. Zehn Jahre früher eine leistungsfähige Verkehrsverbindung für die Wirtschaft in Oberitalien vom Westen Richtung Osteuropa zu haben, heißt auch Arbeitsplätze in Kärnten, heißt Logistikzentrum in Arnoldstein Fürnitz, heißt entsprechende vermehrte Geschäftstätigkeiten über die Eisenbahn, heißt Verteilerzentren zu entwickeln, wo hunderte neue Arbeitsplätze entstehen. Und auf das müssen wir uns konzentrieren, nicht auf die Jammerei, ob der Zernatto was eingefädelt hat oder der Haider das Geld gebracht hat. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Das ist in Wirklichkeit das Entscheidende. *(Vorsitzender: Eine halbe Minute, bitte!)*

Und, ich glaube, dass wir auch in der Richtung eine große Übereinstimmung haben. Und man sollte doch nicht alle Verkehrsprojekte beklagen. Und da bitte ich auch die Grünen um Verständnis. Dauernd jammern sie in Klagenfurt herum. Ich habe noch nie gehört, dass sie sich in Villach aufgeregt haben, dass eine neue GAV finanziert worden ist, auch mit Hilfe des Bundes und des Landes, die ja auch neuen Verkehr anzieht, weil's eine parallele Durchzugsstraße ist. Aber, wenn Sie nicht zu Fuß gehen wollen, Frau Kollegin, *(Angesprochen ist Abg. Mag. Lesjak.)* müssen wir eben eine Straße bauen für Sie, damit Sie irgendwohin kommen. Sie sind offenbar noch viel zu wenig auch in andere Teile Kärntens gekommen, sonst wären die Grünen wesentlich ... *(Der Vorsitzende das das Glockenzeichen gebend und die Rede unterbrechend: Die Redezeit ist abgelaufen, Herr Landeshauptmann!)* ... ihre Botschaften dort verbreiten können.

Ich möchte nur sagen, dass das nicht nur große Infrastrukturinvestitionen bedeutet, sondern dass was wir machen wollen – und das ist ja auch im Regierungsprogramm zum Ausdruck gebracht; ist auch schon beschlossen – ist auch der Regionalfonds, wo wir gemeinsam das sekundäre Straßennetz profilieren. Das ist mindestens so wichtig, wie unsere großen Projekte. Wir haben 12.000 Kilometer sekundäres Straßennetz, ländliches Wegenetz, Ortsdurchfahrten, Verbindungswege, *(Vorsitzender wiederum das Glockenzeichen gebend: Herr Landeshauptmann! Die Redezeit ist abgelaufen! Ich bitte, zum Schluss zu kommen!)* ja, ... zu bauen und zu erhalten. Und das werden wir über den Regionalfonds tun, dass alle gemeinsam hier mitziehen müssen. Der Kollege Rohr wird diese Gruppe verwalten und wir werden hier Schwerpunkte machen. Und es wird das erste Mal sein, dass auch im agrarischen Wegenetz eine Reihung ist, transparent ist, nachvollziehbar ist und die Bauern nicht politisch intervenieren müssen, *(Abg. Gunzer: Bravo!)* sondern nach einer klaren Reihung gebaut werden wird. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt 2. LH-Stv. Dr. Ambrozy das Wort.)

Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Die Debatte, die heute stattfindet, halte ich für wichtig, aber in einigen Bereichen wird sie etwas zu kleinmütig geführt und ich glaube nicht, dass wechselseitige Vorwürfe über Interessenswahrnehmungen die tatsächliche Problematik des gesamten Infrastrukturbereichs aufzeigt. Denn, wir haben in der Analyse über die Zukunftsentwicklung der Kärntner Wirtschaft zumindest zwei wesentliche Punkte festgehalten. Zum Einen sollte sich Kärnten zu einem Zentralstandort schlechthin im südöstlichen Raum dieses Europas entwickeln. Und, wenn man diese Zentralität erreichen will, dann ist es notwendig, dass auch die entsprechende Infrastruktur, also die Erreichbarkeit des Zentralstandortes, möglich wird. Und daher ist ein Schlüssel dafür, wie wir die Wirtschaftsentwicklung und damit auch die Beschäftigungsentwicklung in diesem Lande nach vorne bringen können, eine Infrastrukturent-

Dr. Ambrozy

wicklung die diese Zentralität Kärntens möglich macht. Und das ist für die Straße-, für die Schiene-, für die Luftanbindung und natürlich auch für den gesamten Kommunikationsbereich notwendig. Daher möchte ich sagen, ist die Initiative die der Reinhart Rohr jetzt entwickelt hat, mit dem parallelen Infrastrukturausbau im Bereich der Telekommunikation mit anderen Infrastruktureinrichtungen etwas extrem Wichtiges. Daher ist auch wichtig, dass wir im Bereich des Straßenbaues eine entsprechende Anbindung zu Stande bringen und daher ist es auch wichtig, dass wir vor allen Dingen an die Schiene angebunden sind.

Ich bin immer sehr erstaunt, dass der Herr Landeshauptmann erzählt, wen alles er auf der Bundesebene gerüffelt hat. Ich bin aber genauso in positiver Erwartung, dass das auch Erfolge bringt, denn das geht parteiübergreifend. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, da braucht sich keine Partei etwas vorzuwerfen oder der anderen etwas vorzuwerfen! Denn der österreichische Raum hat kein Interesse daran, dass die Mittel in eine Schieneninfrastruktur in den Süden investiert werden. Da ist auf der einen Seite der Herr Pröll, der alles verhindert, um hier eine durchgängige vernünftige Verbindung zu Stande zu bringen. Er hat allerdings damals schon einen sehr guten Kumpan gehabt, der heute Landeshauptmann in Kärnten ist. Es ist aus unserer Partei der eine oder andere der Meinung, dass die Mittel umgewichtet werden sollen. Es ist ja irgendwie erstaunlich: Immer dann, wenn ein Führungswechsel in einem Unternehmen stattfindet, das sich ÖBB oder ähnlich nennt, wird sofort der Koralmtunnel in Frage gestellt. Ich denke, dass der Koralmtunnel und die HL-Strecke aus meiner Sicht ein gemeinsames Anliegen aller Parteien in Kärnten sein sollen. Es ist eine langjährige Forderung der SPÖ. Es ist eine Forderung aller politischen Parteien! Daher sollten wir gemeinsam Druck auch in Wien machen, dass die Mittel hierher kommen, damit das aufgeht, was der Herr Landeshauptmann früher gesagt hat, mit der durchgängigen Verbindung auf der Hochleistungsbasis.

Das Zweite, was ich hier noch sagen will, und das ist mir auch sehr wichtig, das ist die ländliche Infrastruktur, die regionale Infrastruktur. Wenn der Herr Kollege Lutschounig die Vergangenheit beschwört und gleichzeitig sagt, dass alles sich verteuern wird, dann sollte man aber

schon auch noch dazusagen, dass durch diesen Regionalfonds, der jetzt geschaffen wird, in Wahrheit die Mittel, die bislang im ländlichen Wegenetz eingesetzt wurden, durch die Fondsbeiträge, die von den Gemeinden zwar refundiert werden im Laufe der Jahre, und durch die bisher gängigen Selbstbehaltsbeiträge – 15 %, also 85 % Förderung waren ja bisher üblich, und in einigen Gemeinden ist in Sonderfällen mehr aus eigenem dazu getan worden -, dass mit dieser neuen Konstruktion das Bauvolumen und damit das Umsetzungsvolumen sich ja mindestens verdoppeln, wenn nicht verdreifachen wird. Das heißt, mit dieser Konstruktion ist ja etwas für den ländlichen Raum geschehen, was die Infrastruktur betrifft. Dann wird etwas noch getan, was sehr wichtig ist: Dass unter Einbindung der Kommunen, der Gemeinden, Prioritäten gesetzt werden, (*Vorsitzender: Eine halbe Minute Redezeit noch!*) die letztlich dazu führen, dass nicht das Ermessen des Referenten eine Rolle spielt, sondern geplanter Ausbau der ländlichen Infrastruktur, auch nach den Notwendigkeiten in den Regionen, was ihre Wirtschaftsentwicklung betrifft. Das halte ich für wichtig, meine sehr geschätzten Damen und Herren! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Letztlich sind Investitionen in die Infrastruktur für mich Investitionen in die Zukunft. (*Vorsitzender, das Glockenzeichen gebend: Die Redezeit ist abgelaufen. Bitte, zum Schluss zu kommen!*) Die Wirtschaftsentwicklung in Kärnten wird ohne Infrastruktur nicht möglich sein. Ich denke, dass das, was jetzt an Budgetplan und Budget vorliegt, die Chance eröffnet, für Kärnten das alles zu Stande zu bringen, was für die Wirtschaftsentwicklung notwendig ist. (*Beifall von der SPÖ- und von der FPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt KO Abg. Mag. Grilc das Wort. – Lärm und Heiterkeit im Hause.*)

Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es trifft sich im Ablauf der Diskussion gut, dass ich auf den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ambrozy unmittelbar antworten kann und darf. Ich persönlich habe große Probleme mit der Neuordnung des Regionalfonds. Als gelernter Kommunalpolitiker werde ich auch sagen, warum. Sie wissen

Mag. Grilc

alle, dass bisher das Land 70 % bei solchen Projekten dazu gegeben hat. 25 % waren landauf, landab üblich als Bedarfszuweisung der jeweiligen Gemeinde. Üblicherweise waren es 5 % aus privater Hand. Die Veränderung wird nun dazu führen, dass das Land nur mehr 55 % gibt, die Gemeinde zwar 30, aber das in Form eines Kredites aufzunehmen und auch wieder zurück zu zahlen hat - das ist dabei der entscheidende Punkt - und dass eine deutliche Verschlechterung für den Privaten eintritt, von bisher üblichen 5 % erhöht sich der Beitrag auf 15. Ich lasse mich gerne belehren, ob das wirklich der Weisheit letzter Schluss für die Zukunft ist. Dies vor allem angesichts der Tatsache, dass die Gemeindebilanzen schon sehr, sehr gespannt sind. Trotz der Aufbringung der Mittel über Kredite wird es in der Folge Schwierigkeiten geben. Das wage ich heute zu behaupten. Ich bin davon felsenfest überzeugt.

Abgesehen davon, dass das seinen zweiten Effekt hat. Darüber können wir diskutieren wie wir wollen. Es ist eine stille Entmachtung des Agrarreferenten, mit dem Argument, es wäre bisher in der Reihung nicht korrekt zugegangen. Kein Projekt konnte abgewickelt werden, ohne dass die jeweilige Gemeinde beteiligt war. Daher ist allein dieser Vorwurf im Grunde genommen weg zu wischen, das heißt ein Vorwurf in Richtung welches Referenten auch immer im Agrarbereich: Er allein konnte das auch bisher nicht entscheiden. Wir werden daher sehen, wie sich das entwickelt. Das ist das eine.

Ein Zweites: Ich gehe durchaus konform mit dem SPÖ-Klub, dass die Einbindung der „Tauern-Frage“ in die Planungen der Hochleistungs-AG einen Sinn machen. Wir werden euch auch in diesem Antrag unterstützen, weil wir einfach das als komplexe Materie sehen. Als gemeinsame Planung kann das wirklich nur zu guten Ergebnissen führen. Das sehe ich auch so.

Ich möchte aber auf einen Teil hinweisen, der an sich für die HL-AG bereits als Auftrag existiert. Wo aber auch nichts weiter geht, salopp formuliert, das ist die so genannte Bleiburger Schleife. Für jene, die das vielleicht nicht ganz im Konkreten wissen: Die Hochleistungsstrecke führt an der jetzigen Jauntalbahn in einer abgekürzten Form vorbei. Der Raum Bleiburg - von dem aus jetzt die Züge nach Slowenien fahren - wäre dann nicht mehr an der Hochleistungsstrecke

gelegen. Nun wissen wir aber auch aus den Gesprächen mit den slowenischen Nachbarn, dass natürlich Überlegungen bestehen, aus Slowenien diese Verkehrsverbindung auf der Bahnstrecke bestehen zu lassen. Das würde bedeuten, dass man sich im Südkärntner Raum natürlich Gedanken darüber machen muss: Wie können all-fällige weitere Zugverbindungen aus dem Südkärntner Raum nach Slowenien stattfinden? Und das ist eben diese Planung der so genannten Bleiburger Schleife. Die wollte ich also hier noch einmal ins Gespräch bringen, damit das auch wirklich dementsprechend im Gedächtnis bleibt.

Ein Letztes noch vielleicht: Es liegt mir an sich fern, Kollegen der anderen Fraktionen zu verteidigen, aber in dem Fall tue ich es für den Kollegen Blaschitz, den Bürgermeister von Völkermarkt und für die ÖVP-Fraktion von Völkermarkt. Weil eines muss man dem Herrn Landesrat schon sagen: Wenn ausgemacht ist, dass es Anfang Oktober eine gemeinsame Begehung mit betroffenen Bürgern gibt, um eine neue Trasse zu finden, dann kann nicht eine andere Fraktion (in dem Fall waren es die Freiheitlichen und der grüne Abgeordnete in Völkermarkt) einen Dringlichkeitsantrag stellen, dass man bereits vor dieser Begehung eine Trasse festlegt. Das ist unsinnig! Das war auch der Grund, warum die SPÖ und die ÖVP in Völkermarkt gegen diese Dringlichkeit waren - nicht gegen die Trasse, wohlgermerkt, sondern nur gegen die Vorgangsweise. Auch dies sei einmal publik gemacht, damit die Dinge ins rechte Lot kommen! Danke! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt LR Dörfler das Wort.)

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Hoher Landtag! In Oberkärnten war die Krisensituation, und die gesamte Landesregierung und auch der Landtag haben sich intensiv mit dem „Szenario Oberkärnten“ befasst und welche Aktivitäten in diesem Raum zu setzen sind, befasst, damit diese Region aus diesem Krisenszenario heraus geführt werden kann. Mein Beitrag dazu war, dass wir die Infrastrukturmaßnahmen in diesem Bereich wesentlich verstärkt haben, so dass wir in den nächsten Jahren im Bezirk Oberkärnten, Spittal, letztendlich Arbeit geschaffen haben und Infrastruktur zu Stande kommt.

Dörfler

Ich bin immer wieder erstaunt – das muss ich noch einmal festhalten -, wenn dann Abgeordnete oder ein Abgeordneter aus dem Bezirk den Katschbergtunnel kritisiert. Das ist für mich unglaublich! Die Regierung bemüht sich, Sorge dafür zu tragen, dass Arbeitsplätze geschaffen werden, dass die Infrastruktur geschaffen wird – und ein Abgeordneter aus diesem Bezirk torpediert das.

Nun zu den konkreten Maßnahmen: Katschbergtunnel, 2. Röhre, Baubeginn Dezember 2004, Fertigstellung 2007, 85 Millionen Euro. Sanierung Gmünd – Knoten Spittal - Millstätter See: Feber 2005 Baubeginn, Fertigstellung November 2008, 70 Millionen Euro. Lärmschutzmaßnahmen, davon auch die Einhausung Trebesing, in Summe 37,5 Millionen Euro, Bauzeit Februar 2005 bis November 2008. Austausch der Aluleitschienen, das ist jetzt bereits im Abschluss, 25 Millionen Euro. Kontrollplatz Kellerberg: demnächst im Bau, 3 Millionen Euro. Das heißt, wir investieren aus Bundesmitteln in dieser Region 220 Millionen Euro bis zum Jahr 2008. Das ist unsere Initiative für Oberkärnten!

Im Bereich der Landesstraßen B sieht die Initiative für Oberkärnten folgend aus: Ortsdurchfahrt Millstatt, Bau nächstes Jahr 600.000 Euro; Sanierung Untertschern-Happymarkt in Bad Kleinkirchheim: 1 Million Euro, Fertigstellung bereits erfolgt; Radweg Liesersteg bzw. Umfahrung Steinfeld: 18,2 Millionen Euro; Radweg St. Peter im Holz: nächstes Jahr im Bau, 250.000 Euro; im Mölltal die große Sanierung im Bereich Rottau – Kolbnitz: 1,450.000 Euro. Das heißt, wir haben in Summe, inklusive der Investitionen auf der Tauernbahnachse, die noch zusätzlich 95 Millionen Euro bedeuten, 337 Millionen Euro von 2003 bis 2008 im Bezirk Spittal im Bau. Herr Abgeordneter Hueter, ich möchte schon wissen, was dann gegen einen Katschbergtunnel spricht! Vielleicht stellst du auch noch die Einhausung Trebesing in Frage und vielleicht auch noch den Restausbau der B 100? Die Mittel dafür sind ja auch bereits gesichert.

Ich verstehe Politik anders: Nicht ein großes Gejammer und vielleicht noch einen goldenen Forstweg zum Hochsitz 7 auf 2.050 Meter Höhe zu bauen, ist meine Verkehrspolitik. Meine Verkehrspolitik für den Bezirk Oberkärnten ist nachweislich. Das sind 337 Millionen Euro bis zum Jahr 2008. In keiner Zeit hat es in dieser

Region derartige Verkehrsinvestitionen gegeben. Da würde ich mich schon einmal freuen, wenn man auch darüber sozusagen einen Konsens findet und nicht davon spricht, dass man eine UVP für den Katschbergtunnel braucht, die das Gesetz nicht vorsieht.

Frau Abgeordnete Lesjak, ich werde Ihnen einmal ein Paar Laufschuhe schenken. Wir haben ja auch „Kärnten läuft“ installiert. Und niemand zwingt Sie, das Auto zu benutzen. (*Abg. Mag. Lesjak: Nein, es gibt keinen öffentlichen Verkehr!*) Das ist Ihre persönliche Entscheidung. Und seien Sie ein Vorbild! Ich möchte Sie einmal zu Fuß um den Ring marschieren sehen. Ich habe Sie noch nie dabei erlebt. Sie waren gestern selbst dabei und haben gesehen, was für uns Verkehrspolitik bedeutet. Das „Projekt Grema“ ist, glaube ich, beispielgebend, dass wir in der Region Südkärnten gemeinsam mit Koroška und Cilli und der Steiermark und den Bezirken Wolfsberg und Völkermarkt schon wissen, was wir tun werden in Zukunft und dass wir auch Akzente setzen. Aber wenn Ihr Parteikollege Holub die Finanzierung der Lippitzbachbrücke kritisiert, dann wird er sich in Bleiburg das eine und das andere Mal noch etwas anhören müssen. (*Abg. Holub: Sowieso!*) Denn sich vorher informieren, ist Informations- und politische Qualität. Denn die 3 Millionen Euro Finanzierung Lippitzbachbrücke haben nicht mit der HL-AG, sondern haben mit dem „Projekt Koralmtunnel“ zu tun, Herr Abgeordneter Holub. Dass die Region Südkärnten diesen Anschluss dringend braucht und dass jetzt bereits ein Gewerbepark mit 100.000 Quadratmetern Grund sichergestellt werden soll, das ist unsere Infrastrukturpolitik. Da würde ich auch einmal dazu einladen, dass wir hier Partner sind!

Das Wort „Feinstaub“: Gut, da könnte ich auch die Stadt Klagenfurt einmal auffordern, ihren Fuhrpark in der Straßenerhaltung anzuschauen, denn der ist so alt wie der Kirchturm in der Stadt. Das wäre ein Beitrag zum Feinstaub. Ich werde auch die Stadt Klagenfurt dazu auffordern, denn wir im Bereich der Landesstraßenerhaltung haben unseren Fuhrpark extrem erneuert, weil es nicht sein kann, dass wir umweltgerechte Verkehrswege bauen – aber gleichzeitig Einsatzfahrzeuge haben, die Treibstoffemissionen haben, die unzulässig sind. Da kann und muss – da will ich das auch einfordern – die Stadt Klagenfurt ihren Fuhrpark einmal über-

Dörfler

denken. Aber der Ringausbau ist in Summe die beste Lösung (*Vorsitzender: Die Redezeit läuft ab!*) und auch die Umweltlösung für den Verkehr in der Stadt Klagenfurt. Arbeiten Sie da mit, dann sind wir Partner! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Als nächster Redner hat sich Abgeordneter Dr. Kaiser gemeldet. Ich erteile ihm das Wort und möchte hinzufügen, dass sich die Aktuelle Stunde – nachdem die Regierungsmitglieder zehn Minuten über ihre zugestandenen zehn Minuten verbraucht haben – um zehn Minuten verlängert und bis 11.18 Uhr dauert.

Ich bitte, zu sprechen!

Abgeordneter **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich jetzt nicht in den parteipolitischen Streit, der in einigen Wortmeldungen durchgekommen ist, einmischen. Ich möchte noch einmal aus der Sicht der SPÖ jene Punkte zusammenfassen und einige neue etwas vertiefen, die aus unserer Sicht für dieses Land wichtig sind.

Es ist völlig klar, dass in letzter Zeit viele Initiativen der Bundesregierung für die infrastrukturelle Entwicklung unseres Bundeslandes nicht förderlich waren. Daher wird es auch wichtig sein, dass der Kärntner Landtag, die Kärntner Landesregierung, aber auch unsere Bundesräte die Anliegen Kärntens hinsichtlich der Infrastruktur nachhaltig und deutlich in den entsprechenden Gremien in Wien und dem Bund gegenüber vertreten werden. Für uns ist völlig klar, dass die verkehrsinfrastrukturellen Maßnahmen, an der Spitze Koralmtunnel, Semmering-Basistunnel, nicht zuletzt auch deswegen wichtig sind, um die Anbindung an die Transeuropäischen Netze, die beispielsweise im Corridore cinque südlich unseres Bundeslandes vorbei führen, sicherzustellen. Das ist eine vitale Lebensader verkehrspolitischer Natur, egal ob auf Schiene oder auf Straße, für sämtliche unsere Wirtschaftsbetriebe hier in diesem Land.

Wir brauchen zweitens die Stärkung der ländli-

chen Regionen, wie es Kollege Ambrozy dargestellt hat, weil sie sind ja die wichtigste, direkt am Menschen sich befindliche Infrastruktur, die wir im Land haben. Ohne die eigene Bevölkerung im Land werden wir auch externe Wirtschaftsimpulse nicht setzen können.

Der 3. Punkt - heute noch nicht angesprochen - ist natürlich auch die wesentliche Sicherung, aber auch der innovative, qualitative Ausbau unserer Bildungsinfrastrukturen. Ich habe öfters hier im Kärntner Landtag darauf hingewiesen, wie zentral für Unternehmensentscheidungen die Situation der Bildung, die Möglichkeit für die Forcierung von Bildung in einer Region, in einem Bundesland sind. Und hier haben wir Juwelen mit der Kärntner Universität, mit den Fachhochschulen, mit den breit ausgebauten berufs- und allgemein bildenden Strukturen. Die müssen wir sichern. Ich unterstreiche noch einmal, wie wichtig auch die Lehrerinnen- und Lehrerausbildung in einer neuen Zusammenarbeit zwischen Universität und Pädagogischer Akademie ist.

Und ich komme zu 3 weiteren Punkten, die ich abschließend als wichtig für die Kärntner SPÖ darstelle. Meine Damen und Herren! Wir müssen in die Breitbandtechnologie investieren. Sie wird die Voraussetzung für den Kommunikations- und Technologiesektor der Zukunft sein; sie wird auch dafür entscheidend sein, ob es gelingt, die Kluft zwischen ländlichen und städtischen Gebieten auf dem Kommunikationsweg zu überwinden. Und wenn ich höre, dass die viertgrößte Stadt Polens, meine Damen und Herren, Wroclaw, die gesamte Stadt bereits im Bereich der Breitbandtechnologie alle Haushalte anschließen werden, dann wissen Sie, wie schnell die Entwicklung auf diesem Sektor – egal welcher Region oder sogenannt entwickelt oder nicht entwickelt man diese bezeichnen mag – geht.

Ich möchte als vorletzten Punkt den Flughafen Klagenfurt auch hier erwähnen. Meine Damen und Herren! Wie immer man zu verschiedenen Interessen und zu verschiedenen Aspekten und Zugängen zum Flughafen Klagenfurt steht. Was wir dringend brauchen, ist ein klares, auch für wirtschaftliche Partner und damit auch für die Landesbevölkerung nachvollziehbares Konzept für den Flughafen Kärnten. Es bringt nichts, wenn wir hier als kleiner Flughafen mehr oder weniger Auslöser für verschiedene Streits sind,

Mag. Dr. Kaiser

es bringt nichts, wenn wir Fluglinien gegeneinander antreten lassen, denn die Gefahr besteht, dass letztendlich Klagenfurt, Kärnten und die Region und somit wir allein auf der Strecke bleiben. Daher rufe ich von hier aus auf, dass wir eine vernünftige, akkordierte, mit den wirtschaftlichen und politischen Kräften im Land abzusprechende Flughafenpolitik als solche starten werden.

Letzte Bemerkung: All diese Infrastrukturmaßnahmen und insbesondere die verkehrspolitischen, sind – auch wie es die Kollegen von der Grünen Fraktion gesagt haben – unter ökosozialen Folgekosten mitzubetrachten. Ich möchte daher noch einmal unterstreichen, dass ökosozial auf alle Fälle jene Bereiche sind, die hinsichtlich Emissionen, hinsichtlich geringeres Überwinden von Distanzen, schonend, ressourcen- und natur schonend sind. Wenn wir all das berücksichtigen, dann hat die heutige Aktuelle Stunde aus meiner Sicht sehr viel Sinn gehabt. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Als letztem Redner in der Aktuellen Stunde erteilt der Vorsitzende Abg. Schwager das Wort.)

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Jetzt ist maximale Aufmerksamkeit!) Herr Präsident! Werter Herr Landeshauptmann! Werte Abgeordnete des Kärntner Landtages! Verehrte Zuhörer! Als letzter Redner zu einem so umfassenden Thema sollte man ein Resümee ziehen über das, was bis jetzt gesagt wurde in dieser wichtigen Angelegenheit und das was nicht gesagt wurde auch noch zu erwähnen.

Aus meiner Sicht ist einmal zu berichtigen, was der Abgeordnete Schober gesagt hat bei dem ich überhaupt den Eindruck habe, dass er das Zusammenarbeiten zwischen Freiheitlichen und den Sozialdemokraten in Kärnten noch nicht so richtig verinnerlicht hat und deshalb seine fünfminütige Rede hier ausschließlich der Kritik der Bundesregierung wie auch der Landesregierung gewidmet hat. Es stimmt schon, dass man da noch viel tun kann, die Güter von der Straße auf die Schiene zu bringen, aber ich darf doch dazu sagen, dass Österreich im europäischen Bereich vorbildlich ist, weil circa 30 Prozent des Gesamtgütertransportes eben in Österreich auf der

Schiene abgewickelt wird, hingegen im gesamt-europäischen Raum nur circa 8 – 10 Prozent. Das einmal soweit. Und hier sind wir Kärntner wieder Vorbild und Vorreiter, wenn ich auf andere Bundesländer verweise. Es wird hier soviel getan und der Landeshauptmann von Kärnten Dr. Jörg Haider, der irrtümlicherweise – muss ich dazu sagen – von Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Ambrozy als Kumpan des Landeshauptmannes Pröll betitelt wird, weil das ist ja immer noch der Wiener Bürgermeister Häupl und nicht unser Landeshauptmann. Das möchte ich auch dazu sagen. *(Der Landeshauptmann beginnt mittlerweile in Anbetracht des nächsten Tagesordnungspunktes, an die Regierungsmitglieder verschieden farbige, mit dem Euro-Zeichen gekennzeichnete Sparschweine, auszu-teilen. – Dies erfolgt unter reger Anteilnahme der Presse und wird intensiv fotografisch festgehalten. – Es herrscht etwas Unaufmerksamkeit im Hause, während der Redner fortfährt.)*

Aber ihm haben wir zu verdanken, dass diese – was ja heute schon vielfach angeführt wurde und er selber ja hier im Haus auch schon klargestellt hat – dass Verzögerungen im Bereich des Ausbaues des Schienenverkehrs in Kärnten nicht zur Kenntnis genommen werden von ihm und er heute ja uns garantiert hat, dass diese Fristen, die von uns genannt wurden, beim Ausbau des Schienennetzes in Kärnten auch eingehalten werden, besonders bei der Tauernbahn. Was hingegen unter anderem noch viel wichtiger wäre, dass die Tiroler – um nur diesen Seitenhieb zu machen – *(Abg. Lutschounig: Tu etwas unterbrechen, es werden blaue Sparschweine verteilt! – LH-Stv. Dr. Ambrozy, der in der Abgeordnetenbank neben Abg. Mock Platz genommen hat, erhält von Landeshauptmann Dr. Haider, während fotografiert wird, ein in blau gehaltenes Sparschwein überreicht. - Abg. Dr. Strutz wirft demonstrativ eine Münze in dieses Sparschwein ein. – Dies wird von der Presse festgehalten. – Es herrscht Unruhe und Unaufmerksamkeit im Hause.)* ... dass die Tiroler bei der Brennerbahn, die ja wesentlich veralterter ist als die Tauernbahn und dort im Prinzip mehr Güter drüber gehen müssten, dass der Ausbau dieser Brennerbahn eigentlich noch über das Planungsstadium überhaupt nicht hinaus gekommen ist.

Des weiteren ist wichtig, dass wir in Kärnten und Österreich die Straßen- und Autobahnnetzte

Schwager

soweit noch ausbauen und die zweite Röhre am Katschbergtunnel. Also, wer da dagegen spricht, da muss ich sagen, der kann den Wirtschaftsstandort Kärnten nicht ernst nehmen, der gegen den Ausbau der zweiten Röhre des Katschbergtunnels ist. *(Zwischenruf im Hause.)* Na, selbstverständlich mit allen Maßnahmen, wie Lärmschutz und was eben dazu notwendig ist. Aber es ist einfach ein Faktum, dass heuer im Herbst der Spatenstich ist oder im Spätherbst; ein Datum gibt's auch schon: 4. Dezember ist der Spatenstich. Und, dass in wenigen Jahren diese zweite Katschbergtunnelröhre benützlich ist, weil das einfach anders nicht zu bewältigen ist und weil wir Kärntner als Wirtschaftsstandort nicht von den wichtigen Verkehrsadern abgeschnitten werden können und solche Verengungen einfach nicht zielführend sind, auch wenn das ein Professor, der heute auch hier zitiert wurde, behauptet. Aber das ist ein Unsinn, weil überall wo es keine ordentliche Verkehrsinfrastruktur gibt, dort sieht man, dass auch die Wirtschaft nicht funktioniert. Dort gibt es Arbeitslosigkeit. Und dagegen kämpfen wir an und vermehrt jetzt in

den letzten Jahren, weil *(Vorsitzender: Ich bitte, zum Schluss zu kommen!)* seit 1984 sind wir Freiheitliche nahezu durchgehend verantwortlich für die Verkehrsinfrastruktur in Kärnten. *(Abg. Lutschounig: Das Ergebnis sieht man!)* Und in diesen 20 Jahren kann man sehen, dass was geleistet wurde und die jetzt bereits in Bau befindlichen und geplanten und bereits in der Finanzierung sichergestellten Maßnahmen – sei es bei der Bahn, sei es im Verkehrsbereich, ob Autobahn, Bundesstraße B, Landesstraße B und L *(Der Vorsitzende das Glockenzeichen gebend: Die Redezeit ist abgelaufen! Ich bitte, zum Schluss zu kommen!)* dann darf ich sagen, dass wir auf einem guten Weg sind. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Damit ist die Zeit für die Aktuelle Stunde abgelaufen.

Tagesordnung

Wir kommen nun zur Tagesordnung der 6. Sitzung des Kärntner Landtages, nämlich diese Tagesordnung beinhaltet nur einen Tagesordnungspunkt nämlich

1. Ldtgs.Zl. 177-23/29:

Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landes Kärnten für das Jahr 2005, sowie der Stellenpläne des Landes Kärnten 2005, der Vorlage eines Budgetprogrammes für die Jahre 2005 – 2009 gemäß Art. 61 Abs. 1 K-LVG sowie Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses, mit dem der Landesregierung Zustimmungen und Ermächtigungen zum Landesvoranschlag 2005 erteilt werden.

Einem alten Brauch folgend, ersuche ich nun

den Finanzreferenten unseres Landes, Herrn Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Karl Pfeifenberger vom Rednerpult aus, uns den Entwurf mit allen Begleitmaßnahmen für das nächste Jahr und die kommenden Jahre vorzutragen. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, bitte! *(Abg. Lutschounig beim Hinausgehen eine Münze in das vor dem Redner stehende Sparschwein hineinwerfend: Wart', ich schmeiß was hinein, weil das wirst dringend brauchen! – Dies löst Heiterkeit bei 2. LH-Stv. Dr. Ambrozy aus. – Es werfen auch Abg. Schober und Abg. Mock eine Münze ins Sparschwein. – 1. LH-Stv. Ing. Pfeifenberger: Ich habe noch drei Minuten Zeit!)* Ich ersuche, nicht zuviel hinein zu werfen, sonst ist der ganze Budgetentwurf überm Haufen, weil es stimmen die Einnahmen und Ausgaben nicht mehr. *(Dies wird humorvoll vorgetragen. - 1. LH-Stv. Ing. Pfeifenberger: Müssen wir mehr verteilen!)*

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Ja, geschätzte Damen und Herren! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Regierungsmitglieder! Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordnete! Ich habe heute die Ehre, die Budgeteinbegleitungsrede 2004 vorzutragen. Es gibt erstmals in der Geschichte Kärntens eine Regierungskoalition zwischen den zwei großen Parteien die auch vereinbart haben, dass sie für das nächste Periodum – von 2005 bis 2009 – eine saubere, langfristig gültige und allen Bedürfnissen des Landes Rechnung tragende Finanz- und Verteilungspolitik machen wollen. Es ist ja letztendlich immer ein Verteilungswettbewerb. Es geht um Einnahmen, die dann auf verschiedene Referate und Kompetenzträger aufgeteilt werden müssen, um auch jene Aufgaben des Landes, um die Bedürfnisse dieser Menschen des Landes zu decken und damit auch dafür Sorge zu tragen, dass es in Kärnten auch in den nächsten fünf Jahren wiederum Zukunft gibt. Und diese Koalition hat sich zum Schwerpunkt gesetzt, dass es um drei wesentliche Elemente geht. Um Wachstum in einer Performance wie wir das in den letzten fünf Jahren erlebt haben, um Innovation, das heißt, wo es um den Wettbewerb des Landes geht, wo es um die Chancen des Landes geht, wo es auch um die Potenziale geht, die aufgrund unserer humanitären und humanen Ressourcen möglich sind und wo es letztendlich auch um die Bedürfnisse des einzelnen Menschen geht, nämlich um Beschäftigung und um Einkommen und auch um den sozial gerechten Ausgleich verschiedener Interessensgruppen.

Und so haben wir uns in dieser Regierungskonstellation zusammen gefunden. Wir haben ein gemeinsames Regierungsprogramm geschrieben. Wir haben dort auch festgelegt, was in den nächsten fünf Jahren zu geschehen hat und wir glauben, dass das eine sehr gute und solide Basis für diese Periode sein wird. Und ich sage absichtlich dazu, auch der Dritte und Vierte hier im Hohen Haus die andere Parteien vertreten, wird dazu eingeladen, hier mitzutun. Auch die Vertreter der ÖVP und der Grünen Partei sind recht herzlich eingeladen, dieses Programm auch mitzugestalten. Das Hohe Haus hat letztendlich auch die Hoheit über das Budget und über die Auswirkungen, die durch Beschlüsse und Anträge hier festgelegt werden.

Ich darf sagen, dass wir dann auch sehr rasch in einer Klausur eine kurze Vergangenheitsbewältigung gemacht haben. Es wurde der sogenannte „Kassasturz“ gemacht. Es ist aber dabei nichts Neues heraus gekommen, ganz im Gegenteil. Man weiß, wo in der Vergangenheit die Schwerpunkte waren, wo die großen Brocken des Budgets zu finden und zu orten waren. Und das hat sich auch für die nächsten fünf Jahre nicht wesentlich verändert und so sind wir dann im Juni in der Lage gewesen, Budgettrichtlinien und auch klare Vorgaben für das Budget 2005, das heißt, für die Basis zur Planung einer Budgetprogrammperiode 2005/2009 auszuarbeiten. Und dabei möchte ich auch meinem gesamten Team, an erster Stelle Dr. Horst Felsner als Abteilungsvorstand der Finanzabteilung recht herzlich danken, dass er in so kurzer Zeit nicht nur Fakten und Daten geschaffen hat, die unwiderrufflich festgestellt und auch abgesichert sind, sondern dass er auch über viele neue Ideen und Initiativen, die wir im Zuge dieser Verhandlungen erarbeitet haben, auch die konkreten Lösungsvorschläge gebracht hat und es damit auch möglich war, dass sie heute im Budget 2005 verankert sind und auch als Maßnahmen, die durch geeignete Beschlüsse des Landtages abgesichert werden, in den nächsten Jahren vollzogen werden. Und so sind wir Ende September, nachdem die Verhandlungen mit den einzelnen Referenten abgeschlossen worden sind, in der Lage gewesen, ein Budget 2005 vorzulegen, das in etwa jenen Vorstellungen, die ich auch aus der Sicht des Finanzreferates und der Stabilisierung der Einnahmen und Ausgaben für die nächsten fünf Jahre ableiten konnte, beschlossen haben.

Das heißt, wir haben gestern am späten Abend den Budgetvorschlag, die Einnahmen und Ausgaben, das Budgetprogramm, die Zustimmungen und Ermächtigungen für diese Legislaturperiode abgesehen. Es wird heute mit meinem Auftritt hier der Reigen an Beratungen, Verhandlungen im Landtag folgen.

Es gibt natürlich dazu heuer eine Besonderheit: Es finden gleichzeitig auch Verhandlungen auf Bundesebene statt. Es sind die FAG-Verhandlungen mitten im Laufen. Wir haben auch dort eine sehr gute Konstellation. Es gibt eine geschlossene Front der Länder - unabhängig welcher politischen Zuordnung sie sind -, der Gemeinden und der Städte, weil es auch darum geht, vom großen Kuchen etwas mehr abzube-

Ing. Pfeifenberger

kommen, als das beim letzten Finanzausgleich und beim letzten Stabilitätspakt der Fall war. Dies deshalb, weil wir auch – und das glaube ich zu Recht behaupten zu können – mehr beigetragen haben für den Bereich der EU-Kofinanzierung, für den Bereich der Stabilität dieses Programms in punkto Neuverschuldung und Maastricht-Ergebnis.

So war es auch in Kärnten natürlich wichtig, dass wir mit den Gemeinden hier Schulterchluss gemacht haben. Wir haben ja auch mit den Vertretern der Gemeinden und Städte verhandelt. Es geht hier um alte Vereinbarungen, die ich auch pflichtgemäß und vereinbarungsgemäß als verlässlicher Partner der Gemeinden erledigt habe. Es geht natürlich immer auch um große Wunschlisten. Es geht um ein „Wunschkonzert“, wo verschiedenste Abteilungen über ihre Referenten natürlich Wünsche herantragen, die nicht erfüllbar sind, die aber dann zurückgenommen werden und wo wir Differenzen in der Betrachtung des Nettoabganges und bei einzelnen Dotierungen haben. So war es dann möglich, dass wir von der ursprünglichen Größenordnung von 160 Millionen Neuverschuldung auf 83 herunter gekommen sind und natürlich jene Vorgaben konsequent auch verlangt haben, nämlich 4 % Valorisierungsrate bei den Sozialausgaben, minus 5 bei den Ermessensausgaben, Stabilisierung des Personal- und Pensionsaufwandes, Einfrieren der KABEG-Abgänge auf die nächsten fünf Jahre und eine kleine Erhöhung bei den Pflichtausgaben im Bereich der gesetzlichen Dotierungen.

Es ist im Zuge der Verhandlungen natürlich auch möglich gewesen, über neue Ideen nachzudenken. Wir haben dort verschiedene Ansätze gefunden: einerseits die Fonds, auf die ich noch zu sprechen komme, andererseits auch eine sehr intelligente und wirksame Bewirtschaftung unseres Landesvermögens, einerseits der Immobilienvermögensanteile und andererseits auch unserer Anteile an Kapitalgesellschaften, sprich an unserer Landesbank. Es hat diese Möglichkeit letztendlich auch breite politische Zustimmung gefunden. Wir haben uns dort zum Ziel gesetzt: Es muss damit auch gesichert sein, dass die Schwerpunkte Investitionen, Konjunktur und Beschäftigung in Zukunft, in den nächsten fünf Jahren, absolute Priorität haben. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Hier, glaube ich, haben wir eine sehr breite Palette an neuen Ideen entwickelt. Wir haben versucht, auch jene Bereiche mit zu erfassen, die in den letzten Jahren schon durch massive Unterstützung des Landes performed wurden wie der Sozialbereich, das heißt im sozialen Bau, in der Errichtung der Pflegeheime und natürlich auch bei den Sozialausgaben. Nur dort, darf ich auch sagen, ist uns diese Vorgabe letztendlich nicht gelungen. Es war dann auf Wunsch der SPÖ notwendig, dass wir dort die Valorisierung verändern und höhere Raten hineinstellen. Es ist heute so, dass wir wiederum für die nächsten zwei Jahre 6 %, für die weiteren zwei Jahre 7 % und für 2009 8 % an Zuwächsen haben werden – obwohl wir, geschätzte Herren Bürgermeister, auch vereinbart haben, dass wir, wenn wir den Schlüssel ändern, und das haben wir getan, ab 2007 festhalten, dass die Valorisierungsrate bei 4 % bleibt.

Diese Hürde haben wir nicht genommen. Das habe ich auch nicht mit ganz großer Freude zur Kenntnis genommen, weil ich auch von der Betrachtung her Sorge haben, dass wir seit 1996 bis 2004 insgesamt 136 % Zuwachs an Sozialausgaben haben. 136 %, geschätzte Damen und Herren, das sind umgerechnet 140 Millionen Euro oder in Schilling: 2 Milliarden Schilling! Das ist nicht nur eine Angelegenheit des Landes sondern auch der Gemeinden. Da muss man auch nachdenken, wie wir das in Zukunft bewältigen werden. Ich glaube, dass es schon gescheit gewesen wäre, wenn wir jetzt den Schlüssel ändern von 60 auf 58 Anteil der Gemeinden beim Sozialbudget und wir die höhere Last dann ab 2007 tragen. Dann sollte man dort auch bereit sein, irgendwo einen Deckel einzuziehen und diese Ausgaben auch im Vergleich der anderen Bundesländer – da ist die Entwicklung eine nicht so dynamische wie in Kärnten – ein bisschen einzubremsen.

Ein weiterer wesentlicher Bereich war der Abgang der Krankenanstalten. Dort haben wir mit dem Gesundheitsreferenten einvernehmlich festgelegt, dass es zu einem Einfrieren der Ausgaben kommt, das heißt auch dort haben wir im Vergleich von 1999 bis 2004 eine positive Nachoben-Bewegung von 36 %. Das sind auch immerhin 49 Millionen Euro, das heißt es gibt dort auch Handlungsspielraum. Ich glaube, es wird auch notwendig sein und ernsthaft daran zu arbeiten sein, dass die Vorschläge der Fiedler-

Ing. Pfeifenberger

Bussfeld-Gruppe, nämlich in den nächsten fünf Jahren dort in etwa 15 % einzusparen, tatsächlich auch angegangen und umgesetzt werden.

Ich glaube, es ist kein großes Malheur, da sind keine großen Einschnitte notwendig, um diese Restrukturierung auch im Bereich der Krankenanstalten durch geeignete Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten über das Leistungsangebot zusammen zu bringen. Ich glaube und ich bin optimistisch, dass das möglich ist.

Nun, geschätzte Damen und Herren, zu den Eckdaten: Wenn wir die Einnahmen des Landes betrachten, so dürfen wir auch feststellen – und das ist eine sehr interessante Sicht –, dass wir bei den Einnahmen eigentlich stagnieren. Wir haben von 2001 bis 2006 0,02 % Wachstum. Das heißt, das Land Kärnten hat keinen Zuwachs bei den Einnahmen. Ich darf im Vergleich einen anderen Zeitraum heranziehen, nämlich 1997 bis 2000. Damals haben wir noch 2,6 % Wachstum gehabt. Würde ich diese Ziffer hochrechnen auf 2005, würde das bedeuten, dass wir mit demselben Wachstum wie im Zeitraum 1997 bis 2000 einen Einnahmewachstum von 76 Millionen hätten. Das heißt wir hätten gerade jene Summe, die wir jetzt als Neuverschuldung letztendlich akzeptieren und bearbeiten müssen, schon verdient. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Das ist auch eine Situation, die es oft sehr schwer macht, alle Bedürfnisse und Verpflichtungen des Landes und auch der Gemeinden hier sicherzustellen. Bei stagnierenden Einnahmen haben wir höhere Ausgaben. Wir haben noch einen weiteren Aspekt auch zu berücksichtigen. Es gibt Gott sei Dank die Steuerreform. Es gibt durch die Steuerreform aber auch Einnahmefälle. Wenn ich die entgegen rechne, das heißt auf die nächsten fünf Jahre, und die gegenüberstelle, dann kommt pro Jahr gemeinsam mit den Landeslehrern und auch den Beiträgen für die Flüchtlingsversorgung ein Betrag von 71 Millionen Euro jährlich heraus. Das ist auch jener Beitrag, der zur Erhöhung der Einkommen führt, der auch zur Wettbewerbsverbesserung der Betriebe führt – aber immerhin ist es ein wesentlicher Beitrag, auf den das Land nicht mehr zählen kann und wir damit aber auch größere Probleme in der Gesamtbudgetierung des Landes bekommen.

Wenn wir die Ausgaben betrachten, dann können wir sagen: Dort, wo es um die Dynamik

verschiedenster Bereiche geht, haben wir einen 5-prozentigen Zuwachs in den letzten Jahren zu verzeichnen gehabt. Das wird sich wahrscheinlich auch in den nächsten Jahren nicht viel verändern, weil ich glaube, durch die erhöhten Sozialausgaben, die über das Maß an Vorgaben hinaus zustande gekommen sind, wird man mit Nachtragsvoranschlägen wieder Richtung zweistellige Prozentziffer gehen oder auch der Betrag, der für die Krankenanstalten notwendig ist, betrifft das Land ja direkt mit 143 Millionen Euro im Nettoabgang. Das heißt, von unserem 83-Millionen-Abgang sind 143 Millionen Abgang der Krankenanstalten enthalten. Hätten wir dort eine andere Ziffer, würden wir ja schon Überschüsse schreiben. Ich nehme an, dass das auch allen bewusst ist, dass wir auch diesen Spagat bewältigen und wir sagen können: Trotzdem haben wir immerhin noch immer Geld für Investitionen, für Konjunktur, für Beschäftigung und für Wachstum. Und das ist das Wesentliche! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Alles andere würde dazu führen, dass wir noch größere Sorgen hätten, wir aber auch eine Entwicklung in Kärnten haben, die sehr gut ist. Das heißt, wir haben natürlich auch in den nächsten Jahren durch diese vielen Maßnahmen, die eben diese sozialen und auch gesundheitspolitischen Aspekte betreffen, einen höheren Aufwand an Zinsen und Tilgungen. Wir glauben, dass wir trotzdem eine gute Situation haben.

Da darf ich jetzt überleiten auch zur wirtschaftlichen Situation des Landes, dort, wo wir bemüht sind, die Probleme wirklich in den Griff zu bekommen. Ich darf nur eine Ziffer sagen: Der Fünfjahresvergleich bei der Beschäftigung und bei der Arbeitslosigkeit schaut wirklich konkret sehr erfolgreich aus. Kärnten hat einen Zuwachs bei der Beschäftigung von 2,7 % - im Vergleich zu Wien einen Rückgang von 0,7 %. Österreichsdurchschnitt ist 3,6. Bei den Arbeitslosen sind wir in den letzten fünf Jahren um 5,7 % zurückgegangen. In Wien gab es einen Zuwachs von 8,9. Das zeigt, dass wir auch mit den Maßnahmen, die wir gesetzt haben, auch mit den Landesmitteln, die wir für bestimmte Initiativen eingesetzt haben, richtig gelegen sind. Es hat sich ausgezahlt. Es ist der Erfolg nachweisbar hier, dass in Kärnten eine andere Entwicklung vonstatten geht, wie das in anderen Bundesländern ist. Wir glauben, dass wir vor allem dort, wo es eigentlich um die wirklichen Probleme der

Ing. Pfeifenberger

Menschen geht, nämlich bei der Frauenarbeitslosigkeit und bei den Arbeitslosen über 50 Jahre, wirklich massiv die Änderung herbei geführt haben und diesen Menschen auch eine neue Hoffnung gegeben haben. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Diese Investitionen, geschätzte Damen und Herren, wollen wir auch in Zukunft sichern. Das heißt, wir bauen auf diese antizyklischen Förderprogrammen wie Solarförderung wie Tourismusförderung wie Gewerbeförderung. Wir werden auch was den Tourismus betrifft, diesen positiven Trend der letzten fünf Jahre mitnehmen können. Wir werden auch was die Technologie, die Innovation betrifft, massiv investieren. Wir werden Mittel für diese Kernbereiche, für diese Kernkompetenzen des Landes einsetzen, um auch in Zukunft den Wettbewerb der Regionen bestehen zu können, um auch die Chancen, die durch den Export, durch die Erweiterung der Europäischen Union, zu nützen.

Um durch unsere Bemühungen der Landesbank auch das Netzwerk im südosteuropäischen Wirtschaftsraum besser nützen zu können, haben wir uns auch gedacht, dass wir mit neuen Ideen und mit neuen Zielsetzungen kräftige wirtschaftliche Impulse setzen können. Ein konkretes Beispiel ist auch mit dem Regionalfonds geschehen. Dieser Regionalfonds ist ein wirklich zielführendes Instrument. Hier werden zusätzlich 60 Millionen Euro auf die Periode aufgestellt. Nach dieser Periode sind automatisch jährlich 10 Millionen Euro verfügbar für Gemeindestraßen, für ländliches Wegenetz, für Radwege oder für Ortszentren. Ich glaube, die Gemeinden sind uns dafür auch dankbar, weil sie jetzt erkennen: Es gibt in Kärnten so etwas wie einen horizontalen Finanzausgleich, der dazu führt, dass vor allem die schwachen Gemeinden eine Unterstützung bekommen, dass die stärkeren Gemeinden auch ein bisschen mithelfen, hier einen Ausgleich zu schaffen, um sozusagen die Dinge ins Lot zu bringen.

Das zweite große Thema ist der Siedlungswasserwirtschaftsfonds. Dort geht es um zusätzliche 105 Millionen Euro, das heißt einen Betrag, den wir genau dafür brauchen, um alle Kanalisationsprojekte des Landes fertig zu stellen, um auch den Häuselbesitzern – das ist eine Angelegenheit, die uns seit Jahren hier im Landtag, im Hohen Haus, beschäftigt – eine Zusicherung zu

geben, in den nächsten fünf Jahren in etwa 5.000 Einzelabwasserbeseitigungsanlagen zu installieren und zu finanzieren. Hier geht es um die Familien mit kleinen Einkommen, die sich das nicht leisten können, die außerhalb dieser Zone sind. Beide Fonds werden ganz wesentlich von Landesseite unterstützt und dienen auch der Finanzierung dieser wichtigen Infrastruktureinrichtungen.

Ein weiterer Aspekt ist das ländliche Wegenetz. Es ist heute schon angesprochen worden. Dort haben wir die gleiche Summe Geldes von Landesseite auf die gesamte Periode zur Verfügung gestellt. Dort geht es jetzt darum, dass auch ein Ausgleich zwischen Gemeinden und Interessensgruppen hergestellt wird. Wir können dort um 30 % mehr Bauvolumen in den nächsten Jahren umsetzen.

Und das ist, glaube ich, der Weg wie wir ihn verstehen. Auch im ländlichen Raum für ein adäquates Mittel gegen die Abwanderung und für ein Eintreten der Einkommenssicherung in den entlegenen Regionen einzutreten. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Oder im Bereich der Landesstraßen, wo es eine Möglichkeit gibt, jetzt auch ein Sonderprogramm im Landesstraßenbaubereich sicherzustellen und die für uns sehr wesentlichen Investitionen, nämlich im Bereich der Sozial- und Pflegeheime, werden wir auch aus den Rückflüssen der vergangenen Jahre jährlich mit in etwa 2 Millionen Euro aufstellen, um neue Projekte zu initiieren. Es gibt bereits einen Plan, ab 2006, auch in verschiedenen Bezirken Kärntens neue Pflegeheime zu errichten und diese dann auch dazu zu verwenden, dass den Menschen auch vor Ort eine adäquate Versorgung für die alten und pflegebedürftigen Personen zu Gute kommt. Es gibt, wenn ich diese Summe dann zusammenzähle, eine Gesamtbeachtung wo über Fonds, über SBZ an Gemeinden, über Gemeindeunterstützungsleistungen des Landes eine Gesamtfinanzierungssumme von 310 Millionen Euro auf die Periode zu Stande kommt. Das ist eine beträchtliche Summe Geld die auch dafür Sorge tragen wird, dass vor allem die kleinen Betriebe, die kleinen Gewerbetreibenden, das Bau- und Baunebengewerbe, wo wir strukturelle Probleme haben, auch durch Landesunterstützung wiederum eine gute Konjunktur, eine gute Beschäftigungs- und Auftragslage haben werden. Und wenn ich dann die Mittel aus dem KWF dazuzähle, wo wir noch einmal 140

Ing. Pfeifenberger

Millionen auf die Periode zur Verfügung stellen, wenn ich diesen Betrag mit quasi der Förderquote hochrechne – 140 mal 5 – weil 20 Prozent KWF-Förderung ist im Schnitt der Anteil bei einem Projekt, dann kommen dort 700 Millionen Euro Investitionsvolumen insgesamt in Kärnten zu Stande. Das heißt, wenn ich alle Pakete jetzt summiere, habe ich 310 Millionen Euro über die Gemeinden und 700 Millionen über den Wirtschaftsförderungsfonds für die nächsten Jahre gesichert. (*Einsetzender Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Eine Milliarde Investitionsvolumen!

Geschätzte Damen und Herren, das ist mit Sicherheit auch ein Weg, wie wir auch der Konjunktur oder bestimmten Einflüssen die natürlich auch auf Grund verschiedener Beschlüsse auf Bundesebene, weniger Ertragsanteile oder mehr Lasten für die Länder und Gemeinden, entgegen treten. Wir in Kärnten haben hier kein Problem. Das heißt, wir sanieren einerseits das Budget, wir konsolidieren unsere Finanzen und wir tragen dazu bei, dass es kräftige Impulse auch für die Wirtschaft, für den ländlichen Raum, für die Menschen vor Ort gibt, um damit auch Einkommen, Beschäftigung und Wachstum zu sichern. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Ich glaube, das zeigt auch, dass wir bereit sind, nicht nur ein bisschen zu sparen, dort wo es moderat auch vernünftig ist, wo es sinnvoll ist, wo wir in den letzten Jahre kräftige Zuwächse gehabt haben, wo wir insgesamt einen Anteil in etwa 40 Prozent Zuwachs auf fünf Jahre gehabt haben, jetzt moderat wieder einzuschränken, weil sich die Dinge gut entwickeln, weil es auch letztendlich nicht immer notwendig und möglich ist, dass man Zuschüsse gibt, sondern umstellt auf andere Instrumente, wie Darlehen oder sonstige Ideen die wir auch im Budgetprogramm verankert haben.

Und jetzt ist ein sehr wichtiger Teil auch: Wie können wir gemeinsam auch das Kärntner Landesbudget und die Landesfinanzen stabilisieren? Ich habe hier zwei konkrete Vorschläge gemacht. Beide Vorschläge haben die Zustimmung gefunden. Einerseits ist die Mittelbeschaffung über ein geschicktes Management der Immobilien eine korrekte und vernünftige Sache. Und niemand kann hier behaupten, auch die Herren Betriebsräte in den Krankenanstalten nicht, dass damit 1 Euro neue Belastung für die Krankenanstalten entsteht, dass damit 1 Euro für die Gesundheitsversorgung entzogen wird, dass damit

auch wichtige Investitionsvorhaben und Leistungen im Sozialbereich, im Bildungsbereich, finanziert werden können. Ich glaube, es ist gerechtfertigt, dass man hier auch sagt: Dieses Vermögen soll nicht schlafen, dieses Vermögen soll wirkungsvoll eingesetzt werden, damit wir hier auch eine Finanzierung bekommen, die nicht Schuldenmachen heißt. Das heißt, der Weg neuer Schulden ist nicht der richtige! Der Weg einer sinnvollen und vernünftigen Vermögensbewirtschaftung ist eigentlich langfristig die Option, die wir haben. Und so, wie wir das auch im Bereich der Krankenanstalten gemacht haben, wo gesichert ist und wo das Land sich im Budgetbegleitgesetz verpflichtet, alle Mieten und Ausgaben dafür sicher zu stellen, dass die KABEG und die Krankenanstalten keine Belastung bekommen, ist das glaube ich, eine sehr seriöse und auch für die Krankenanstalten angenehme Sache, weil damit gesichert ist, dass das LKH neu finanziert wird, dass es ausgebaut wird. Es wird hier das modernste Gesundheitszentrum errichtet und es wird darüber hinaus in allen anderen Krankenanstalten des Landes kräftig investiert und es werden dort Arbeitsplätze gesichert und wir erhalten alle Standorte. Ich glaube, hier kann keine Kritik angebracht sein, weil wir einfach einen Weg wählen, wo wir sagen, es ist ein wichtiger Bereich und es ist ein Bereich mit Zukunft. Und es ist ein Bereich, der auch viele neue Arbeitsplätze bringt, der auch viel Wachstum haben wird. Und dort müssen wir auch Voraussetzungen schaffen, dass eine moderne, eine zeitgemäße Medizin, eine fortschrittliche Entwicklung medizinischer Prozesse möglich und finanzierbar bleibt.

Zweiter Punkt: Börsengang der HYPO. Ich war nie dafür, dass wir hier einen Weg wählen der dem Energieholdingmodell nahe kommt. Das heißt, dieser Schritt wäre für die HYPO die Niederlage und auch die endgültige Beendigung ihrer Performance gewesen. Das wäre mit mir nie gegangen! Das heißt, ein Modell: Zu sagen, wir nehmen 52 Prozent und transferieren sie in eine Hundertprozent-Gesellschaft, um dann 49 Prozent an eine marode deutsche Bank zu verkaufen, wäre mit mir nie gegangen. Das sage ich hier laut und deutlich! Ein Weg wie dieser wäre für die HYPO die Katastrophe, wäre das Ende der Performance, das Ende einer sehr guten zukünftigen Entwicklung. Wir treten dafür ein, und das habe ich auch vorgeschlagen, dass wir das

Ing. Pfeifenberger

andere Modell einer Wandelschuldverschreibung mit einem nachträglichen Börsengang präferieren und damit auch Geld in das Landesbudget und für die Zukunft dieses Landes erhalten das uns weiterbringt, das unseren Vorteil noch weiter ausbaut, das unsere Performance in den nächsten Jahren in der Alpe-Adria-Region noch mehr unterstützt als bisher. Und ich glaube, ... *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* hier setzen wir am richtigen Hebel an. Wenn ich vergleiche, wir haben in etwa 357 Millionen Euro Einnahmenentfall durch Steuerreform, durch Landeslehrer und durch die Bedienung der Flüchtlinge, und wir setzen zu diesen 357 Millionen Einnahmenentfall 197 Millionen Euro aus der HYPO, Kraft aus der HYPO-Performance heraus, ein. Das heißt, hier haben wir einen Anteil der vertretbar ist. Und ich glaube, dass diese Entwicklung deshalb eine gute ist, weil wir mit dieser Strategie, die HYPO an die Börse zu bringen, unseren Partner auch mit einem Syndikatsvertrag dazu verpflichten, dass jeder Schritt, den wir setzen von ihm mitgetragen wird und dass es hier keine einzige Möglichkeit gibt, auch die Mehrheit an der HYPO zu bekommen, einen Weg ein, der langfristig das Land finanziell absichert.

Und da gibt es verschiedene Möglichkeiten. Es gibt den Vorschlag, dass wir einen Zukunftsfonds einrichten, wo wir Investitionen in Infrastruktur, in Innovation, in Technologie und in Bildung setzen, um unsere Voraussetzungen zu verbessern, um bessere, auch Rahmenbedingungen, für neue Investitionen, für neue Investoren zu haben. Aber ich sage absichtlich und dezidiert dazu: Dieser Weg ist ein halbrichtiger, weil diese Einnahmen sind dann Einmaleinnahmen. Das heißt, sie sind einmal im Landesbudget und kommen kein zweites Mal. Und ich glaube, dass wir einen Weg und einen Vorschlag suchen sollten, der heißt, auf Dauer sollten wir diese Erträge und diese Freiräume für uns sichern und damit auch die Zukunft dieses Landes gestalten. Und deshalb mache ich hier heute konkret einen Vorschlag der heißt, aus der Sicht eines Unternehmers gesprochen: „Hüte dein Vermögen und setze es auf Dauer ein.“ Und wir werden wahrscheinlich gut beraten sein, sowie 1999, jetzt mit diesen Erlösen der HYPO die insgesamt eine Größenordnung von 800 Millionen Euro ausmachen werden, ein zweites Schuldenabbauprogramm zu starten. *(Beifall von der FPÖ-*

Fraktion.) Wir haben 1999 mit dieser Idee den Durchbruch bei der Finanzierung des Kindergeldes, nicht nur in Kärnten sondern in ganz Österreich geschafft.

Wir können damit auch eine Möglichkeit sichern, dass wir unsere Position in der Verschuldung der Bundesländer noch verbessern. Wir sind heute auf Platz 4 in der Verschuldung und wir können einen Platz unter den ersten Zwei in Österreich erreichen, wenn wir auch diesen Weg wählen, dass wir durch die Hereinnahme dieses Vermögens die Schulden, die ab 2006 zu Buche stehen, das heißt, im Jahresabschluss 2005 werden in etwa 681 Millionen Euro Finanzschulden vorhanden sein, können wir mit einer Einmalaktion diese Schulden in Gesamtheit reduzieren und können daraus einen Freiraum aus den Bereichen der Tilgung und der Zinsendienste von insgesamt 69 Millionen Euro auf die nächsten vier Jahr lukrieren. Das heißt, wenn wir diesen Schritt setzen, bleibt uns dieser Freiraum auch nach dem Jahre 2009 und wir können in Summe diese vier Jahre in etwa in einer Größenordnung von 276 Millionen Euro, auch für einen eingerichteten Zukunftsfonds verwenden. Das heißt, es wäre - auch aus meiner Sicht - ein sehr interessanter Weg, diese Strategie zu wählen, noch einmal die Schulden zu reduzieren, damit die Finanzschulden des Landes auf Null zu reduzieren und damit jene Freiräume, die durch nicht mehr notwendige Tilgungs- und Zinsraten in der Größenordnung von 69 Millionen pro Jahr für einen Zukunftsfonds einzusetzen und die wichtigen Investitionen für diese Bereiche, für Wachstum, für Beschäftigung, für Konjunkturbelebung auch über das Jahr 2009 hinaus abzusichern.

Dazu notwendig ist aber, dass wir begleitende Maßnahmen setzen, dass wir uns auch von den Zuschussförderungen verabschieden, dass wir auch mit dem Wirtschaftsförderungsfonds ein Programm machen, wo wir weggehen von der Zuschussförderung hin zu einer Finanzierungsförderung. Dass wir uns auch in den Ermessensbereichen etwas einschränken, dass wir weiterhin auch eine Möglichkeit mit den Gemeinden suchen, bei den Landeslehrern ein Kärntenmodell bestimmter Bereiche umzusetzen. Das heißt, dort wo es um mehr Qualität geht auch die Bereitschaft zu haben, die Schulausbildungs- und Schulinfrastruktur in Kärnten zu konzentrieren, weil wir auf Dauer dort eine Belastung haben,

Ing. Pfeifenberger

die eigentlich nicht notwendig ist, die mit anderen Möglichkeiten und Maßnahmen besser abgesichert ist und damit auch den Schülern, den Eltern, eine höhere Qualität und ein höheres Bildungsangebot absichert.

Und, was auch wesentlich ist und aus der Reformgruppe Fiedler – Bussfeld resultiert, dass wir ab 2007 auch mit einer Reduktion des Abganges der Krankenanstalten in einer Größenordnung von 15 Prozent rechnen können. Ich glaube, das ist machbar, das ist keine Utopie, dass diese Reformmaßnahmen ohne Einschnitte, ohne Arbeitsplatzverlust und ohne Aufgabe eines Standortes, in die Realität umgesetzt werden können und dass wir auch die Sozialausgaben, die jetzt eine sehr dynamische Steigerung bis 2008 haben, ab dem Jahre 2007 einfrieren und damit eine Stabilisierung des Gesamtbereiches Finanzen in Kärnten zu Stande bringen können.

Das heißt, Schlussfolgerung aus dieser These und aus meinem Vorschlag: 1. Sondererlöse - Start eines zweiten Schuldenabbauprogrammes. 2. Zukunftsfonds: Verwendung der daraus resultierenden Freiräume in einer Größenordnung von in etwa 70 Millionen Euro jährlich für diesen Zukunftsfonds für wichtige Investitionen in den Bereichen Technologie, Infrastruktur, Bildung und natürlich Wettbewerbsfähigkeit. 3. Korrektur der Krankenanstaltenabgänge auf Basis dieses Fiedler-Bussfeld-Papieres, dass in etwa 15 Prozent möglich erscheint und auch ein Einfrieren der Sozialausgaben auf dem Niveau von 2006. Das heißt, dort haben wir schon eine Rate von zweimal 6 Prozent hineingerechnet und ab dem Jahre 2000 – siehe ähnlich wie auch jetzt beim Krankenanstaltenabgang – ein Einfrieren dieser Sozialausgaben, um auch dort den Gemeinden ein bisschen auf die Sprünge zu helfen. Ich glaube, hier werden die Gemeinden auch irgendwann einmal nachdenken und sagen, es ist einfach nicht mehr vertretbar, ansonsten, geschätzte Damen und Herren Bürgermeister, wird eine Situation entstehen, dass aus den heute noch positiv bilanzierenden Gemeinden Abgangsgemeinden werden und damit ein Verschuldungsprozess der Kärntner Gemeinden stattgreift.

Und das, glaube ich, will niemand. Wir machen jetzt das gleiche Programm, das heißt wir könnten mit dieser Initiative auch ab 2008 eine Nullbudgetierung machen. Wir hätten ab 2008 keine

Neuverschuldung mehr. Wir hätten eine Entwicklung, wie wir sie auch in anderen Bundesländern feststellen können. Wir könnten dann dazu übergehen, ein Gesetz zu machen, dass Einnahmen und Ausgaben auch eine Deckungsfähigkeit haben und dass damit auf Dauer eine Situation entsteht, dass wir in die Lage versetzt werden, ab dem Jahre 2010 auch daran zu gehen, unsere außerbudgetären Schulden einzudämmen und auch mit moderaten Beiträgen zu korrigieren.

Ich glaube, das wäre eine Möglichkeit, die diese große Koalition, die diese breite Regierungsbasis und auch die Oppositionsparteien hier wirklich herausfordert. Das wäre ein Programm, wo wir sicherstellen können, dass die Landesfinanzen auf lange Sicht gesichert sind, dass damit aber auch sicher steht, dass jährlich in etwa 70 Millionen Euro zusätzlich außerhalb des Landesbudgets in einen Zukunftsfonds für wichtige Maßnahmen und Investitionen verfügbar sind und dass wir darüber hinaus auch dort, wo es um die Beschäftigung geht, wo es im inneren Bereich um wichtige Arbeitsplätze geht – wie Gesundheit, wie Sozialbereich, wie auch die Frage der Ausbaumöglichkeiten unserer Bildungseinrichtungen – genügend Geld und Ressourcen haben, um alle unsere Aufgaben für die nächsten Jahre zu erfüllen. Darüber hinaus wäre das auch eine Möglichkeit, zu zeigen, wie wir auch bereit sind, dass ein Land, das jetzt in einer guten Situation steht und das jetzt eine sehr gute Phase vor sich hat, nämlich wahrscheinlich die besten fünf Jahre der Geschichte dieses Landes, eine Möglichkeit bekommt, dass wir einerseits eine adäquate Eindämmung von bestimmten Ausgaben fahren, auf der anderen Seite aber den hilfsbedürftigen Menschen, den Menschen, die unsere Hilfe brauchen, auch jene Mittel zur Verfügung stellen und auf der dritten Ebene kräftig auch an Impulsen arbeiten, die sicherstellen, dass das Einkommen der Kärntner steigt, dass landauf und landab auch die gleichen Voraussetzungen für Beschäftigung, für Arbeitsplätze und für Infrastruktur vorhanden sind, dass wir damit aber auch unsere Landesschulden so in den Griff bekommen, dass wir in den nächsten zwei Perioden keine Probleme mehr haben. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

In diesem Sinne, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, darf ich Sie aufmuntern und Sie auch dazu aufrufen: Sie haben die Hoheit über

Ing. Pfeifenberger

dieses Budget. Sie haben die Verfügungsgewalt über alle hier relevanten Beschlüsse. Nehmen Sie diese Chance wahr! Ergreifen Sie den Mut und setzen Sie diese Vorschläge um! Es wird Kärnten gut tun! Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Hohes Haus! Ich danke dem Landesfinanzreferenten, Herrn Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Pfeifenberger, für seinen interessanten Vortrag und für seine Vision, inkludie-

rend auch den Voranschlag für das nächste Jahr und das Budgetprogramm bis 2009! Die Unterlagen sind uns ja heute vorgelegt worden. Es ist auch der Budgetausschuss bereits eingeladen, um den Berichterstatter zu wählen und die Termine zur Behandlung dieser Unterlagen Ihnen bereits bekannt gemacht worden, so dass in der nächsten Sitzung des Kärntner Landtages im Oktober diese Materien auch beschlossen werden können.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Ich ersuche den Landtagsdirektor um den Bericht über den Einlauf an Anträgen, Anfragen und dergleichen. Bitte schön!

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

A. Anträge von Abgeordneten:

1. Ldtgs.Zl. 117-4/29:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend keine rechtsradikalen Veranstaltungen in Kärnten mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, alle Maßnahmen zu ergreifen, um rechts-extreme Veranstaltungen in Kärnten zu verhindern.

Zuweisung: **Ausschuss für Bildung, Kultur und Schule**

2. Ldtgs.Zl. 136-1/29:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend fairer und gerechter Finanzausgleich für Kärnten und seine Gemeinden mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit dem Finanzminister zu erreichen, dass es zu einem fairen und gerechten

Finanzausgleich für die österreichischen und damit auch für die Kärntner Städte und Gemeinden kommt.

Zuweisung: **Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur, Wohnbau und Verkehr**

3. Ldtgs.Zl. 137-1/29:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Wiedereinführung des Entgeltfortzahlungsfonds mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich in Verhandlungen mit der Bundesregierung für die unverzügliche Wiedereinführung des Entgeltfortzahlungsfonds im Krankheitsfall bei ArbeiterInnen einzusetzen.

Zuweisung: **Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur, Wohnbau und Verkehr**

4. Ldtgs.Zl. 83-4/29:

Antrag der Grünen betreffend Flüchtlingsbetreuung mit folgendem Wortlaut:

Mag. Weiß

Der Kärntner Landtag wolle beschließen.

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag binnen sechs Monaten einen Bericht über die Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde in Kärnten zu erstatten und dabei insbesondere auf folgende Gesichtspunkte einzugehen:

Vollzug der Bund-Länder-Vereinbarung im Allgemeinen,
Kontrolle und Sicherstellung der Qualitätsstandards in den Flüchtlingsquartieren,
Zusammenarbeit mit NGO's im Flüchtlingswesen infolge der neuen Rechtslage

Zuweisung: **Ausschuss für Familie, Soziales, Gesundheit, Generationen und Sport**

5. **Ldtgs.Zl. 83-5/29:**
Antrag von Abgeordneten der Grünen betreffend Rechtsanspruch auf Grundversorgung mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich eine Regierungsvorlage im Landtag einzubringen, wodurch ein Rechtsanspruch auf Grundversorgung verankert wird, wie dies nach der EU-Richtlinie 2003/9/EG zur Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von AsylwerberInnen in den Mitgliedstaaten (Aufnahmerichtlinie) verpflichtend normiert ist.

Zuweisung: **Ausschuss für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa**

6. **Ldtgs.Zl. 138-1/29:**
Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Erhöhung des Heizkostenzuschusses mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert – aufgrund der enormen Steigerung des Ölpreises -, den Mindestrentnern und Kärntnerinnen und Kärntnern mit geringem Einkommen finanziell zu helfen und weiters die beiden bisherigen

Heizkostenzuschüsse zu einem einheitlichen, transparenten und gerechten neuen Modell zusammen zu führen.

Zuweisung: **Ausschuss für Familie, Soziales und Gesundheit**

B. Schriftliche Anfragen:

1. **Ldtgs.Zl. 133-1/29:**
Schriftliche Anfrage der Grünen an Landeshauptmann Dr. Jörg Haider betreffend Natura 2000
2. **Ldtgs.Zl. 50-2/29:**
Schriftliche Anfrage der Grünen an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Karl Pfeifenberger betreffend Wörtherseebühne
3. **Ldtgs.Zl. 50-3/29:**
Schriftliche Anfrage der Grünen an Landeshauptmann Dr. Jörg Haider betreffend Wörtherseebühne
4. **Ldtgs.Zl. 134-1/29:**
Schriftliche Anfrage der Grünen an Landesrat Ing. Reinhart Rohr betreffend Vollzug Wasserrechtsgesetz
5. **Ldtgs.Zl. 76-2/29:**
Schriftliche Anfrage der Grünen an Landeshauptmann Dr. Jörg Haider betreffend B 100
6. **Ldtgs.Zl. 76-3/29:**
Schriftliche Anfrage der Grünen an Landesrat Gerhard Dörfler betreffend B 100

Mag. Weiß

**7. Ldtgs.Zl. 76-4/29:
Schriftliche Anfrage der Grünen an
Landesrat Ing. Reinhart Rohr betref-
fend UVP B 100**

**8. Ldtgs.Zl. 76-5/29:
Schriftliche Anfrage der Grünen an
Ersten Landeshauptmann-Stellver-
treter Ing. Karl Pfeifenberger betref-
fend B 100**

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing.
Freunschlag** (FPÖ):

Hohes Haus! Damit ist die Tagesordnung been-
det. Ich schließe die 6. Sitzung des Kärntner
Landtages und danke für Ihre Mitwirkung! Ich
mache aufmerksam, dass um 14.00 Uhr die 7.
Sitzung beginnt!

Ende der Sitzung: 12.09 Uhr